

Nr. 13
März /Mai 2001
5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holste

Flüchtlinge

- Für das Recht auf Bewegungsfreiheit - Residenzpflicht bekämpfen

Naziszene im Überblick

- Kiel
- Mecklenburg-Vorpommern
- Putsch auf NPD-Landesparteitag

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough wird ab Ausgabe 12 von rat-reihe antifaschistischer texte vertrieben.

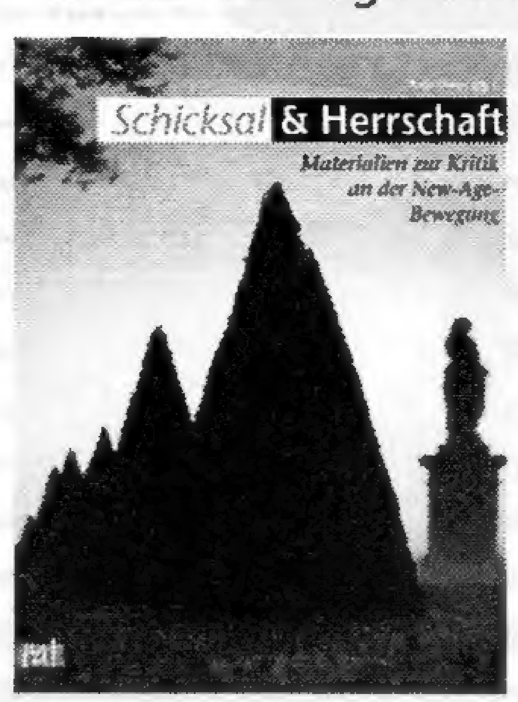
Das heißt, der Vertrieb und die Abobetreuung wird ab sofort verbindlich laufen. Wenn in der letzten Zeit mit eurem Abo etwas schief gelaufen ist, meldet euch, wir werden eine Lösung finden.
Wir suchen neben neuen AbonnementInnen auch WeiterverkäuferInnen. Meldet euch für WeiterverkäuferInnenbedingungen.

Die Enough is enough und unsere Bücher und Broschüren haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Antifaschismus und Antirassismus mehr ist als ein Sommerlochthema, wir werden weiterhin Lesestoff gegen den rechten Mainstream anbieten! Fight fascism!

Antivisionen (Hg.)

Schicksal & Herrschaft

Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung



Broschüre A4 · 80 Seiten
1 Ex. – 10 DM · 5 Ex. – 35 DM
10 Ex. – 60 DM · inkl. Porto

EsoterikerInnen sind keine harmlosen Spinner. Hinter dem alternativen Habitus verstecken sich autoritäre Gesellschaftsmodelle, kapitalistisch-patriarchal orientierte Strukturen, biologistische Geschlechtsrollen und Rassismen.
Die Broschüre stellt in einzelnen Kapiteln verschiedene Versatzstücke esoterischer Ideologien dar und kritisiert sie fundamental.

»Schicksal und Herrschaft heißt ein neuer lesenswerter Reader zum Thema New Age/Esoterik. ... es sei nur noch gesagt, daß eine umfangreiche Literaturliste zum Thema, unterteilt in Original und Kritik, diese – und auch das kann man erwähnen – ansprechend gestaltete Broschüre abschließt.«
ZAG

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

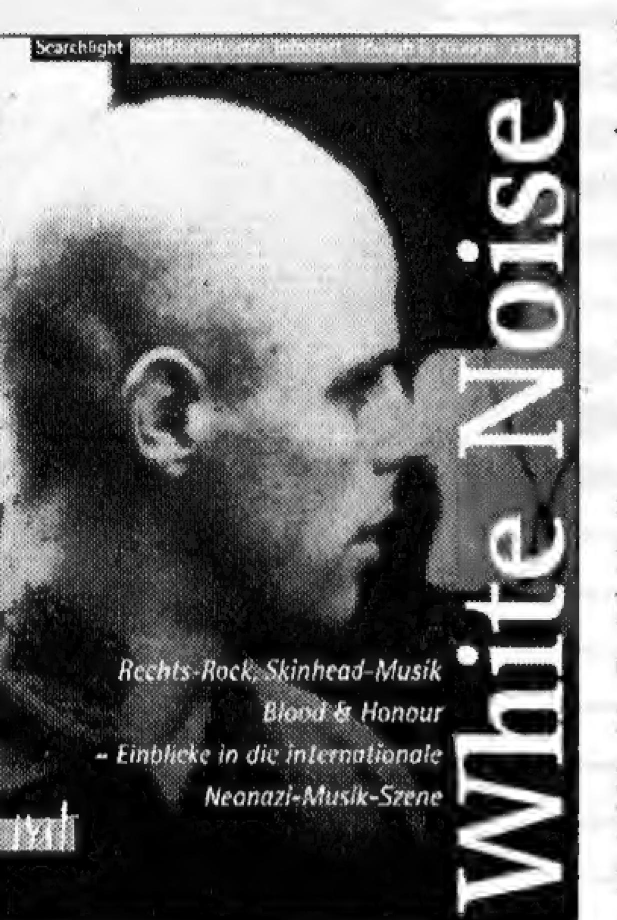
Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen



Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.

4. Auflage 2000
48 Seiten A5
1 Ex. 5 DM/incl. Porto
10 Ex. 30 DM/incl. Porto



2. Auflage
ISBN 3-89771-803-0
160 Seiten
10 € · 19,80 DM

Searchlight · Antifaschistisches Infoblatt
Enough is enough · rat (Hg.)

White Noise

Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene

»Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Rechtsrock widmet sich der ›White Noise‹-Sammelband sowohl den geschichtlichen Entwicklungen von Nazi-Musik in den USA und England als auch den wichtigsten Akteuren in der bundesdeutschen und internationalen Rechtsrock-Szene.«
blick nach rechts 8/2000

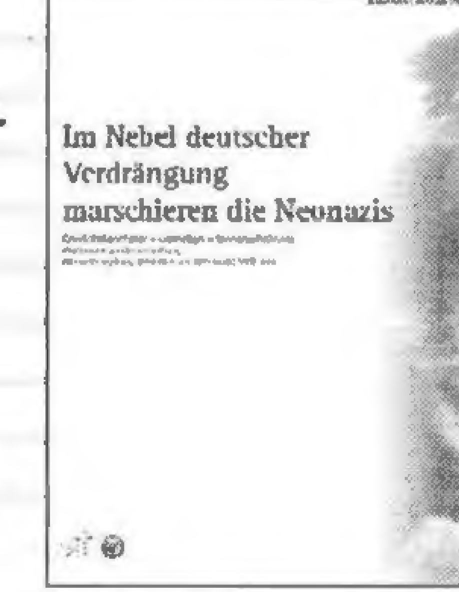
»...ein sehr gut recherchiertes Buch, dass trotz der Fülle an Fakten unterhaltsam zu lesen ist und in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen sollte. Als Standardwerk für Lehrer und allen in der Jugendarbeit Tätigen nur zu empfehlen.«
antifaschistische Zeitung Berlin 3/2000

Autonome Antifas (HG.)

Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis

Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«

»Der Schwerpunkt des Heftes beschreibt die Organisierung militanter Neonazis gegen die Ausstellung. Die AutorInnen geben eine kurze Einführung in ihre Strukturen und zeigen die Entwicklung der für die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung so wichtigen ›Freien Nationalisten‹ auf.«
analyse und kritik (ak)



Broschüre A5 · 2. Auflage · 16 Seiten
1 Ex. – 3 DM · 5 Ex. – 5 DM · inkl. Porto

So gehts:

Ich abonniere ab der nächsten Ausgabe ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 20 DM bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 40 DM abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 20 DM ab Nr. 12 ( ) ab Nr. ( )
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 40 DM ab Nr. 12 ( ) ab Nr. ( )
( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...
( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher ebenfalls gegen Vorkasse
( ) White Noise ( ) Freiheit und Wahn deutscher Arbeit
( ) Broschüren ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...

Ich habe der Sendung ( ) DM in Scheinen oder/und Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Danke!

An dieser ungewöhnlichen Stelle wollen wir all denjenigen danken, die und auf unseren Aufruf hin mit Spenden unterstützt haben. In kurzer Zeitkam die von uns benötigte Summe schon fast zusammen.

Mit antifaschistischen Grüßen, die Enough -Redaktion

Vorwort 2

Aktuelles

Naziszene Kiel 10
Putsch bei NPD-Landesparteitag in Tönning 12
Who the hell is Peter Borchert? 14

Residenzpflicht

Blickpunkte eines Flüchtlings 3
Positives Urteil 7
GewerkschafterInnen gegen Abschiebungen 8

Rassismus

Generalstaatsanwalt verwehrt Safwan Eid Schadenersatz 9
Der alltägliche Rassismus an der Uni-Kiel 9

Aus der antifaschistischen Praxis

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel - 5 Monate Bündnisarbeit 24
Antifaschistische Tagung der DKP-Schleswig-Holstein 30

Schleswig-Holstein-Süd

Neonazis verletzen jugendlichen Musiker 18
Anschlag auf Moschee in Uetersen 19
Elmshorn: Nazis verteilen Propagandamaterial 19
Freispruch für Messerangriff auf Gewerkschafter 19

Mecklenburg-Vorpommern

Ein Überblick 20

Hamburg

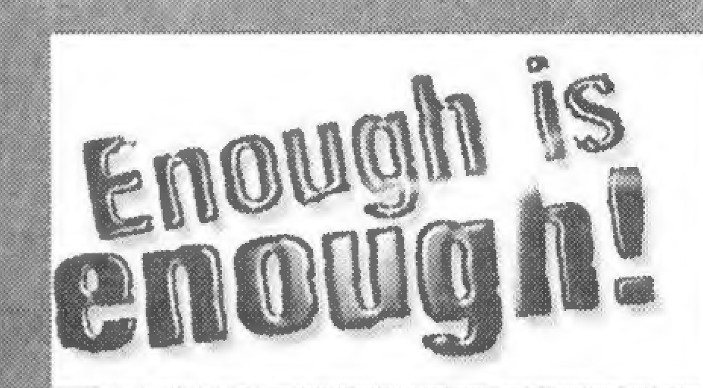
Innenbehörde kapituliert - Worch marschiert 36
Prozeß wegen „Zentralorgan 38
Thomas Wulff verurteilt 38
Blood and Honour-Konzert in Hamburg 38

Verschiedenes

Nazis im Internet 39
Beugehaftandrohung gegen Uelzener Antifa 45
Freispruch in Verfahren wegen Antifaaktion in Kiel am 30.1.99 46
Zwangsarbeit 47
Rezension: Plenardebatten zu Rechtsextremismus im deutschen Bundestag 50
Rezension: Studentisches Verbindungswesen in Hamburg 51

Internationales

Norwegen - Rassistischer Mord 42
Schweden - Blood and Honour Aktivist Marcel Schilf gestorben 44



Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Herausgeber:
Enough is Enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck

Redaktion
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
RAT
reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough
V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

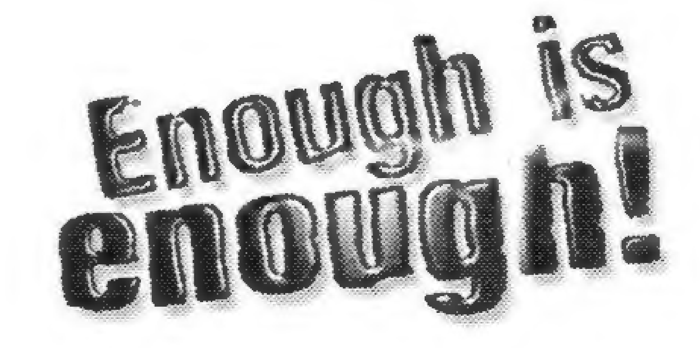
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ende Januar hatte UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Stockholm scharfe Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik der reichen europäischen Industrienationen geübt; diese würden nicht nur internationales Recht zum Schutz von Flüchtlingen mißachten und immer größere Hürden errichten, um potenzielle AsylbewerberInnen daran zu hindern, überhaupt bis zu den Grenzen zu gelangen. In manchen Ländern würden Flüchtlinge ohne ernsthafte Prüfung ihrer Fluchtgründe dorthin zurückgeschickt, wo ihre Freiheit, ihre Sicherheit oder gar ihr Leben bedroht sind.

Die Unmenschlichkeit bundesdeutscher Asylpolitik, an der sich auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 nichts wesentliches geändert hat, wird auch an der jüngst veröffentlichten Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) deutlich. Die ARI dokumentiert das Schicksal von 239 Flüchtlingen, die zwischen 1993 und 2000 „durch staatliche Maßnahmen" ums Leben gekommen sind. Zur Gruppe derer, die durch „staatliche Gewalt" den Tod fanden, zählt die ARI 92 Selbstmorde, 89 Menschen, die beim Versuch, die Bundesrepublik zu erreichen, schon an der Grenze den Tod fanden, sowie fünf Menschen, die während der Abschiebung starben. Für den Tod dieser Menschen hat sich die deutsche Gesellschaft in den allermeisten Fällen genauso wenig interessiert wie für ihr Leben davor – nicht für die Notlage oder Verfolgungssituation, vor der sie im reichen Norden Schutz suchten, nicht für ihr schwieriges Leben in der Illegalität und auch nicht für die Verzweiflung, aus der sie nur in der Selbsttötung einen Ausweg sahen. Etwa die Hälfte dieser Entscheidungen, den Tod der Abschiebung vorzuziehen, fanden in der Abschiebehaft statt. Leben in der Abschiebehaft bedeutet nicht nur, für nichts weiter als für illegale Einreise eingesperrt zu werden. Abschiebehaft heißt in aller Regel auch: Vierer- bis Sechserzellen ohne Rücksicht darauf, ob die Inhaftierten eine gemeinsame Sprache sprechen; eine Stunde Hofgang täglich, keine fremdsprachige Literatur – und Besuche vielleicht dann, wenn es in der Fremde schon so etwas wie persönliche Kontakte gab.

Die staatlichen Mechanismen zur Abschiebung werden fortlaufend perfektioniert; immer häufiger werden nun Flüchtlinge gewaltsam Vertretern afrikanischer Botschaften vorgeführt, so etwa Anfang Februar in St. Augustin bei Bonn. Flüchtlinge, die aus Angst vor Abschiebung ihre Reisedokumente vernichtet haben und der Ausländerbehörde ihre Identität verheimlichen, werden aus den Flüchtlingsunterkünften und Abschiebeknästen geholt. Mit fragwürdigen Methoden wie Sprachanalyse soll dann in Kooperation mit Botschaftsangehörigen sogenannter „aufnahmewilliger Staaten" die jeweilige Nationalität ermittelt werden. „Erkennen" die BotschaftsmitarbeiterInnen die Nationalität eines Flüchtlings, wird ein Paß ausgestellt und das Abschiebeverfahren kann fortgesetzt werden. Nach Berichten von Flüchtlingen kommt es immer wieder zu „Fehlidentifikationen", so dass Flüchtlinge in irgendeinen Staat abgeschoben werden. Flüchtlingsorganisationen und Menschenrechtsvereine vermuten, dass den Botschaftsangehörigen zumindest zum Teil „Kopfgelder" für jeden „identifizierten" Flüchtling gezahlt würden. Gegen diese Zwangsmaßnahmen gibt es bisher nur wenig Proteste und Widerstand. Zunehmende Unterstützung gewinnt hingegen die Kampagne gegen die Residenzpflicht, die das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes für Flüchtlinge de facto ausser Kraft setzt. Ein ausführlicher Bericht findet sich in diesem Heft. Wir meinen, dass diese Kampagne, die aktiv von Gruppen getragen wird, in denen sich Flüchtlinge organisiert haben, nicht nur die Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Gruppen erfordert. Dies muss auch an örtlichen Runden Tischen zum Thema gemacht werden...

Ende Januar ist der erste NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingegangen; der Ausgang des Verfahrens ist derzeit nicht abzusehen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass von einem schärferen Vorgehen gegen faschistische Organisationen derzeit nicht gesprochen werden kann. Noch immer werden die jedes Wochenende marschierenden Nazis und Veranstaltungen der Neofaschisten geschützt – so z.B. am 24. Februar der NPD-Landesparteitag in Tönning mit zwei Wasserwerfern und starkem Polizeiaufgebot. Demonstrationen und Proteste von unabhängigen antifaschistischen Gruppen sind weiterhin Zielscheibe polizeilicher Gewalt und Grundrechtseinschränkung – TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Lüdenscheid war es beispielsweise untersagt, schwarze Kleidung zu tragen, schwarze Kaputzenpullover, Handschuhe und Wollmützen anzuziehen. Trotz und wegen der Zurschaustellung „antifaschistischer Bekenntnisse" durch Vertreter der Regierungsparteien und der Wirtschaft bleibt es eine notwendige und dringliche Aufgabe, eine unabhängige antifaschistische Bewegung aufzubauen, die durch eine breite Verankerung und entschlossenes Auftreten dem Wirken der Nazis zumindest Grenzen setzt und auch die Thematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese hervorbringen, zu ihren Aufgaben zählt.



Für das Recht auf Bewegungsfreiheit

Die verharmlosende Wortschöpfung „Residenzpflicht" (als ob Flüchtlinge hier etwas zu residieren hätten) nimmt den Betroffenen ihr Recht auf Bewegungsfreiheit. Besuch von Verwandten und Freunden, der Gang zum Arzt, die Teilnahme an Demonstrationen, das Training im Fußballverein ..., für Deutsche alles selbstverständlich, nicht jedoch für Flüchtlinge, wenn dabei die Kreisgrenze überschritten werden muß. Dann braucht man als Flüchtling eine Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde (ausgenommen davon sind: Gerichts- und Anwaltstermine). Die Genehmigung gibt es natürlich nur bei genauer Benennung des Grundes. Als Flüchtling ist man also gezwungen, fremden Beamten Dinge zu erzählen, die oft sehr privat sind. Flüchtlinge sind in der Gestaltung ihres Lebens von der Entscheidung der Ausländerbehörde abhängig. Diese Bevormundung und Kontrolle ist entwürdigend.

Was heißt Residenzpflicht?

AsylbewerberInnen verbringen in der Regel die ersten drei Monate ihres Aufenthaltes in Deutschland in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen der einzelnen Bundesländer. Danach werden sie auf die Landkreise und kreisfreien Städte des jeweiligen Bundeslandes verteilt, d.h. sie werden einem „Aufenthaltsbereich" zugeordnet, den sie so lange nicht ohne schriftliche Genehmigung der Ausländerbehörde verlassen dürfen, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist. Dieses zieht sich oft über Jahre hin.

Residenzpflicht verletzt Menschenrechte

Die „Residenzpflicht" existiert in dieser entwürdigenden Form nur in Deutschland und widerspricht völkerrechtlichen Vereinbarungen. Sowohl der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte als auch die Europäische Menschenrechtskonvention garantieren Freizügigkeit: „Jede Person, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Staates aufhält, hat das Recht, sich dort frei zu bewegen und ihren Wohnsitz frei zu wählen."

Zur Unterstützung von Flüchtlingen, die sich mit der Methode des zivilen Ungehorsams gegen die diskriminierende "Residenzpflicht" wehren, indem sie das Gesetz bewußt übertreten, hat sich bundesweit ein Netz von RechtsanwältInnen gebildet. Ziel ist es unter anderem, ein Verfahren exemplarisch vor den europäischen Gerichtshof zu bringen. Dieses Verfahren wird viel Geld kosten.

Rechtshilfefond: Spendenkonto: IMRV - Postbank Hamburg - Konto-Nummer: 99 29 207
BLZ: 200 100 20 Stichwort "Residenzpflicht"

Die Residenzpflicht: Blickpunkt eines Flüchtlings

von Sunny Omwenyeke

Die Residenzpflicht war bisher und bleibt die effektivste Maßnahme zur Unterdrückung von Flüchtlingen. Ihnen wird damit die Freiheit zur sozio-kulturellen Entfaltung und das Recht auf politische Betätigung abgesprochen. Einfach ausgedrückt ist sie die effektivste Maßnahme zur Kriminalisierung von Asylsuchenden in Deutschland. Mit dieser Regelung werden Flüchtlinge legal daran gebunden in dem Landkreis zu bleiben, in welchem sie ihren Asylantrag gestellt haben, und zwar solange, bis dieser entschieden bzw. angenommen wird (sollte er überhaupt angenommen werden). Also unabhängig davon wie lange er oder sie schon in diesem Land ist, solange wie der Asylantrag nicht vom Bundesamt und der dazugehörigen, örtlichen Ausländerstelle entschieden ist, ist es ihnen nicht erlaubt, die unmittelbare Umgebung, ohne schriftliche Erlaubnis der Ausländerstelle zu verlassen.

Bevor ich nun hierüber in Details gehe, werde ich einen kurzen Blick auf die Geschichte dieses demütigenden und bedrohlichen Problems werfen.

Die Regelung, so wie sie jetzt besteht, wurde 1982 als Passage in das Asylverfahrensgesetz eingeführt, ein Sondergesetz für Flüchtlinge und Asylsuchende. Hiermit wurde de facto eingeführt, dass Flüchtlinge in Lagern [(bzw. Heimen), Anm. d. Übers.] bleiben müssen, ihr Recht auf Arbeit wurde empfindlich eingeschränkt und in manchen Fällen wurden Flüchtlinge gar dazu verdonnert, schlecht bezahlte Arbeiten für die Allgemeinheit zu verrichten.

Im Klartext legitimierte und legalisierte die Bundesregierung mit diesem Gesetz auf einfache Weise die schon bestehenden, diskriminierenden Strukturen gegen Flüchtlinge. Wie auch immer, dieses Gesetz und sein

Erlass wurde 1983 vom UNHCR so scharf kritisiert, dass zwei unabhängige Kommissionen vom UNHCR mehrere Lager in verschiedenen Bundesländern besuchten. Ihre Berichte verurteilten das Gesetz auf unmissverständliche Weise und gingen gar soweit festzustellen, dass dieses Gesetz Barrieren aufgebaut hat, zu denen keine Parallelen in anderen europäischen Ländern bestehen. Die Bundesregierung zeigte sich hiervon unbeeindruckt und ist seit her fortgefahren das Gesetz in noch grausamerer Weise umzusetzen, was hier als systematische und vorsätzliche, psychische und physische Zerstörung von Flüchtlingen gesehen werden kann.

Es ist vielleicht wichtig an dieser Stelle zu erwähnen, warum dieses Gesetz eingeführt wurde. Die Residenzpflicht, gekoppelt mit dem Zwang in Lagern zu wohnen verringert die Möglichkeit der Integration von Flüchtlingen in irgendeine Gesellschaft dieses Landes. Die offiziellen Argumente für die Einführung dieses Gesetzes waren die bessere Verteilung öffentlicher Mittel, der Erhalt der Ausübung von polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen („law and order") und ein besserer Kontakt zu den Flüchtlingen, zur Behandlung ihrer Asylanträge. Eine nähere Untersuchung wird die inneren Widersprüche und Ungereimtheiten der hier angegebenen Gründe zu Tage bringen.

Flüchtlinge, die in einem Heim konzentriert leben müssen und nicht arbeiten dürfen, sind besser zu kontrollieren ohne sie in offensichtlicher Gefangenschaft halten zu müssen. In der Realität wird ihnen hiermit die Bewegungsfreiheit verweigert, denn es ist offensichtlich, dass Flüchtlinge als menschliche Wesen, natürlich versuchen werden, aus welchem Grund auch immer, an einen Ort außerhalb ihres Aufenthaltsbereiches zu gehen. Somit verstoßen sie gegen das Gesetz und werden als kriminell angesehen, dafür dass sie nicht den Gesetzen dieses Landes gehorchen. In diesem Fall wird es leicht für PolitikerInnen, die wie so oft die Schuld für alles schlechte in der deutschen Gesellschaft den Flüchtlingen zuschreiben, hervorzuheben, dass Flüchtlinge kriminell sind.

Als ein Land, das von sich immer noch behauptet ein Rechtsstaat mit demokratischen Gesetzen zu sein, muss Deutschland sich die Frage stellen, wie ein Gesetz wie die Aufenthaltsverpflichtung überhaupt mit den Grundgesetzen dieses Landes vereinbar ist. Einmal ganz abgesehen von der Umgehung und Aushöhlung internationaler Verträge an die sich Deutschland als Signatarmacht halten müsste, sind die Bestimmungen über die Aufenthaltsverpflichtung eine flagrante Verletzung der Verfassung des Grundgesetzes. Wir wollen uns noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Bewegungsfreiheit einer der zentralen Kritikpunkte der BRD war, die sie gegenüber den Regierenden der DDR ständig einforderte, mit dem Augenmerk, die DDR hätte ihren BürgerInnen dieses natürliche Recht auf Bewegungsfreiheit vorenthalten. Es ist die Ironie der Weltgeschichte nun festzustellen, dass wiederum eine Bundesregierung, die von sich selbst überzeugt ist, alle Tugenden der Demokratie zu praktizieren, nun dieses unveräußerliche Recht vorsätzlich Menschen vorenthält und diese kriminalisiert, wenn sie es in Anspruch nehmen.

Artikel 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 Abs. 2 garantieren die Menschenwürde und das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Zweifelsohne ist die Aufenthaltsverpflichtung ein klarer Verstoß gegen die Grundaussagen dieser Verfassung. Besonders deutlich wird dies, wenn man auch noch einbezieht, dass Informationen über die Person und höchst intime, private Pläne gegenüber Behörden offengelegt werden müssen, wenn ein Asylbewerber / eine Asylbewerberin überhaupt eine Genehmigung bekommen will, sich außerhalb des ihm/ihr zugewiesenen Gebietes zu bewegen . Die Beschränkung eines Individuums auf einen eng begrenzten Aufenthaltsraum, setzt seinen Möglichkeiten menschlicher Entwicklung engste Grenzen. Ganz im Gegensatz zu dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Gegen diese Bestimmung versuchten bereits mehrere Personen aus der asyl- und flüchtlingspolitischen UnterstützerInnenszene vorzugehen. Allerdings nur bei untergeordneten Gerichten, wie dem Amtsgericht Kirchheim. In dem Urteil dieses untergeordneten Gerichtes wurde bisher lediglich anerkannt, dass die Aufenthaltsbeschränkung in keiner Weise die im Grundgesetz festgelegte Bewegungsfreiheit berührt. So wird weiter vorenthalten, dass Flüchtlinge ihre Zukunft selbst planen und gestalten können. Es ist haarsträubend, dass man Flüchtlinge dieser Aufenthaltsbeschränkung unterwirft, unter dem Vorwand, potentiell falsche AsylbewerberInnen enttarnen zu können.

Noch mal, einer der wirklichen Gründe für die Residenzpflicht ist es, andere potentielle AsylbewerberInnen abzuschrecken. Wie auch immer, das Amtsgericht Kirchheim gab den Fall, aus mangelnder Zuständigkeit, an Karlsruhe weiter um dieses über die Verfassungsmäßigkeit entscheiden zu lassen. Leider entschied Karlsruhe im Jahr 1997 nicht wie das untergeordnete Gericht, indem es die Gründe für die Residenzpflicht rechtfertigte. Doch damit ist der Kampf an der rechtlichen Front nicht vorbei, allerdings wird es extreme Kosten verursachen, für die die Mittel erst noch gesammelt werden müssen, um diesen Fall vor die Kammer des europäischen Gerichtshofes zu bringen.

Deswegen wird auch nach anderen Möglichkeiten Ausschau gehalten, den gegenwärtigen Status Quo juristisch

Residenzpflicht bekämpfen - Flüchtlinge unterstützen!

und politisch zu unterlaufen. Als Beispiel sei genannt, dass politische AktivistInnen oder auch Organisationen Einladungen z.B. zu Veranstaltungen aussprechen, die dem Flüchtling die Genehmigung ermöglichen, innerhalb des Landes jederzeit zu reisen. Leider ist die Ausstellung solcher Reisegenehmigungen voll abhängig von der Lust und Laune des/r jeweils diensthabenden BeamtIn der Ausländerstelle. Manchmal auch von der Tageszeit, manchmal ist es schon Sympathie oder Antipathie des/r BeamtIn der / die darüber urteilt ob jemand die Genehmigung bekommt oder eine solche Einladung nicht verdient. Dies kann ich aus meiner eigenen Erfahrung aus meiner Situation in Wolfsburg berichten.

Seit ich im November 1998 nach Wolfsburg verbracht wurde, präsentierte ich wiederholt verschiedene Einladungen zu verschiedenen Zeiten, zu dem einen Zweck, Genehmigungen für Fahrten zu meinen unterschiedlichen politischen Veranstaltungen zu erhalten. Fairer Weise muss ich der Ausländerstelle zugestehen, dass ich die ersten fünf oder sechs Male keine Probleme hatte die Genehmigungen zu erhalten. So erhielt ich eine Genehmigung während der internationalen Menschenrechtswoche im Dezember 1998 in Jena bleiben zu dürfen.

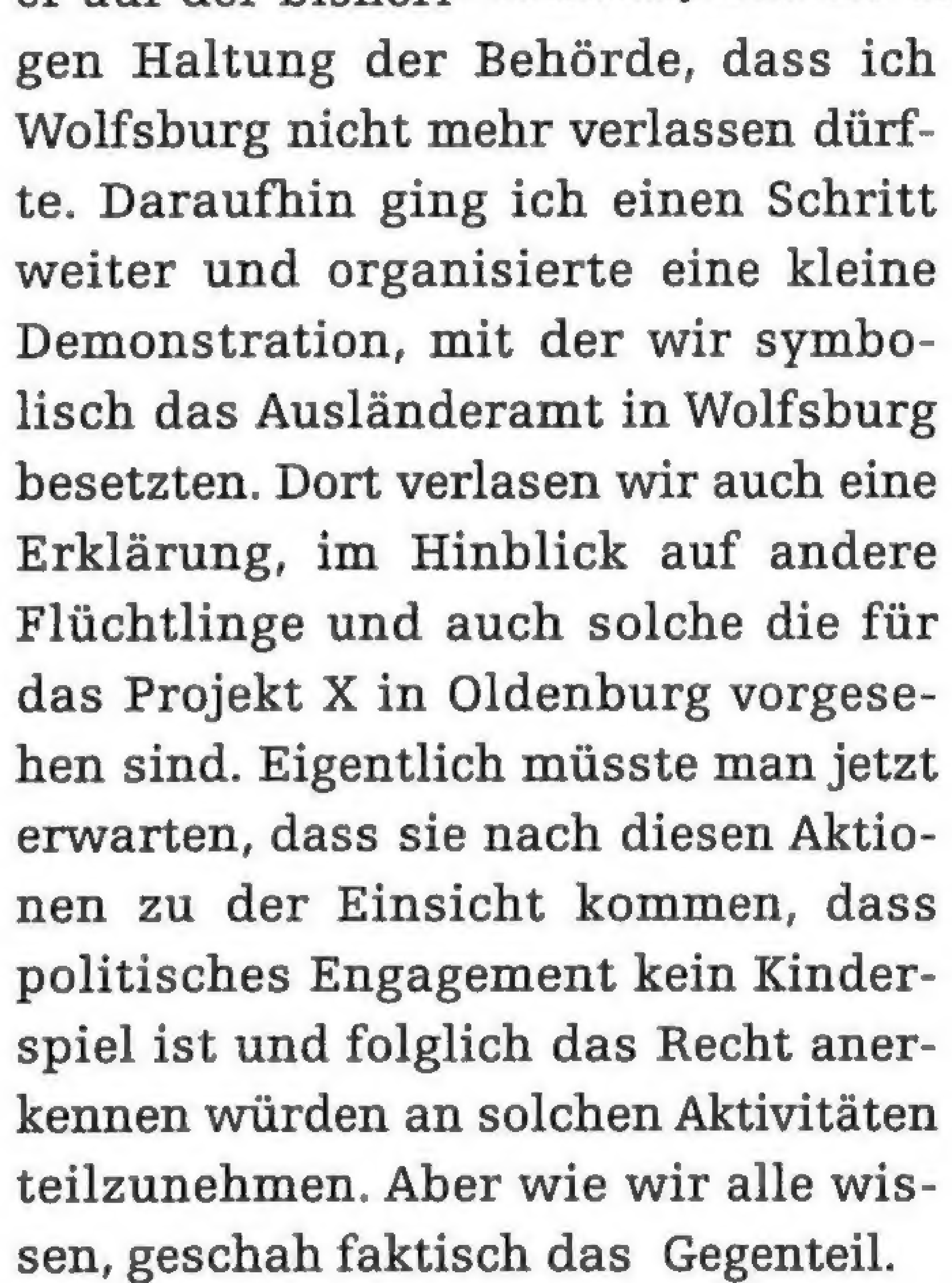
Danach bekamen sie mit, wie stark mein politisches Engagement ist und beschlossen, meinem Aktivismus einen Riegel vorzusetzen. Ab diesem Zeitpunkt war es völlig egal, was für eine Einladung ich präsentierte. Ob es sich nun um ein Thema handelte, dass sich auf die Situation in meinem Land bezog oder eines bezogen auf meine Behandlung und mein Leben hier als Flüchtling, mir wurde grundsätzlich die Gelegenheit verweigert an der entsprechenden Veranstaltung teilzunehmen.

Die offiziell vorgegebenen Gründe waren: 1. als Flüchtling sei ich gebunden an meinen Aufenthalt in Wolfsburg und hätte nirgends hinzureisen. 2. wurde mir gesagt, ich würde mich an politischen Aktivitäten und Treffen beteiligen, wie denen von THE VOICE und der Karawane und würde somit die deutsche Regierung bekämpfen, die schon großmütig genug war, mich hier als einen Flüchtling zu beherbergen. Dies hielt mich jedoch nicht davon ab, meine Aktivitäten fortzusetzen.



Residenzpflicht als Gefängsnis - Künstlerische Darstellung

Ich verlangte mit dem Chef der Ausländerbehörde Herrn Werner Pils zu sprechen, aber auch nach langen und hitzigen Debatten bestand er auf der bisherigen Haltung der Behörde, dass ich Wolfsburg nicht mehr verlassen dürfte. Daraufhin ging ich einen Schritt weiter und organisierte eine kleine Demonstration, mit der wir symbolisch das Ausländeramt in Wolfsburg besetzten. Dort verlasen wir auch eine Erklärung, im Hinblick auf andere Flüchtlinge und auch solche die für das Projekt X in Oldenburg vorgesehen sind. Eigentlich müsste man jetzt erwarten, dass sie nach diesen Aktionen zu der Einsicht kommen, dass politisches Engagement kein Kinderspiel ist und folglich das Recht anerkennen würden an solchen Aktivitäten teilzunehmen. Aber wie wir alle wissen, geschah faktisch das Gegenteil.



Nun kam der Kongress im Mai 2000 in Jena. Abgesehen davon, dass ich der Koordinator von THE VOICE in Niedersachsen bin, jener Organisation die zum Flüchtlingskongress einlud, war ich auch noch der Sekretär des Organisationskomitees. In dieser Eigenschaft schrieb ich die Einladungen an unsere internationalen Gäste, einschließlich der an unsere Gäste aus Kanada. Mit diesem Brief in der Hand, erhielt der Gast aus Kanada sein deutsches Visum, während mir als Organisator und anderen Flüchtlingen aus meinem Heim, die ebenso teilnehmen wollten, verweigert wurde zu eben diesem Kongress zu fahren.

Ich nahm Kontakt zu meinem Anwalt auf, der der Behörde drohte vor Gericht zu ziehen, würden sie mir weiterhin die Genehmigung verweigern. Sie verweigerten und mein Anwalt ging vor Gericht. In der Zwischenzeit beantragte ich Reisegenehmigungen für Vorbereitungstreffen in Jena, die allesamt abgelehnt wurden. Auf der Rückfahrt eines solchen Treffens, bestieg die Polizei den Zug zwischen Magdeburg und Braunschweig und kontrollierten mich.

Überraschender Weise entschied das Gericht, dass es richtig war die Genehmigung verweigert zu haben, denn es sei nicht wichtig, dass ich zu dem Kongress fahre. Wenn Flüchtlinge einen elftägigen Kongress organisieren und weder die Ausländerbehörde noch das Amtsgericht sehen es als notwendig an gerade mal einen der Organisatoren teilnehmen zu lassen, vielleicht ist es dann eine Flüchtlingsolympiade, die eventuell Flüchtlinge zu einer Genehmigung berechtigen, ihr Gebiet zu verlassen. Ich bin kein Kind mehr. In meinem Alter muss ich alleine wissen was wichtig für mich ist. So packte ich meinen Rucksack und begab mich nach Jena. In Jena wurde deutlich, das der thüringer Innenminister die Aufenthaltsbeschränkung benutzte um die politischen Aktivitäten zu unterlaufen. Denn er schrieb den anderen Länderinnenministern, allen Flüchtlingen, die vor hätten am Kongress teilzunehmen, ebenfalls die Genehmigung zu verweigern. Hier will ich noch mal betonen, dass das Ziel der Aufent-

Prozess wegen Verstoß gegen die „Residenzpflicht"

Am 7. Februar fand in Wolfsburg ein Prozeß gegen Sunny Omwenyeke statt. Ihm wurde vorgeworfen, am 10. April 2000 im InterRegio zwischen Magdeburg und Helmstedt aufgegriffen worden zu sein, ohne eine Genehmigung zum Verlassen des Landkreises Wolfsburg zu haben. Am 12. Juli wurde er in Weimar kontrolliert und hatte erneut keine Genehmigung. „Als Asylbewerber ist Ihnen bekannt, daß ihr Aufenthalt auf den Landkreis Wolfsburg beschränkt ist. Entsprechend § 85, Abs. 2 und § 86 AsylVerfG werden Zuwiderhandlungen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafen geahndet", so der Hinweis zu Beginn des Prozesses, den 80 Demonstrierende nutzten, um gegen die diskriminierende „Residenzpflicht" zu protestieren.

Sunny Omwenyeke, Lehrer für Religion und Philosophie und in Deutschland Asylsuchender, erläuterte im Prozeß ausführlich seine Auseinandersetzungen mit der zuständigen Ausländerbehörde, die ihm als nationalem Koordinator von The Voice (eine Assoziation von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern) in Nigeria (deshalb wurde er dort verfolgt) und als regionaler Koordinator von The Voice in Niedersachsen zunächst die Teilnahme an verschiedenen politischen Veranstaltungen, sowohl zur Situation in Nigeria, als auch über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland ermöglichte. Später hat man ihm vorgeworfen, mit Seinen politischen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland vorzugehen und ihm deshalb weitere Reisegenehmigungen verweigert. Bei dem großen Flüchtlingskongress in Jena war er in der Funktion des Sekretärs tätig, erhielt jedoch erneut keine Reisegenehmigung. Angesichts seiner Position in The Voice und seiner Rolle als Sekretär sah er keine andere Möglichkeit, als ohne Genehmigung nach Jena zu fahren, um an der Organisation des Kongresses teilzunehmen. Nachdem er bereits vergeblich versucht hatte, bei einer weiteren Gelegenheit, einer Demonstration in Weimar gegen den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Khatami, eine Reiseerlaubnis zu erhalten, verzichtete er seitdem auf weitere formale rechtliche Schritte und Antragstellungen.

Der Richter stellte das Verfahren schließlich wegen geringer Schuld ein.

haltsbeschränkung die Kriminalisierung von Flüchtlingen ist und dem wurde noch eins drauf gesetzt, nämlich Flüchtlingen die minimalste Gelegenheit sich zu treffen zu verweigern, um gemeinsam ihre Probleme zu besprechen.

Es ist tragisch dass festgestellt werden muss, dass das Fehlen der Freiheit sich politisch zu organisieren und auszudrücken, was uns veranlasste aus verschiedenen Ländern zu fliehen uns hier in Deutschland wieder begegnet. In einem Land, dass für sich in Anspruch nimmt, entwickelt und demokratisch zu sein. Welch Ironie. Es ist bemerkenswert, dass es die Passgesetze sind, welche Deutschland an der Seite der internationalen Gemeinschaft in der Apartheid Südafrikas bekämpft hat, die nun voll funktionieren, hier im Herzen Europas.

Wie auch immer, wir als Flüchtlinge und Opfer dieser inhumanen und diskriminierenden Gesetzgebung in Deutschland, haben genug und kämpfen an allen Ecken des Landes für die Wiederherstellung unserer Freiheitsrechte. Vor diesem Hintergrund beschlossen wir in Jena eine Reihe von Aktionen unter der Zielsetzung, dass diese Gesetzgebung fallen muss. Dies hat zu Aktionen des zivilen Ungehorsams in verschiedenen Städten des Landes geführt. Ebenso kam es am 3. Oktober des letzten Jahres zu einer Demonstration hier in Hannover mit Flüchtlingen und UnterstützerInnen aus ganz Deutschland. Hauptsächlich um zu zeigen, dass die deutsche Bundesregierung, während sie die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland ebenso wie den Fall der Berliner Mauer feiert, absichtlich 1000 und eine Mauer für Flüchtlinge in diesem Land errichtet hat. Weitere Aktionen diesbezüglich sind geplant. Die dritte und vierte Woche im April diesen Jahres sind zu regionalen Aktionszeiten erklärt worden, in denen Gruppen in verschieden Regionen Proteste organisieren. Außerdem wird es am 19. Mai eine Demonstration in Berlin geben.

Wir können uns nicht abfinden, mit einem populären Land, das gemeinhin als eines der entwickelsten Länder in Europa gilt, Flüchtlinge jedoch vorsätzlich, wie in Ansbach und Nürnberg in ihren Behausungen einsperrt, aus keinem anderen Grund als Repression auf sie auszuüben.

Schließlich haben wir Flüchtlinge die Einsicht gewonnen, solange wir nicht selbst auch diese Probleme sehen und anpacken wird es auch kein anderer tun. Denn nur wir selbst sind in der Lage, die Qualen und Erschwernisse die sich als Konsequenzen aus dieser Gesetzgebung ergeben, anderen zu erklären.

Zum Ende des Kongresses wandten wir uns mit einem Brief an den deutschen Bundestag, in dem wir kategorisch die ersatzlose Streichung dieser Gesetzgebung verlangen. Bis heute gab es keine Antwort auf unseren Brief.

Wir sind nicht allein, sondern stehen in Verbindung mit anderen europäischen Organisationen. Und auch wenn es sich bisher schwierig gestaltet hat, dass kontinentale Europa gegen diese einzigartige Praxis in Deutschland zu mobilisieren, sind wir optimistisch, dass sich viele unserer Verbündeten und GenossInnen bald beteiligen werden, dieses Problem an die Öffentlichkeit zu bringen und Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, dieses Gesetz abzuschaffen.

Wir tun dies ganz bewusst, auch mit dem Risiko dem wir damit ausgesetzt sind. Die meisten Mitglieder von The Voice und der Karawane, insbesondere die sehr aktiven, bleiben das direkte Angriffsziel dieses Gesetzes und die Regierung lässt nicht eine Gelegenheit aus, ihre repressiven Gesetze anzuwenden. Gerade dann nicht, wenn wir die absichtliche Ver-

letzung dieses bestimmten Gesetzes beibehalten.

Viele von uns könnten verhaftet, sogar deportiert werden, dahin wo uns der Tod erwarten könnte. Aber wir werden weitermachen. Denn wenn du mit dem Rücken zur Wand stehst, ist es Zeit zurück zu schlagen. Wir sagen es ist genug !!

Ihr wollt sicher wissen was ihr tun könnt um uns bei der Lösung dieses Problems zu helfen. Liebe Freunde, es kann viel getan werden und es liegt in euren Händen. Obwohl wir schon viele deutsche UnterstützerInnen haben die erkannt haben was wir Flüchtlinge immer gesagt haben: Der Kampf für die Freiheit der Flüchtlinge, ist ein Kampf für eine andere, bessere Gesellschaft. Eine Gesellschaft in der einige nicht frei sind, ist schlicht und einfach auch eine unfreie Gesellschaft.

Ich glaube die Deutschen sollten mehr Gründe haben sich dafür zu engagieren, denn es ist ihre Gesellschaft, es ist ihr Land und es sind ihre Gesetze. Ihr könnt beispielsweise eure Abgeordneten in Bund und Land anschreiben und die Abschaffung dieser Gesetze fordern oder ihr könnt euch mit uns zusammen schließen oder eigene Gruppen gründen.

Viele Flüchtlinge haben bereits Probleme aufgrund der Gesetzesübertretung. Jose Maria Jones, ein Mitglied von The Voice wurde beschuldigt ein Sicherheitsrisiko für Deutschland zu sein und sieht sich nun als Ergebnis der Gefahr von Abschiebung ausgesetzt, weil er während der Mini-Karawane Tour in Bayern, dreimal kontrolliert wurde. Cornelius Yufanyi, ein weiteres Mitglied von The Voice, wurde im Amtsgericht Worbis verurteilt, nur weil ein Beamter der Ausländerbehörde ein Interview gelesen hatte, welches Cornelius auf dem Kongress in Jena gegeben hatte, ohne überhaupt einmal von der Polizei kontrolliert worden zu sein. Ich selber werde am 6. Februar vor dem Amtsgericht in Wolfsburg stehen, wegen der Kontrollen bei den Vorbereitungstreffen in Jena und für die Teilnahme an einer Demonstration in Weimar gegen den Besuch des iranischen Präsidenten am 12. Juli 2000. Dies sind nur einige Fälle die zu Gericht gekommen sind. In vielen anderen Fällen wurden Flüchtlinge bis zur Bezahlung der vorgeschriebenen Strafen eingeschüchtert, ohne dass sie sich aus ihrer Angst und ihrer Situation heraus getraut hätten dagegen anzugehen.

Viele Flüchtlinge gehen extreme Risiken ein und begeben sich in höchste Gefahr, indem sie sich in diesem Kampf engagieren. Überlegt euch bitte wie und auf welchem Wege ihr euch einbringen könnt. Was auch immer geschieht, wir werden nicht aufgeben bevor wir nicht unsere natürlichen Rechte wie Bewegungsfreiheit, Koalitionsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung wiedererlangen.

Sunny Omwenyeke, Hannover, 29. Januar 2001 (Übersetzung: Jörn Krückeberg, Ekkehardt Jänicke)

Kontakt: The VOICE Africa Forum,
Schillergäßchen 5, 07745 Jena.
Tel: 03641-665214 Fax: 03641-423795 / 420270
E-mail: TheVOICE-Jena@gmx.de
http://www.humanrights.de/congress.
The VOICE Wolfsburg
Hafenstrasse 28, 38442 Wolfsburg
Tel: 0171-1554875 Fax: 05362/65318.
Internationaler Menschenrechtsverein, Bremen
Wachmannstr. 81, 28209 Bremen
Tel: 0421-5577093. Fax: 0421-5577094
E-mail: mail@humanrights.de
http://www.humarights.de

Positives Urteil

Endlich einmal ein positives Urteil zum Thema „vorübergehendes Verlassen des Aufenthaltsgestattungsbereiches zum Zweck der politischen Betätigung". Mit Beschluss vom 6. Oktober 2000 (Az.: 10 L 1218/00.A) verpflichtete das Verwaltungsgericht Minden den Landrat des Kreises Minden-Lübbecke, einem äthiopischen Staatsangehörigen das vorübergehende Verlassen des Geltungsbereichs seiner Aufenthaltsgestattung zu ermöglichen. Der Äthiopier wollte an der Versammlung eines Komitees zur Unterstützung der EPRP teilnehmen. Die ohne Rechtsmittelbelehrung angegangene Versagung der Erlaubnis beinhalte eine unbillige Härte. Bei Abwägung persönlicher Belange gegen das öffentliche Interesse und im Hinblick auf den gesetzlich vorgesehenen Zweck der Aufenthaltsbeschränkung sei die Versagung als unangemessen anzusehen. „Wer seine Heimat wegen politischer Verfolgung verlassen hat, wer für seine politische Überzeugung durch Haft oder Folter gelitten hat, ist zwangsläufig an den Verhältnissen im Heimatstaat brennend interessiert. Versammlungen dieser Art sind praktisch die einzige Gelegenheit für den Asylbewerber, Nachrichten aus der Heimat über das Schikksal von Familienangehörigen und politischen Freunden und Leidensgenossen zu bekommen und auszutauschen. Der Antragsteller hat unwidersprochen darauf hingewiesen, dass es ihm nicht möglich ist, seine politische Meinung im Kreis Minden-Lübbecke mangels Gesinnungsgenossen kundzutun, fortzubilden und auszutauschen. (...) Der Asylbewerber braucht sich nicht generell darauf verweisen zu lassen, dass er sich im Bezirk der Aufenthaltsgestattung jederzeit in Wort, Schrift und Bild frei äußern kann. Die Verzweiflung politischer Flüchtlinge über die Lage im Heimatland will sich verständlicherweise in politische Aktivitäten umsetzen, was prinzipiell auch Berücksichtigung verdient." Eine einfühlsame Entscheidung, die im Gegensatz steht zu anderen, in denen die politische Betätigung von Asylsuchenden nur als marginales Rechtsgut bewertet oder unterstellt wird, die Aktivitäten erfolgten allein zum Zwecke der Schaffung von Nachfluchtgründen.

GewerkschafterInnen gegen Abschiebungen

Der Gewerkschaftstag der ÖTV hat im November 2000 folgendes beschlossen:

ArbeitnehmervertreterInnen, VertreterInnen von ÖTV und DAG im Aufsichtsrat der Lufthansa AG werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Lufthansa keine zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge mehr befördert. Die Gewerkschaft ÖTV fordert ihre Mitglieder auf, sich nicht mehr an Abschiebungen zu beteiligen.

Begründung:

Abgesehen von der prinzipiell zu kritisierenden Abschiebepraxis der Bundesregierung, die auch Abschiebung in nicht sichere Heimatländer der Flüchtlinge zulässt, kommt es bei Abschiebungen immer wieder zu Verletzungen und sogar zum Tod von Flüchtlingen. Nach massiven Protesten und Aufklärungskampagnen verweigert Swissair die Mitnahme von sich wehrenden Schüblingen. Die niederländische Fluggesellschaft Martinair ist mittlerweile aus dem Geschäft mit Abschiebungen ausgestiegen.
Nachdem die belgische Gewerkschaft ihre Mitglieder aufgefordert hat, sich nicht mehr an Abschiebungen zu beteiligen, fielen bei der Fluglinie Sabena Abschiebungen für längere Zeit aus. Sabena hat mittlerweile den gewaltsamen Transport von Abschiebehäftlingen eingestellt.
Außerdem riskieren Flugkapitäne, dass sie strafrechtlich belangt werden, da sie die Verantwortung für das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Passagieren tragen (Die „Bordgewalt" bei Abschiebungen auf dem Luftweg als Rechtsproblem, Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht, 49. Jahrgang 2/2000). Der Rechtsanwalt Farad Rifaat, Vertreter dreier Fremdenpolizisten in der Voruntersuchung wegen „Quälens eines Gefangenen mit Todesfolge", die in Österreich stattfindet, beruft sich auf die Richtlinien des Internationalen Luftverkehrsverbandes, der die Letztverantwortung bei dem verantwortlichen Piloten sieht (Siehe Zeitungsartikel: Der Standard vom 6.,7. und 9. September 2000)
Auch der Sprecher der GdP, Jörg Radeck, erklärte, die Beamten seien lediglich Erfüllungsgehilfen des Kapitäns, dieser hat die alleinige Verantwortung für Passagiere und Flugzeug.
Eine Beförderungspflicht gegen den Willen der Passagiere ist aus dem LuftVG nicht abzuleiten. Desweiteren könnte die Lufthansa sich von jeglicher Art von Abschiebung befreien lassen, wenn die Durchführung von Abschiebungen für das Unternehmen aus ethischen oder wirtschaftlichen Gründen unzumutbar wäre. Dies hat Lufthansa getan, als es um den Transport von tropischen Ziervögeln ging.
Nach einem Artikel des Kölner Stadtanzeigers vom 19.10.00 wird von amnesty international in einem Bericht kritisiert, dass Immigranten, Gastarbeiter und Asylsuchende Hauptopfer von rassistischer fremdenfeindlicher Misshandlung durch Beamte seien, vor allem bei Abschiebungen.

Pilotenvereinigung wehrt sich gegen Abschiebungen

16 Feb 2001 - Der Vorstand der mächtigen deutschen Pilotenvereinigung „Vereinigung Cockpit" hat sich entschieden, an ihre Mitglieder neue Empfehlungen zum Umgang mit Abschiebungen zu geben. Bisher empfahlen sie den Piloten, den Abschiebungsanweisungen Folge zu leisten, um Schwierigkeiten mit ihren Arbeitgebern, den jeweiligen Fluglinien zu vermeiden. Nun ändert sich die Empfehlung: Cockpit enpfiehlt, die Abzuschiebenden in jedem Fall zu fragen, ob er damit einverstanden ist, transportiert zu werden. Wenn nicht sollte der Pilot den Transport verweigern. Cockpit argumentiert, sie es lägen dieser Empfehlung keine politischen Ziele zugrunde; allerdings werden strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen den Piloten befürchtet, sollte ein Abgeschobener sterben oder verletzt werden (wie dies in Östereich und Belgien der Fall sei). Die Empfehlung wurde in der Verbandszeitung veröffentlicht.
Da die meisten deutschen Piloten in der Pilotenvereinigung Cockpit organisiert sind, könnte die Entscheidung des Vorstandes unabsehbare Folgen für das deportation.class-Geschäft haben. Natürlich werden die zuständigen Behörden zunächst vermehrt auf ausländische Fluggesellschaften ausweichen. Wir erwarten jedoch, daß auch die Piloten von KLM, Air France und Sabena vorsichtiger sein werden und oft den Transport verweigern werden, wenn ein Abzuschiebender um Hilfe ruft oder etwas ähnliches passiert.
Die Gefahr der Strafverfolgung gegen Piloten ist im internationalen Recht begründet (Vertrag von Tokio von 1963). WEir erwarten, daß andere europäische Pilotenvereinigungen dem Beispiel Cockpits folgen werden. Die Weigerung Abzuschiebende gegen ihren Willen zu transportieren, trifft das europäische Abschiebesystem an einer seiner verwundbarsten Stellen, und wird ihm ernsthafte Schwierigkeiten bereiten.

Generalstaatsanwalt verwehrt Safwan Eid Schadensersatz

Wegen „gröblicher Amtspflichtverletzung" der mit den Ermittlungen befassten Staatsanwälte und Richter sowie der Verfolgung eines Unschuldigen durch die Justizbehörden haben die Anwälte von Safwan Eid vom Land Schleswig-Holstein 33.000,-DM Schadensersatz gefordert. Safwan war zwei Mal zu Unrecht vor Gericht gezerrt worden. Ihm wurde vorgeworfen, am 18. Januar 1996 das AsylbewerberInnenheim in der Lübecker Hafenstrasse, in dem auch er und seine Familie lebten, in Brand gesteckt zu haben. Bei dem Anschlag waren zehn Menschen ums Leben gekommen und 35 verletzt worden. Die rassistischen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft hatten dazu geführt, das nicht die bis heute dringend Tatverdächtigen vier jungen Männer aus Grevesmühlen vor Gericht gestellt wurden, sondern ein offensichtlich Unschuldiger. In logischer Konsequenz lehnte Schleswig-Holsteins Generalstaatsanwalt Erhard Rex nun den Schadensersatzanspruch von Safwan Eid ab. Damit stellt sich auch Rex offen hinter die rassistischen Ermittlungen seiner Lübecker Kollegen.



Zuerst der Brand, dann Untersuchungshaft, schließlich die Anklage - selbst nach dem Freispruch wird Safwan Eid Gerechtigkeit verweigert

Der alltägliche Rassismus - eine Kurzmeldung von der Christian-Albrechts Universität

Einen Nachmieter für ein Zimmer im Studentenwohnheim zu finden, kann mitunter eine schwierige Angelegenheit sein. Wie die Hochschulzeitung der CAU„Der Albrecht", in der letzen Ausgabe berichtete, wollte ein Bewohner des Professor Anschütz Hauses, einem Wohnheim, das vom Studentenwerk betrieben wird, einen Nachmieter für sein Zimmer vorschlagen, da seine Kündigungsfrist verstrichen war.

Die beiden vorgeschlagenen ausländischen Bewerber wurden aber abgelehnt, denn nach Meinung des Studentenwerkes sind Ausländer keine adäquaten Nachmieter. Da die gemeinsam mit der Studentenvertretung beschlossene Quote für die Belegung der Zimmer mit ausländischen Studierenden bereits größtenteils überschritten sei, stagniert im Moment die Aufnahme. Zwar werde versucht möglichst viele Zimmer zu vergeben, mit steigender Belegung durch ausländische Studierende sinke aber die Attraktivität der Wohnheime für deutsche Studenten. Da sich bis jetzt kein deutscher Bewerber gefunden hat, steht das Zimmer solange leer, bis ein adäquater Nachfolger gefunden ist.



Nach Ansicht des Studentenwerks die bessere Unterkunft?

Vom spießigen Alt-Herren-Club zur „revolutionären“ Speerspitze der Bewegung ...

Die Kieler Nazi-Szene: eine Mélange aus NPD und Freien Nationalisten

Während mancherorts mit dem laufenden Verbotsverfahren gegen die NPD die Hoffnung verknüpft wird, so die Aktivitäten und Organisierungsmöglichkeiten der rechtsextremen Szene einzudämmen oder gar zu zerschlagen, ist die Schleswig-Holsteiner NPD, hier insbesondere der NPD-Kreisverband Kiel-Plön, seit einiger Zeit wieder zu neuem Leben erwacht und befindet sich in der aktiven Aufbau- und Rekrutierungsphase. Dabei geht diese Entwicklung vor allem in Kiel eng einher mit dem zunehmenden Einfluss der Freien Nationalisten und Kameradschaften.



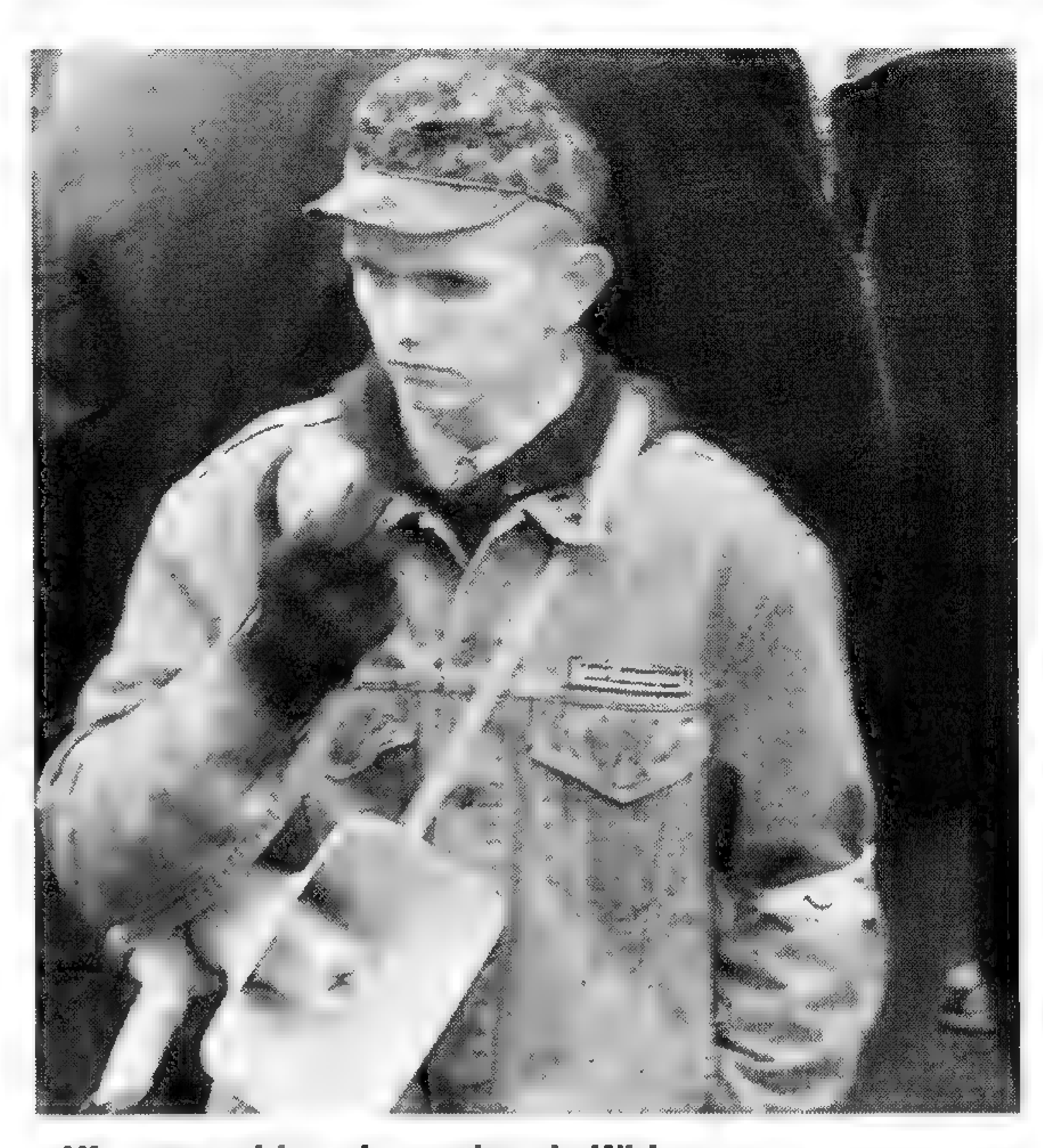
Mario Herrmann, Kameradschaft Kiel

Als im September 1998 die NPD-Schleswig-Holstein anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl eine öffentliche Wahlkampfveranstaltung in der Kieler Innenstadt durchzuführen versuchte, war das für Kiel ein bislang ungewohntes Szenario: Muster-Glatzen im entsprechenden Outfit verteilten NPD-Propagandamaterial, Ingo Stawitz (damals noch anerkannter Landesvorsitzender der NPD) bemühte sich um rassistische Hetz-Tiraden und eine Ordnertruppe sollte dafür sorgen, dass die Kundgebung störungsfrei über die Bühne liefe. Dank des prompten Eingreifens von eilig mobilisierten AntifaschistInnen musste die Veranstaltung jedoch schon nach einer halben Stunde abgebrochen werden und die Nazis kleinlaut von dannen ziehen. Dennoch war dies nach Jahren wieder die erste größere öffentliche Veranstaltung von Neonazis in Kiel, wenn auch mit zahlreicher Unterstützung aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Kieler Jungfascho-Szene schien bis dato weitgehend unorganisiert und trat fast gar nicht öffentlich in Erscheinung. Zu dieser Kundgebung waren allerdings etliche örtliche Nazis wieder aus der Versenkung aufgetaucht, nachdem sie zuletzt besonders Anfang der 90er Jahre durch diverse Gewaltdelikte von sich Reden gemacht hatten, wie zum Beispiel Kai-Luwig Höllriegl oder Mario Hermann aus Kiel. Beide traten bei der NPD-Kundgebung äußerst (ge-)wichtig als Ordner auf. Organisiert wurde der Ordnerdienst von Peter Borchert, ebenfalls einschlägig bekannter Kieler, der nicht allzu lange davor erst aus dem Knast entlassen worden war, wo er insgesamt über 6 Jahre seines Lebens hatte verbringen dürfen. (siehe nachfolgender Artikel „Who the hell is Peter Borchert?“) Unterstützt wurde der Ordnerdienst von Kameraden aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die wie Peter Borchert dem Spektrum der Freien Nationalisten zuzuordnen waren. Schon kurz nach der missglückten Kundgebung wurde deutlich, daß sich in Kiel wieder eine aktive und zunehmend organisiertere Nazistruktur bildete, innerhalb derer Peter Borchert eine wichtige Rolle spielt. Dank seiner guten Kontakte zu führenden Kadern der Freien Nationalisten wie Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff aus Hamburg oder Jan Steffen Holthusen, Mitarbeiter der inzwischen verbotenen Nazi-Postille Hamburger Sturm, aber auch zum Neumünsteraner Nazi-Treff Club 88 oder

zu Aktivisten der ebenfalls inzwischen verbotenen Blood & Honour-Musikszene, sorgte er für eine rasche Anbindung an die landesweiten Neonazi-Strukturen. Insbesondere die seit 1998 immer häufiger stattfindenden Aufmärsche von Neonazis in der BRD haben zu einer Festigung der Strukturen auch in Schleswig-Holstein beigetragen. So fand denn auch kaum ein Aufmarsch ohne die Kieler Kameradschaft um Peter Borchert statt. Dabei übernahmen die Kieler oftmals den Ordnerdienst und Borchert fungierte als Koordinator der Sicherheitstruppe. Das erste große Ereignis in Kiel selbst war der Aufmarsch gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung" am 30. Januar 1999, zu der knapp 1000 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Der Aufmarsch wurde zwar noch von Mitgliedern der NPD-Lübeck angemeldet, organisiert wurde sie jedoch von Christian Worch und Konsorten. Die Kieler Kameraden übernahmen zusammen mit Thomas Wulff, dem langjährigen Sicherheitschef der Freien Nationalisten, und Peter Borchert die Koordination des Ordnerdienstes. Die Zusammenarbeit zwischen NPD-Mitgliedern und Freien Nationalisten gestaltete sich als äußerst fruchtbar. Im Vorfeld der „Anti-Wehrmachtsausstellung" wurden mehrfach gemeinsam Aufkleber und Plakate verklebt und es gab erste Versuche von seiten der Nazis, Kieler Antifa-Strukturen auszuchecken. Da in Kiel ein recht breit angelegtes Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch aktiv wurde, versuchten vier ganz mutige NPD-Mitglieder spät abends ein vermeintliches Treffen des Antifa-Bündnisses in einem linken Kulturzentrum auszuspionieren. Allerdings wurden sie dabei ertappt und des Geländes verwiesen und kurz danach von der Polizei festgenommen, da sie u.a. mit einer Gaspistole um sich geschossen hatten und Bewohner des Hauses mit Messer und Knüppel bedroht hatten. Mit dabei war der damalige NPD-Kreisvorsitzende Gunnar Fragel aus Kiel, der auch zur Landtagswahl 2000 für die NPD kandidierte. Des weiteren Roland Siegfried Fischer, der bei seiner Vernehmung damit prahlte, eine Anti-Antifaliste mit 40 Adressen aus der Kieler Linken Szene erstellt zu haben und Peter von der Born, der ebenfalls zur Stammbelegschaft der Kieler Kameradschaft gehört und sich inzwischen zum Kieler NPD-Cheforganisator gemausert hat. Der allermutigste Anti-Antifa-Aktivist bei dieser Aktion, Patrick Thiele, ballerte sich vor lauter Schreck den Weg mit seiner Gasknarre frei. Auch er ist seit einigen Jahren Mitglied der NPD, pflegt aber wie von der Born beste Kontakte zu den Strukturen der Freien Nationalisten. Vor



Peter von der Born aus Kiel, am 02.09.2000, nachdem ein NPD-Infostand von Antifas zerlegt worden war



„Hier marschiert der nationale Widerstand": PatrickThiele aus Kiel am 05.08.2000 in Tostedt



Mario Hermann und Teile der Kieler Kameradschaft im Einsatz: es folgt ein Angriff auf Gegendemonstranten - Naziaufmarsch am 23.10.1999 in Flensburg

Putsch in Tönning geglückt Freie Nationalisten übernehmen Landesvorstand der NPD

Wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe berichteten, ging es auf dem letzten Landesparteitag der NPD Schleswig-Holstein, der am 14. Oktober 2000 in der Gaststätte „Zum Kreuz" in Tönning (Nordfriesland) stattfand, ziemlich turbulent zu. Der bisherige Landesvorsitzende Ingo Stawitz (Ex-DVU / DLVH-Chef) wurde durch einen Putsch von Mitgliedern der „Revolutionären Plattform innerhalb der NPD" abgesetzt. Neuer Landesvorsitzender wurde der 25 jährige Jürgen Gerg aus Lübeck, zu seinen Stellvertretern wurden Jörn Lembke (26), NPD-Kreisvorsitzender Lübeck, Peter Borchert (27) und Heino Förster, früherer stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, ernannt. Am 24. Februar fand die Auseinandersetzung am selben Ort eine Fortsetzung; sie endete mit einem klaren Sieg der „Revolutionären Plattform" – zum Landesvorsitzenden wurde Peter Borchert aus Kiel gewählt.

Das überraschte Parteipräsidium reagierte allerdings schnell auf den Umsturzversuch im Oktober und verhängte einige Tage später erst mal den „organisatorischen Notstand" über den schleswig-holsteinischen Landesverband. Zur Begründung verwies man u.a. auf ein gegen Gerg anhängiges Parteiausschlussverfahren, das wegen seiner „nationalsozialistischen Bekenntnisse" im vergangenen Jahr beantragt worden war. Als kommissarischer Vorsitzender wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende und NPD-Anwalt, Hans-Günther Eisenecker eingesetzt. Da demnächst der Bundesparteitag der NPD stattfinden wird, wurde es jetzt allerhöchste Zeit, beim schleswig-holsteinischen Landesverband für klare Verhältnisse zu sorgen. So fand dann am 24. Februar 2001 die Fortsetzung des Landesparteitags, abermals im „Kreuz" in Tönning statt. Diesmal hatten sowohl die „reaktionären" als auch die „revolutionären" Kräfte der NPD auf beiden Seiten ihre Anhänger mobilisiert. Noch vor Beginn des Sonderparteitages, als die meisten noch auf der Anreise waren, rannten die schon frühzeitig eingetroffenen Vertreter beider Fraktionen sichtlich nervös vor der Gaststätte auf und ab, redeten auf neu Ankommende wild ein oder telefonierten hektisch den noch Fehlenden hinterher. Insgesamt waren dann doch noch über 70 Mitglieder zur Abstimmung zusammengekommen. Personell hielten sich Junge wie Alte ungefähr die Waage, was sich dann im Endergebnis der Neuwahl auch in Etwa widerspiegelte: mit 41 zu 32 Stimmen wurde Peter Borchert zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, wenn auch erst im zweiten Wahlgang, da sich im ersten Anlauf noch keine eindeutige Mehrheit abgezeichnet hatte. Stellvertreter im neuen Vorstand wurden Jörn Lembke aus Lübeck und Stephan Saur, Torsten May wurde zum Schatzmeister ernannt. Damit haben sich die sogenannten revolutionären Kräfte aus der Gefolgschaft der Herren Worch und Wulff durchgesetzt. Erste Maßnahme des neuen Landesvorstandes war denn auch gleich die Annullierung des Parteiausschlussverfahrens gegen Jürgen Gerg, der statt dessen zum Landesgeneralsekretär berufen wurde. Es bleibt abzuwarten, ob Borchert und Co. die Partei tatsächlich in ihre Richtung lenken können und wollen, oder ob sie ganz bewusst dem staatlichen Verbotsantrag in die Hände spielen wollen. Nazi bleibt jedenfalls Nazi – so oder so !

mozz



Deutsche Polizisten schützen die Faschisten: (v. links)Björn Braun (Neumünster), Borchert und Holthusen beim lustigen Plausch mit dem Einsatzleiter der Polizei Jürgen Unger (rechts außen) vor dem einschlägig bekannten Landgasthof „Kreuz" in Tönning

allem Peter von der Born und Patrick Thiele gehören von Anfang an zum festen Kern der Kieler Naziszene und werden von Peter Borchert protegiert. Nach dem Aufmarsch am 30.01.99 in Kiel fielen sie zunächst durch das Verteilen von NPD-Propagandamaterial in der Kieler Innenstadt auf und durch die Teilnahme an diversen Nazi-Aufmärschen. Zum Anderen versuchten sich die Kieler Nazis häufiger als Anti-Antifa-Aktivisten. Von September bis November 1999 fand vor dem Kieler Landgericht die Revisionsverhandlung gegen Safwan Eid statt, dem zu Unrecht vorgeworfen wurde, im Januar 1996 einen Brandanschlag auf die Lübecker Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße verübt zu haben, bei dem 10 Menschen starben und 39 Menschen schwer verletzt wurden. Zum Prozessauftakt erschienen dann Peter Borchert, Patrick Thiele und Mario Hermann aus Kiel und Jan Steffen Holthusen aus Hamburg, vermutlich weil sie von der Mobilisierung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Initiativen zu dem Prozess erfahren hatten. In unterschiedlicher Besetzung nahmen sie dann an den ersten Prozesstagen teil, um antifaschistische ProzessbeobachterInnen zu fotografieren. Peter Borchert versuchte bei einer Protestkundgebung linker Gruppen, die auf den rassistisch motivierten Prozess gegen Safwan Eid in der Kieler Einkaufstrasse aufmerksam machte, die TeilnehmerInnen zu fotografieren und zu provozieren. Allerdings verlor er im Getümmel seinen Fotoapparat und erstattete daraufhin Anzeige bei den anwesenden Polizeibeamten. Borchert besuchte den Prozess, der sich über drei Monate hinzog, fast regelmäßig. Die Anti-Antifa-Fotografen tauchten später nur noch vor dem Landgericht auf, nachdem sie sich Platzverweise eingefangen hatten, weil sie das Gerichtsgebäude mit Naziparolen beschmiert und ein Kamerateam, das die Parolen filmen wollte, angegriffen hatten. Ende September fand in Flensburg die erste Nazi-Demo unter dem Motto „Weg mit dem Hafermarkt" (linkes Wohnprojekt in Flensburg) statt, bei der sich dann –mangels Teilnahme der üblichen Kader aus Hamburg- der ein oder andere Kieler als Macher zu produzieren versuchte, wie z.B. Patrick Thiele, der den ganzen Tag aufgeregt mit dem Megafon herumrannte. Im Vorfeld der Demo waren es Kieler, die in Flensburg Mobilisierungsflugblätter verteilten, weil die Flensburger Strukturen dafür wohl zu schwach waren. Ansonsten haben sich die Kieler Kameraden v.a. im vergangenen Jahr, immer häufiger an der Organisation von Aufmärschen beteiligt, indem sie oftmals die Ordnerdienste übernahmen und/oder die ersten Reihen in den Demonstrationen stellten. Peter Borchert hat dabei nach und nach auch zentrale Organisationsaufgaben übernommen. Als der für den ersten Mai 1999 in Bremen geplante Naziaufmarsch endgültig verboten blieb, organisierte Borchert spontan im schleswig-holsteinischen Ahrensburg eine Ersatz-Demo mit 500 TeilnehmerInnen und trat dort erstmals als Redner auf; seine Lakaien von der Kieler Kameradschaft immer im Schlepptau. Seit-



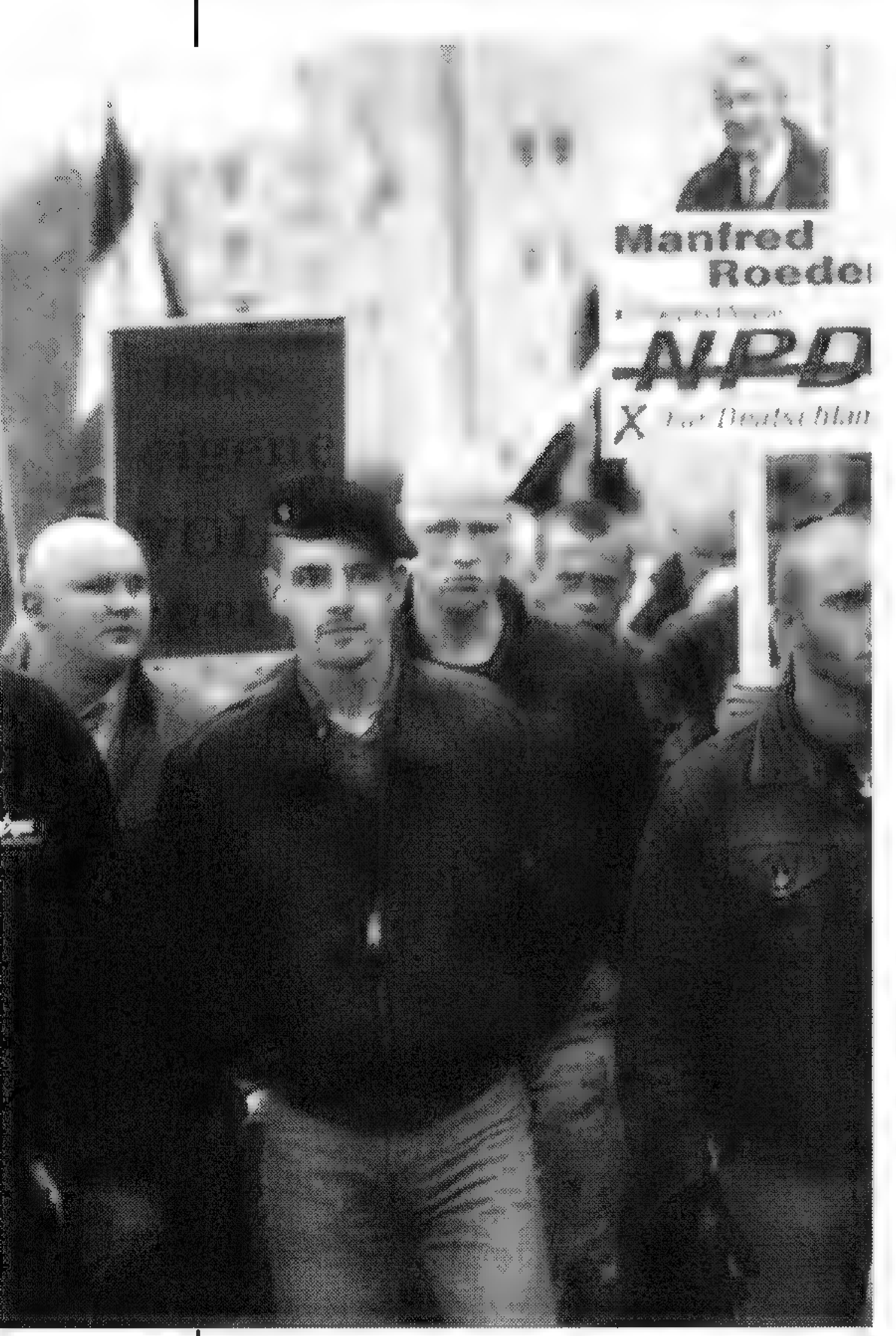
Neonazis verteilen NPD-Propagandamaterial in der Kieler Einkaufszone, Februar 2001

dem dürfte er seine Stellung innerhalb der norddeutschen Nazi-Szene gefestigt haben. Mittlerweile gehört er fast immer zu Worchs Handlangern bei Demos, koordiniert die Marschformationen und den Ordnertrupp und darf inzwischen regelmäßig neben Worch und Wulff den Redner spielen. Mobilisierbar für diese Aufmärsche sind sowohl Freie Nationalisten als auch NPD-Mitglieder, denn die anfänglichen Berührungsängste sind v.a. unter den jüngeren Kameraden längst einer taktischen Zusammenarbeit gewichen. Gerade die Freien Nationalisten spielen bei der Rekrutierung und Organisierung von Jugendlichen für die Naziszene in Schleswig-Holstein die maßgebliche Rolle. Ein sehr wichtiges Mittel sind hierbei die inzwischen fast wöchentlich stattfindenden Aufmärsche vor allem in norddeutschen Raum, Mecklenburg-Vorpommern und zunehmend auch in Nordrhein-Westfalen. Die Anmeldung solcher Aufmärsche erfolgte im letzten Jahr fast immer durch Christian Worch aus Hamburg oder anderen Personen, die sich im Netzwerk der Freien Kameradschaften/Freien Nationalisten organisiert haben. Als Ende der 90er Jahre die heftig umstrittene Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" vom Hamburger Institut für Sozialforschung durch die BRD zog, organisierte vor allem die NPD entsprechende Gegendemonstrationen und Protestveranstaltungen. Aufgrund ihres Parteienstatus gelang es der NPD immer wieder Aufmärsche und ähnliches durchzuführen, ohne von einem Verbot der Veranstaltungen durch Gerichte bedroht zu sein. Folg-

Peter von der Born (hier von hinten zu sehen) und Jens Lütke beim Flugblätter-Verteilen in Kiel, kurz bevor sie abhauen müssen..

Who the hell is Peter Borchert ?

Der 27 jährige Kieler) hat sich in den vergangenen drei Jahren innerhalb der norddeutschen Neonazi-Szene auf der Karriereleiter weit nach oben gedient. Schon mit 18 Jahren wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung, räuberischem Angriff und schwerer räuberischer Erpressung zu drei Jahren Knast verurteilt, die er auch absaß. Kurze Zeit später, im Februar 1994 folgte die nächste Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen und Volksverhetzung in Tateinheit mit Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen: er hatte einen Sudanesen und einen Busfahrer in Kiel zusammengeschlagen sowie eine türkische Hochzeitsgesellschaft in Kiel-Mettenhof überfallen. Dafür bekam er eine weitere Jugendstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten aufgebrummt. Von beiden Strafen wurde ihm zwar ein Teil auf Bewährung erlassen, trotzdem dürfte er den größten Teil seiner Jugend im Knast abgesessen haben. Anfang 1998 tauchte er auf den Demonstrationen des Bündnis Rechts für Lübeck auf, den ersten größeren Nazi-Aufmärschen in Schleswig-Holstein, damals noch als einfacher Demonstrant. Danach gab es so gut wie keine Demonstration der Faschisten mehr, an denen er nicht teilnahm. Bei der im nebenstehenden Artikel erwähnten NPD-Kundgebung in Kiel fungierte er bereits zusammen mit Jan Steffen Holthusen aus Hamburg als Chef der Ordnertruppe und trat als Verhandlungsführer gegenüber der Polizei und dem Ordnungsamt auf. Ebenso nahm er mit weiteren Kieler und Hamburger Kameraden an der Großdemonstration in Rostock im September 1998 teil, an der sich knapp 4000 Nazis beteiligten. Das nächste Highlight dürfte der Aufmarsch gegen die sog. „Wehrmachtsausstellung" am 30. Januar 1999 in Kiel gewesen sein. Auch hier organisierte Borchert zusammen mit dem Hamburger Nazikader Thomas Wulff den Sicherheitsdienst und betreute das Infotelefon der Nazis. Am 1. Mai 1999 organisierte er eine spontane Ersatzdemo für die verbotene 1. Mai-Demo in Bremen, an der rund 500 Nazis teilnahmen. Da von den klassischen Rednern niemand vor Ort war, konnte er sich erstmals als Versammlungsleiter und Redner produzieren. Seine nächste Demo mit knapp 30 TeilnehmerInnen folgte dann am 11. Juli 1999, wo er zusammen mit Thekla Kosche den Organisator mimte. Mittlerweile hatte er seine guten Kontakte innerhalb der Freien Nationalisten ausgebaut und fungierte in Kiel als der Chef und Mittler zwischen den Kadern aus Hamburg und der Kieler Fascho-Szene. Beteiligte sich Borchert in Kiel anfangs noch persönlich als Anti-Antifa-Aktivist, z.B. als regelmäßiger Besucher des Prozesses gegen Safwan Eid oder bei Aktionen/Demonstrationen aus der linken Szene, gelang es ihm schnell, sich seine Strukturen zu schaffen und gewisse Jobs zu delegieren. Ende 1999 machte er sich vor allem bei getreuen NPD-Mitgliedern unbeliebt, als er mehrfach zur Solidarität mit dem in Lübeck einsitzenden Polizistenmörder Kay Diesner aufrief. Besorgte NPD-Mitglieder fühlten sich mit den sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Freien Nationalisten unwohl und versuchten, sich von ihnen zu distanzieren. Schließlich wollte sie ihre Partei durch diese offen militanten Neonazis nicht gefährdet sehen. Inzwischen hat Borchert seine feste Stellung innerhalb der Norddeutschen Nazi-Szene im engen Kontakt zu Christian Worch und Thomas Wulff eingenommen und tritt regelmäßig als Redner für die Freien Kameradschaften auf. Seit sich Worchs Sicherheitschef Wulff in letzter Zeit etwas aus dem Ordnerdienst zurückgezogen hat und sich mehr in der „Revolutionären Plattform" innerhalb der NPD engagiert, scheint Borchert in den letzten Monaten allmählich in seine Fußstapfen zu treten und



NPD-Wahlkampfdemonstration am 19.9.1998 in Rostock: von links: Mario Hermann, Peter Borchert, Henry Markwirth (Neumünster), Henning Fessert (Bad Segeberg)



Peter Borchert in beliebter Pose: Naziaufmarsch 4.6.2000 in Hamburg



Peter Borchert ein neues Sternchen am Himmel der Freien Kameradschaften:
oben: neben Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt - rechts außen), ehemaliger Kader der verbotenen Nationalistischen Front, sowie der (noch nicht verbotenen) NPD, als Redner in Halle;
unten: Demonstration in Tostedt (ganz rechts) neben Christian Worch und Danny Marquardt (Lederjacke), JN-Vorsitzender Niedersachsen;
ganz unten: auf einer Kundgebung in Kiel neben Jan Steffen Holthusen und Mario Hermann.





Worchs ewigen Begleiter zu spielen. Im Februar 2000 fühlte er sich allerdings schon zu sicher, und entblödete sich nicht, die Kieler Diskothek „Traumfabrik" mit einer halbautomatischen Selbstladewaffe und 2 x 13 Schuss Munition in der Tasche zu betreten. Natürlich wurde die Waffe von der Türstehern entdeckt und Borchert ein halbes Jahr später zu einer 1 jährigen Haftstrafe verurteilt. Die Strafe wurde für 3 Jahre auf Bewährung ausgesetzt. Neben diversen Störaktionen z.B. bei einer Wahlkampfveranstaltung mit Außenminister Joseph Fischer in Kiel, oder Veranstaltungen des Bündnis gegen Rechts in Neumünster, das sich seit Jahren gegen den Club 88 in Neumünster engagiert, war er der Organisator eines versuchten Rudolf-Heß-Gedenkmarsches letzten Sommer in Bad Bramstedt. Seit dieser Zeit hat er auch noch die Sprecherfunktion des Club 88 in Neumünster übernommen und organisiert die dortigen Veranstaltungen zusammen mit Christiane Dolscheid, der Konzessionsinhaberin des Nazi-Schuppens. Dass er auch gute Kontakte zu dänischen Kameraden hat, zeigt sein Besuch beim Prozess gegen den dänischen Nazi-Kader Jonni Hansen im September 2000. Als Club 88-Macher und über seine alten Connections zur inzwischen verbotenen aber dennoch existenten Blood & Honour-Musikszene dürfte er auch über die entsprechenden Informationen aus der Nazi-Rock-Szene verfügen um weitere Jugendliche zu agitieren. Laut Hamburger Presse soll er angeblich das Blood & Honour-Konzert organisiert haben, das am 03. 2. 2001 in Hamburg-Rothenburgsort (ausgerechnet im Alevitischen Kulturverein) mit rund 500 Gästen stattfand. Wenn er nicht gerade auf einem der mittlerweile wöchentlich stattfindenden Aufmärsche der Freien Nationalisten in Norddeutschland unterwegs ist, oder den Aufpasser im Club 88 macht, wird er wohl in Zukunft auch noch die Geschicke der schleswig-holsteinischen NPD leiten müssen. Vielleicht hat Herr Borchert das mit seiner Bewährung auch einfach nur falsch verstanden...

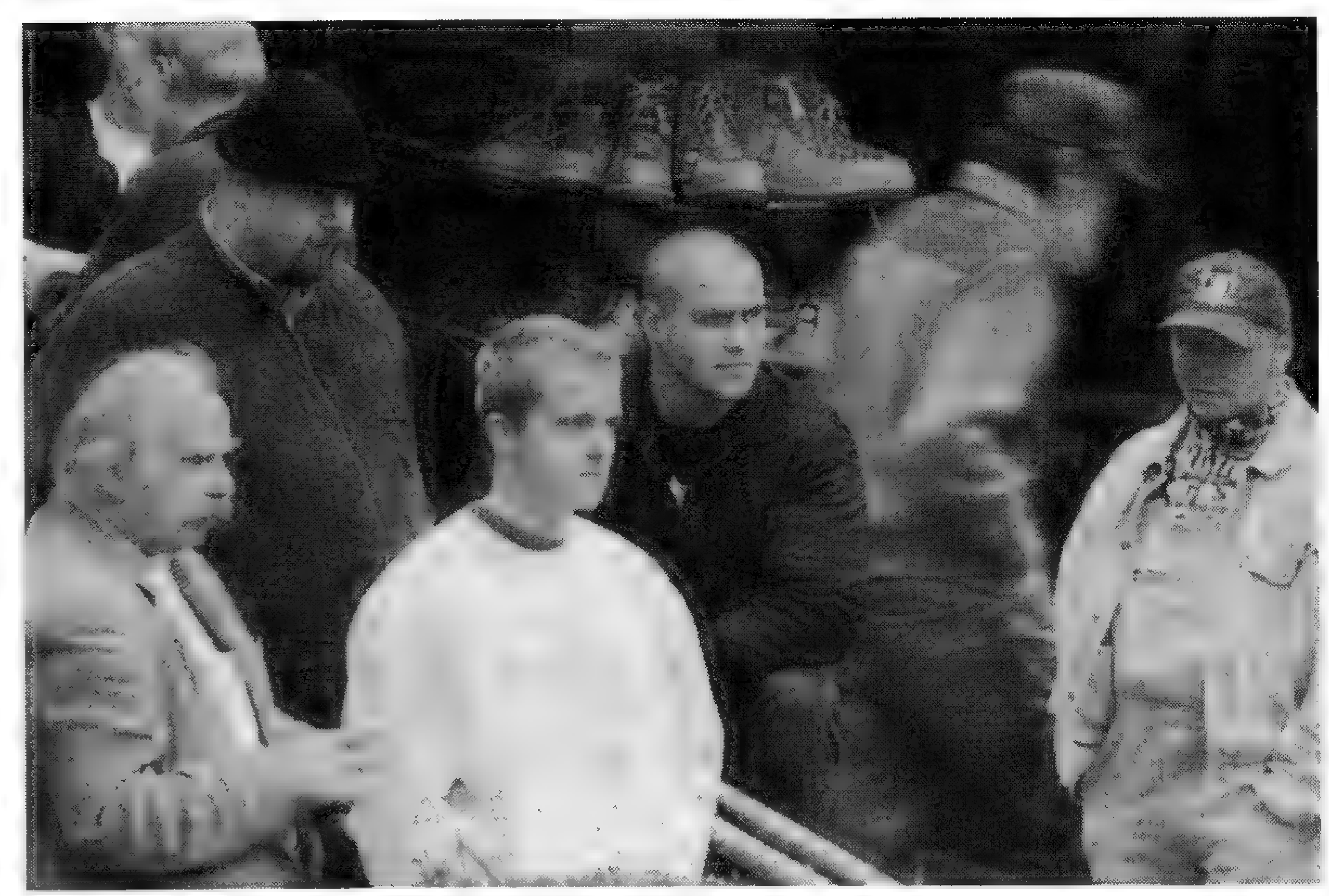
(mozz)

lich bot sich für die Freien Nationalisten eine engere Zusammenarbeit mit der NPD an: die NPD fungierte als offizielle Anmelderin für die Aufmärsche von Worch & Co. Im Zuge der NPD-Verbotsdebatte im vergangenen Jahr, bekam die NPD jedoch kalte Füße und gab parteiintern die Order heraus, in der nächsten Zeit keine Naziaufmärsche mehr zu organisieren, um einem anstehenden Verbotsantrag keinerlei Vorschub zu leisten oder Argumente zu liefern. Dadurch verlor die als „rückwärtsgewandt, zu lasch und spießig" kritisierte NPD und ihre Jugendorganisation JN an Glaubwürdigkeit innerhalb der Szene und es kam zu einer enormen Stärkung der Freien Kameradschaften. Trotz der Anordnung von oben, sich fortan brav im Leisetreten zu üben, oder gerade deshalb beteiligen sich die in erster Linie jungen Mitglieder der NPD und der Jungen Nationaldemokraten weiterhin hemmungslos an den Aktionen und Aufmärschen der Freien Nationalisten. Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom April letzten Jahres zum Verbot von Nazi-Aufmärschen, das anlässlich eines von Christian Worch in Tostedt angemeldeten Nazi-Aufzuges zu dessen Gunsten gefällt wurde, benötigen die Freien Nationalisten die NPD nicht mehr als „demokratisch legitimiertes" Feigenblatt. Der erste Senat des BVerfG hatte ein vom Landkreis Harburg ausgesprochenes, vom Lüneburger Verwaltungsgericht bestätigtes und vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bekräftigtes Verbot des Nazi-Aufmarsches aufgehoben. Begründung der Verfassungsrichter: die von ihren Verwaltungskollegen als Verbotsgrund angeführten Argumente, der Aufmarsch könnte die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch volksverhetzende Gewalt- und Straftaten gefährden, seien nicht ausreichend, da nicht geprüft sei, ob diese Gefährdung überhaupt vorliege. Der Urteilsspruch des BVerfG wurde von Worch und Konsorten natürlich mit Genugtuung abgefeiert und seither vergeht quasi kein Wochenende mehr, an dem nicht mindestens ein Aufmarsch der Freien Nationalisten angemeldet und genehmigt wird. „Durch das Urteil haben sie uns eine gewaltige Waffe in die Hand gegeben, die man nicht nur den Gerichten um die Ohren hauen kann, sondern die auch für die Zukunft Mut macht", so Worch bei der Kundgebung am Ostersamstag letzten Jahres in Tostedt. Und diese Einschätzung dürften alle Neonazis teilen, egal aus welchem Lager – Hauptsache man gewinnt den Kampf um die Straße. Für die Kieler Neonazi-Szene hat sich die Gretchen-Frage nach den Freien Nationalisten oder der NPD ohnehin nie gestellt: die Zusammenarbeit funktionierte seit jeher. Ein Beispiel dafür zeigt auch der Auftritt von 15 bis 20 Nazis (beider Spektren) bei einer Wahlkampf-Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen mit Joseph Fischer im Kieler Norwegenterminal am 23. Februar 2000. Mit Transparenten und Flugblättern ausgerüstet störten sie Parolen rufender weise die Veranstaltung, bis sie vom Grünen-Ordnerdienst rausgeworfen wurden. Mit dabei waren auch diesmal wieder die üblichen Verdächtigen wie Borchert, von der Born, Thiele. Ein weiteres Rekrutierungs- und Sammlungsfeld stellt natürlich auch für die Kieler Neonazis der Club 88 in Neumünster dar. An den drei Öffnungstagen des Club 88 sind regelmäßig KielerInnen anzutreffen. Auch hier hat Peter Borchert seit spätestens letzten Sommer seine tätowierten Finger mit im Spiel. Nachdem Tim Bartling, der zusammen mit der Konzessionsinhaberin, Christiane Dolscheid, jahrelang den Laden gemanagt hatte, die Aufgabe letztes Jahr zwischenzeitlich an Jan Steffen Holthusen abtrat, hat Peter Borchert seit dem Sommer die Rolle des Club 88-Sprechers übernommen. Auch der Tresendienst in der Nazi-Kneipe wird neuerdings von KielerInnen bestritten. Seitdem scheint Peter von der Born in Kiel mehr das Zepter übernommen zu haben. Abgesehen von seinem sichtbaren Aufstieg innerhalb des deutschnationalen Ordnerwesens (er darf nun auch schon Anweisungen erteilen und mit dem Megafon die Menge abschreiten...), verteilt er seit einem dreiviertel Jahr zusammen mit anderen Jungaktivisten in Kiel fast regelmäßig an Samstagen NPD-Flugblätter in der Kieler Innenstadt und fällt dort unangenehm als Wortführer auf. Der früher in erster Linie aus alten Nazi-Opas bestehende und wenig nach außen hin aktive Kieler NPD-Kreisverband hat sich im Laufe der vergangenen zwei Jahre deutlich gewandelt. Immer mehr junge Aktivisten sind dazu gekommen, und haben das Ruder allmählich übernommen. Seit einigen Monaten haben sich der Kieler, der Plöner und der Rendsburg-Eckernförde-



Neonazi-Aufmarsch am 30.01.1999 in Kiel

Kreisverband zum NPD-Kreisverband Kiel-Plön zusammengeschlossen und präsentieren sich seitdem erstmals auch im Internet mit einer eigenen web-site. Darin wurden dann auch die ersten Veranstaltungen des KV Kiel-Plön angekündigt; neuerdings wird dort für einen 14-tägig stattfindenden Stammtisch in Kiel geworben, zu dem ausdrücklich NPD-Mitglieder und die Kieler Kameradschaft eingeladen werden. Die erste offizielle „große Saalveranstaltung" (so die Ankündigung) fand am 21. Januar dieses Jahres in der Gaststätte „Waldeslust" in Kühren bei Preetz statt, zu der Horst Mahler als Referent geladen war. Dennoch waren nur knapp 30 Personen erschienen, um die große Saalveranstaltung erleben zu dürfen. Dank eines massiven Polizeiaufgebotes, das den Ort Kühren zum Schutz der Nazis komplett abgeriegelt hatte, wurden ca. 70 protestierende AntifaschistInnen auf einem Feldweg eingekesselt und nach längerer Debatte nach Preetz zurück eskortiert. Am 10. Februar fand die nächste Veranstaltung, eine Rechtsschulung zum Thema „Demonstrationen, Verhalten gegenüber der Polizei, Hausdurchsuchungen" statt. Das Thema dürfte wohl eher die Jungaktivisten der NPD interessiert haben, als die alten Lebenslang-Nazis aus der Partei. Auch bei dieser Veranstaltung war Peter von der Born mit von der Partie. Selbstredend war er auch beim Landesparteitag der Schleswig-Holsteiner NPD am 14.10.2000 in Tönning anwesend (siehe letzte Ausgabe der enough is enough), auf dem der bisherige Landesvorsitzende Ingo Stawitz v.a. durch die anwesenden Freien Nationalisten wie Jürgen Gerg aus Lübeck, Jan Steffen Holthusen, Peter Borchert usw. gestürzt wurde und sich Jürgen Gerg als neuer Landesvorsitzender offenbar gegen den Willen vieler Alt-NPD'ler durchsetzen konnte (näheres dazu siehe nebenstehender Artikel). Nicht ohne Grund wurde kurze Zeit später vom Parteipräsidium der „organisatorische Notstand" über den abtrünnigen Landesverband verhängt und der stellvertretende Bundesvorsitzende Hans-Günther Eisenecker als kommissarischer Vorsitzender eingesetzt. Mit der neuerlichen Wahl vom 24.02.2001, aus der nun Peter Borchert als neuer Landesvorsitzender der NPD hervorging, haben die sogenannten „revolutionären Nationalisten" inner- und außerhalb der NPD einen aus ihrer Sicht wichtigen Schritt nach vorne gemacht. Inwieweit sich dies auf die künftige parteiinterne Debatte und die inhaltliche Ausrichtung der NPD –auch bundesweit betrachtet- auswirken wird, bleibt abzuwarten. Christian Worch und seinen Anhängern ist jedoch zumindest ein neuer Schachzug im Kampf um Einfluss und Führungsanspruch im militanten Neonazi-Lager gelungen. Der schleswig-holsteinische Landesverband der NPD, der jetzt bundesweit der erste ist, in dem die „revolutionären, fortschrittlichen Kräfte" das Sagen haben, wird jetzt die vollmundigen Ansagen der bisherigen Kritiker im rechten Lager umsetzen müssen und „den Rechtskampf im bevorstehenden Verbotsverfahren offensiv auf die Strasse tragen" und „die verkrusteten Strukturen und rückwärtsgewandten Kräfte innerhalb der Partei" aufbrechen bzw. überwinden müssen. Wenn sich die „jungen revolutionären Kräfte", die sich bisher bewusst außerhalb von parlamentarischen Strukturen und Parteien organisiert haben, überhaupt dauerhaft etablieren können und wollen. Das bereits auf den NPD-Kiel/Plön –Seiten im Internet angekündigte Wochenendseminar, das am 10./11. März unter Leitung von Steffen Hupka (dem Sprecher der im Herbst gegründeten „Revolutionären Plattform") bei Kiel stattfinden soll, könnte dabei als richtungsweisend gewertet werden. Kurzer Nachtrag zum Schluß: Am 3.März 2001 versuchten die Kieler Kameraden, darunter Peter von der Born, Jens Lütke, Swantje Meier-Lührdorff und mindestens drei weitere KameradInnen abermals Flugblätter in der Kieler Innenstadt zu verteilen. Diesmal konnten sie mit einem eigenen Flugblatt, in dem sich überwiegend zu „Umwelt- und Naturfragen" ausgelassen wird, aufwarten. Unterschrieben ist das Flugblatt mit „Nationale Jugend Kiel" und dem V.i.S.d.P von Jens Lüdke unter Angabe seiner Postfachadresse. Lütke beteiligt sich fast regelmäßig an den Verteilaktionen in Kiel und nahm auch beide Male an den NPD-Landesparteitagen in Tönning teil.



Kai-Ludwig Höllriegl aus Kiel (oben links mit Wollmütze) bei der NPD-Kundgebung auf dem Alten Markt im September 1998

(mozz)

Schon wieder Kreis Pinneberg:

Neonazis verletzen jugendliche Musiker

Die Rock-Gegen-Rechts-Prominenz erholt sich von ihrer Tour durch die Republik, während Neonazi Worch mit seinem Gefolge am 17. Februar durch die Hamburger Innenstadt und gegen die Auflösung eines rechtsradikalen Hass-Konzertes am 03.02.01 protestiert. Den tieferen Sinn des neonazistischen Demonstrationsmottos, „Für die Freiheit der Kunst", bewies am Samstag zuvor eine Gruppe rechter Skinheads in dem kleinen Örtchen Bönningstedt bei Hamburg.

Es sollte eine fröhliche Feier werden, in der Kneipe mit gut 30 jungen Gästen und Life-Musik. Doch Nazis sprengten schon den Auftritt der ersten Band. Die Geburtstagsparty für einen 16-Jährigen endete in einem Desaster.

„Aus meiner Sicht ein schlimmer Vorfall" kommentiert der Leiter der Polizei Rellingen vor den Toren Hamburgs die Ereignisse vom vergangenen Sonnabend. Danach hat es noch einige Tage gedauert, bis die Beamten alle Fakten zusammengetragen hatten. Jetzt liegt die Anzeige bei der zuständigen Polizeidienststelle vor und der Verdacht lautet: „gefährliche Körperverletzung". Ermittelt wird gegen drei Täter aus dem rechtsradikalen Spektrum.

Für die vier Mitglieder der Schülerband „Bardad" aus Hamburgs Nordwesten war der Gig im Bönningstedter „CoupÈ" erst der dritte oder vierte Auftritt. Die Deutsch-Rocker sollten als Vorgruppe spielen, mitgebracht von der Hauptband. Ob die das Geburtstagskind kannten, war den „Bardad"-Musikern nicht klar und schon gar nicht, dass sich der 16-jährige Paul gerade erst aus der rechten Szene zurückgezogen hatte, wie die Polizei Rellingen weiß.

Doch sei ihnen schon aufgefallen, dass der Türsteher Probleme hatte, anscheinend ungeladene Gäste aus dem Saal herauszuhalten, sagte der Sprecher der Hamburger Schülerband. Schon bei den ersten drei Stücken habe es vom Tisch in der hinteren Ecke - dort wo fünf bis zehn Glatzen saßen - Buh-Rufe und rechte Sprüche gegeben. Aber wohl nicht wegen der Texte des Sängers. Denn der habe erst danach völlig spontan eine Ballade mit politischen Anspielungen improvisiert, die die Rechten jedoch offensichtlich nicht verstanden hätten. Auf die Worte „Nazis raus" hätten sie dann aber heftig reagiert, seien auf die Bühne gestürmt, hätten dem Sänger das Mikrofon entrissen und eine Schlägerei begonnen. Gäste und die Musiker der Hauptband konnten noch schlichten. Aber für die „Bardad"-Mitglieder war der Auftritt gelaufen. Sie verließen das Lokal. Draußen ließen die Nazis sie aber nicht ziehen. Der Schlagzeuger wurde niedergetreten und bekam dann auch Stiefeltritte auf Rücken und Kopf. Alle Bandmitglieder und einige Gäste bekamen etwas ab. Den Sänger und den Schlagzeuger brachte der Krankenwagen vorübergehend ins Pinneberger Krankenhaus. Mit Hilfe der Polizei beendete der Vater des Geburtstagskindes die Party. Von zehn „Gästen" nahmen die Ordnungshüter die Personalien auf. Alle rechnet die Polizei Rellingen zum rechtsradikalen Spektrum. Von den drei Haupttätern, Jahrgang '75, '78 und '82, sind zumindest zwei der Polizei auch von Kranzniederlegungen für Horst-Wessel und ähnlichen NSDAP-Größen bekannt bzw. von einem Neonaziaufmarsch in Elmshorn. Von dort haben immerhin zwei der Haupttäter den Weg nach Bönningstedt angetreten, um die Schüler der Band „Bardad" von der Bühne zu treiben. Der andere Schläger stammt aus dem Hamburger Stadtteil Schnelsen.

Die Jugendlichen vom Hamburger Hamburger Gymnasium Döpsweg sind immer noch schockiert. An den nächsten Auftritt möchten sie noch nicht denken. Zum Teil gehen sie aber schon wieder zur Schule. Die Reaktion dort: Von den Mitschülern Getuschel hinter dem Rücken, und der Direktor Wede lässt ausrichten, angesichts des nun schwebenden Verfahrens wolle er nicht Stellung nehmen und mische sich nicht ein. Und nun wurden auch noch ihr nächster Auftritt von allzu Ängstlichen abgesagt. Aber die Gruppe „Bardad" will weiter spielen. Der Kontakt kann über www.bardad.de aufgenommen werden.

A. M. (Bunt statt Braun)

(Lokalberichte Hamburg 4/2001)

Seid gegrüßt, Ursel und Kurt!

Ich habe eine Bitte an Euch. Könntet Ihr die folgenden Zeilen in der nächsten Ausgabe der HNG-Nachrichten abdrucken? Wir haben wie auch im letzten Jahr eine Solidaritätsaktion für unsere inhaftierten Kameraden organisiert und ihnen eine kleine finanzielle Hilfe sowie einen Julgruß zukommen lassen.

Diesbezüglich möchte sich der Freundeskreis nationaler Sozialisten aus Pinneberg bei allen Spendern, die bei der Solidaritätsaktion für unsere inhaftierten Kameraden geholfen haben recht herzlich bedanken. Ein Dankeschön geht an: Freie Kameraden aus Hannover / Winsen Luhe und Schleswig Holstein (Lübeck, Pinneberg), Kameradschaft Kiel und Segeberg, Stammtisch freier Nationalisten aus Hamburg, die 28er Jungs aus Niedersachsen und der Nordmark und an den CLUB 88 Neumünster. Und ein erfolgreiches neues Kampjahr wünschen Euch allen.

Nationale Sozialisten aus Pinneberg

Leserbrief an die „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener": Nationale Sozialisten aus Pinneberg

Rechte Jugendliche verüben Anschlag auf Moschee in Uetersen

Der Anschlag auf die türkische Moschee am 22. Juli letzten Jahres ist von drei Jugendlichen aus Uetersen und Haseldorf verübt worden, wie Mitte Februar bekannt wurde. Die jungen Männer im Alter von 17,19 und 20 Jahren gaben die Tat zu und behaupteten, durch den Fernsehbericht über einen Anschlag auf eine türkische Einrichtung angeregt worden zu sein. Der Brandanschlag schlug damals fehl; die in der Wohnung über den Moscheeräumen schlafende türkische Familie bleibt unverletzt. Nun planten die jungen Faschisten - nach polizeilichen Angaben - einen erneuten Anschlag, um die ganze Moschee in Brand zu setzen. Gegen einen der Täter wurde Haftbefehl erlassen, weil er bei einem früheren Verfahren wegen Körperverletzung nicht zur Verhandlung erschienen war. Ob die Täter zum Personenkreis gehören, den der Sohn von Ingo Stawitz, dem ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden, um sich schart, ist derzeit noch nicht klar.

Am 20. Februar wurde bereits einer der Attentäter vom Amtsgericht Elmshorn wegen gemeinschaftlicher schwerer Brandstiftung zu einer einjährigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Außerdem muss er eine Geldbuße in Höhe von 3.000 Mark an die Türkische Gemeinde der Stadt zahlen.

Freispruch für Messerangriff auf Gewerkschafter

Der Pinneberger Neonazi Christoph Otto (23), Aktivist des „Pinneberger Sturm", war unter anderem angeklagt, am 21. Januar vorigen Jahres in einem Parkhaus mit einem Messer auf den Elmshorner IG Metall-Chef Uwe Zabel losgegangen zu sein. Von diesem Vorwurf wurde er nach dem Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten", freigesprochen. Verurteilt wurde er jedoch zu einer Geldstrafe von insgesamt 6.000 DM, weil bei ihm bei anderer Gelegenheit ein sogenanntes Fallmesser gefunden wurde, das eine verbotene Waffe darstellt.

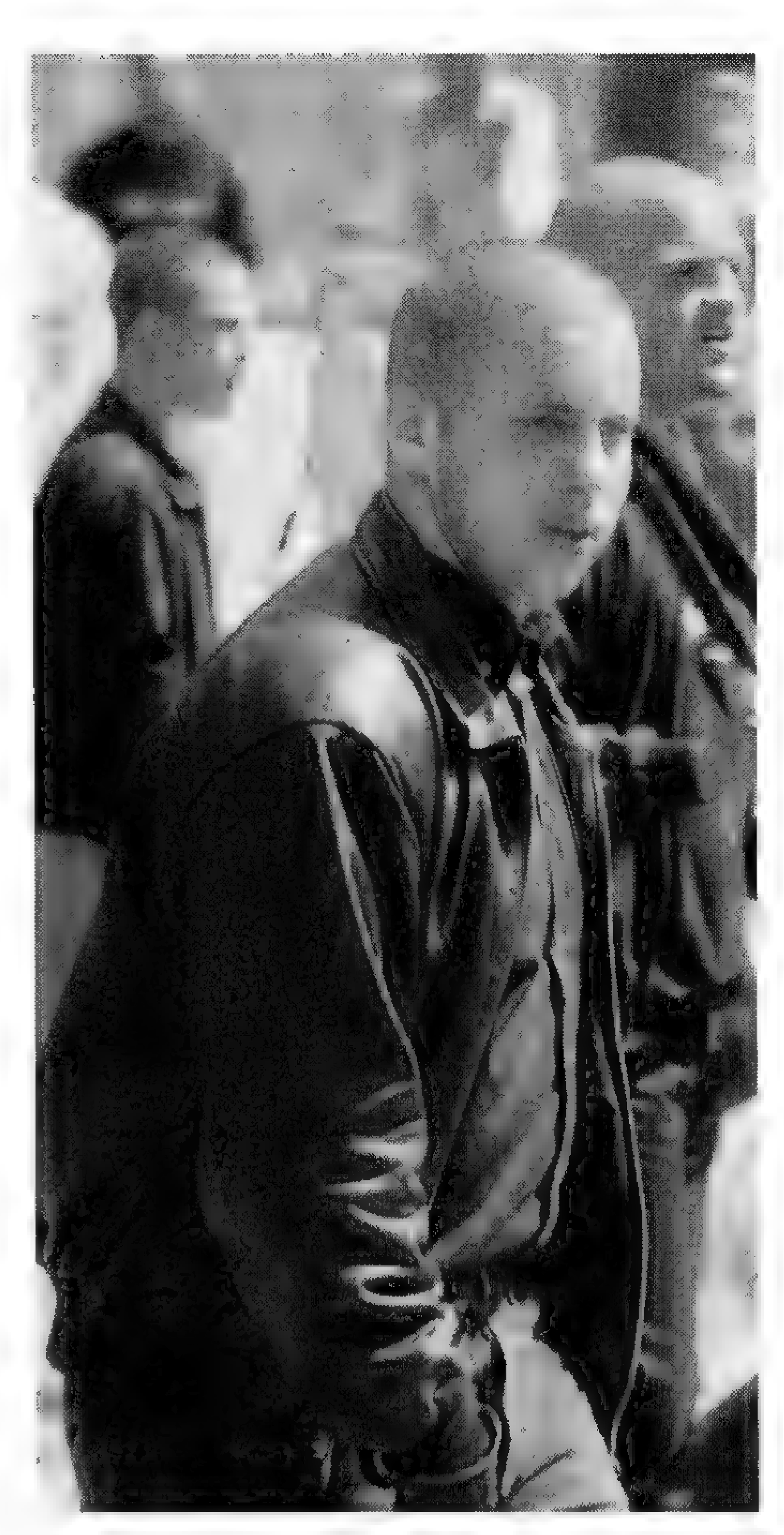
Die Bedrohung Zabels und die Tatsache daß er an jenem Abend am Ort war, bestritt Otto nicht, der von dem bekannten Hamburger Neonazianwalt Jürgen Rieger vertreten wurde. Er habe dort sein Auto geparkt, als plötzlich „drei dunkle Gestalten auf mich zugekommen sind und gesagt haben: ‚Was ist in der Tasche?'" Aus Angst, dass man ihn bestehlen wolle, habe er sein Klappmesser herausgeholt. Dann sei er geflohen und „noch als Nazischwein beschimpft" worden.

Zabels Angaben lassen den Vorfall jedoch in einem ganz anderen Licht erscheinen. Es habe im Verlauf eines Treffens des „Bündnis gegen Neonazis" im IG Metall-Büro einen Telefonanruf gegeben, dass Teilnehmer vom gegenüberliegenden Parkhaus aus obversiert und fotografiert würden. Da das Büro schon mehrfach Ziel von Neonazi-Anschlägen gewesen war, sei, laut Zabel, klar gewesen, dass es sich um eine gezielte „Anti-Antifa-Aktion" handele, um weitere Steckbriefe zu erstellen.(Wir berichteten in den letzten Ausgaben.)

Als er Otto stellen wollte, „ist der sofort mit dem Messer auf mich los", so Zabel: „Das Messer war von Anfang an im Spiel." Damals habe er zunächst nicht gewusst, um wen es sich handelte. Erst bei der Durchsicht von Fotos von Neonazi-Aufmärschen habe er Otto identifiziert: „Bei einem Aufmarsch in Bergedorf in exponierter Funktion mit Ordnerbinde."

Otto-Verteidiger Rieger besaß die Frechheit, in seinem Plädoyer Zabel „geplanten Raub" und „vollendete Nötigung" vorzuwerfen. Er drohte gar, bei anderen politischen Verhältnissen „müssten die Zeugen auf die Anklagebank".

Amtsrichter Ziegler begründete seinen Freispruch damit, daß nicht klar sei, ob Otto tatsächlich vorher entsprechende Fotoaufnahmen von den Gewerkschaftern bzw. Besuchern des Hauses gemacht hatte. Aufgrund der Drohung mit dem Messer hatte er ja entfliehen können, so daß der Foto nicht bei ihm gefunden wurde. Hätte man Otto also sofort vor Ort kampfunfähig gemacht und entsprechende



Christoph Otto aus Pinneberg

Fotos bei ihm gefunden, wäre dies gerechtfertigt gewesen und Otto wegen der Bedrohung mit dem Messer verurteilt werden.

Elmshorn: Nazis verteilen Propagandamaterial

Anfang Februar tauchten im Elmshorner Stadtgebiet erneut Pamphlete mit volksverhetzendem und rassistischem Charakter auf. Neonazis aus Elmshorn verteilten in großer Stükkzahl u.a. an parkenden Fahrzeugen auf dem Karl-Marx-Platz die Flugschrift „Unabhägigen Nachrichten" (UN). Die UN aus Oberhausen wird seit 1969 vom „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V." herausgegeben. Herausgeber und Vertreiber verbreiten darin rassistische Hetze, relativieren deutsche Kriegsverbrechen und prangern eine angeblich fortdauernde „Umerziehung" der alliierten Siegermächte an.



Nazidemonstration am 23.09.00 in Gadebusch

Neonaziaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern

Ein Antifa Artikel aus Mecklenburg/Vorpommern (M/V) über M/V - eine Rarität, obwohl es reichlich aus dieser schönen, ländlich geprägten Region im Nord-Osten zu berichten gäbe. Wir danken den antifaschistischen FreundInnen aus Mecklenburg-Vorpommern für Ihre Bemühungen.

Auf ca. 23.000 Quadratkilometern tummelt sich unter den 1,7 Millionen EinwohnerInnen eine beachtliche Anzahl Nazis jeglicher Couleur, der Verfassungsschutz (VS) gesteht für das Jahr 1999 die Existenz von 800 gewaltbereiten Rechtsextremisten ein (was deren harten Kern meint), zuzüglich 300 Neonazis (so drücken sie sich aus; vgl. Bund 9000 u. 2200).

Diese können sich zwischen ca. 50 Kameradschaften entscheiden, wobei große Unterschiede in Bezug auf deren Organisierungsgrad, dem Vermögen ihr menschenverachtendes Weltbild zu artikulieren sowie deren öffentliches Auftreten bestehen, oder sie versuchen in Blood&Honour- oder Hammerskin-Zusammenhänge hinein zu kommen/mit zu wirken. Aus diesen Reihen wird das Fußvolk mit Partys/Konzerten (nicht mehr in Klein Bünzow u. Groß Schwiesow) und Einkaufsmöglichkeiten (Läden in Rostock, Stralsund, Anklam, ansonsten auch auf Flohmärkten) für Merchandise-Artikel, Tonträger und Pamphlete bedient, per Infotelefon auf dem Laufenden gehalten (FIT in Rostock, NIT bei Neubrandenburg), mit Räumlichkeiten (in Zusammenarbeit mit ganz blinden Kommunen und z.T. sympathisierenden Privatpersonen) versorgt, zur "körperlichen Ertüchtigung" wird u.a. Wehrsport angeboten.

Es läßt sich vermerken, daß die Naziszene in M/V sowohl offen als auch informell stellenweise sehr gut

organisiert ist, Berührungsängste untereinander zurücktreten, und sich tendenziell auf dem steigenden Ast befindet.

Die NPD/JN sind im Land natürlich auch (durch ca. 300 Mitglieder) vertreten, und obwohl die potentielle jugendliche Anhängerschar sich ihr gegenüber schon loyaler und euphorischer verhalten hat (während des 1998 in M/V anläßlich der Bundes- und Landtagswahlen durchgeführten Schwerpunktwahlkampfes), kommt ihr als legaler, in der Öffentlichkeit stehender Teil die Aufgabe zu, Aufmärsche als wichtigen, identitätsstiftenden Moment in der neonazistischen Erlebniswelt anzumelden.

Und trotz der ´98 auf den Wahlzetteln ausgebliebenen Kreuzchen (1,1% der in M/V abgegebenen Stimmen) bleibt zu bedenken, daß die vorerst von ihr propagierten Ideen flächendeckend Verbreitung fanden, und in Wort und Tat auf durchaus fruchtbaren Boden fallen und fielen. Weiterhin leistet sie einer Normalisierung, wenn nicht Akzeptanz einer rechten Alltagskultur Vorschub, zu der auch gehört, in der NPD eine normale, demokratisch legitimierte Wahlpartei zu sehen. Und nicht zu vergessen, daß einige Neonazis, inzwischen in sog. "Freien Kameradschaften" aktiv, einiges ihres heutigen Rüstzeugs (Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Umgang mit kommunalen MandatsträgerInnen und Auftreten in der Öffentlichkeit) bei der NPD erwarben.



Klaus Bärthel und Ehefrau Anneliese (links): in Ludwigslust ansässiger Mitherausgeber des „Zentralorgan" - Sprachrohr der „Freien Kameradschaften, hier auf einerDemonstration in Gadebusch am 23.9.00

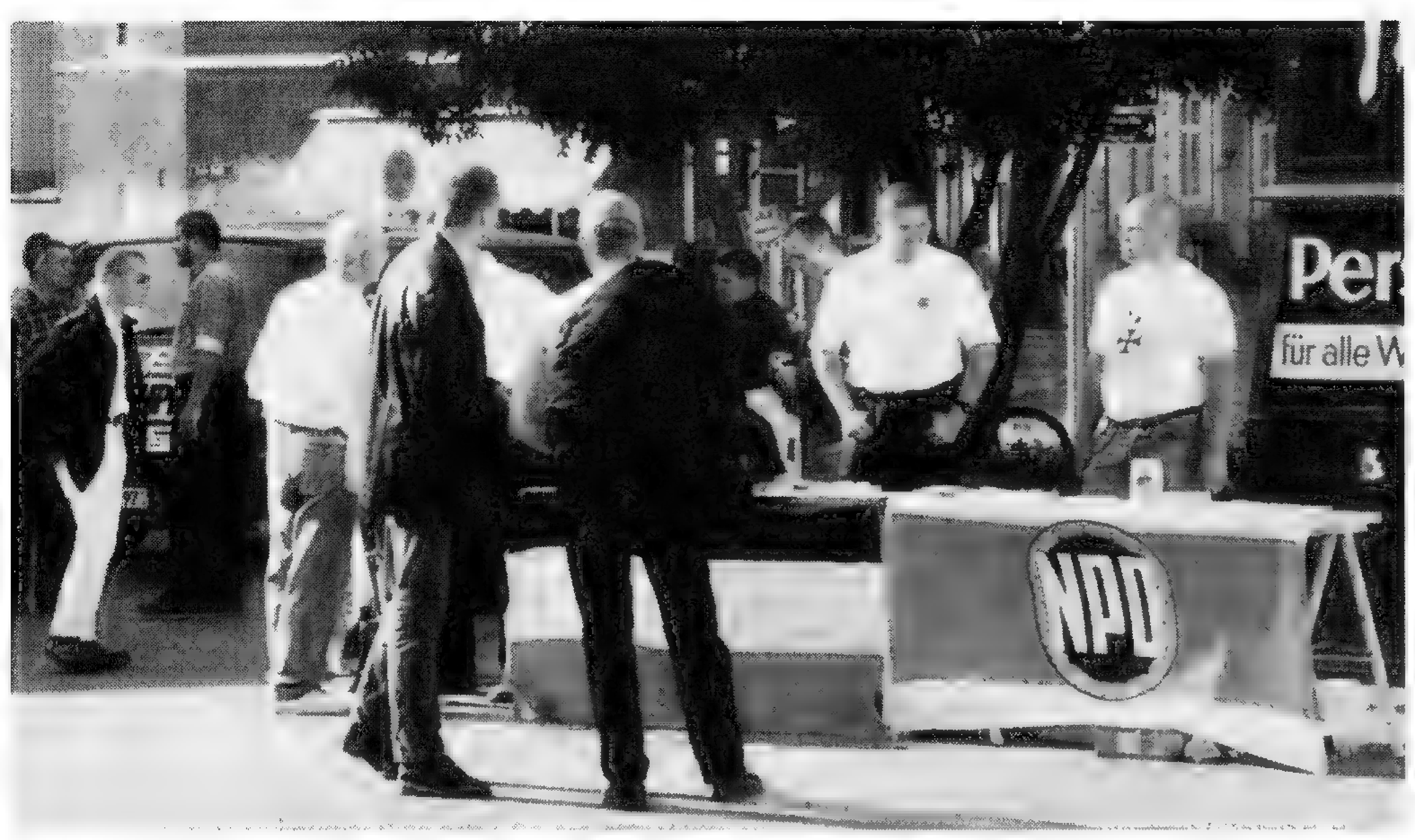
Aktive Funktionäre

Da gibt es Hans Günther Eisenekker, seit 1996 in Goldenbow bei Parchim ansässig, Landesvorsitzender der NPD-M/V und stellv. Bundesvorsitzender, durch seine berufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt auch mit guten Kontakten zur HNG ausgestattet. Er versteht sich offenbar recht gut mit Maik Spiegelmacher aus Greifswald, mehrfach einschlägig vorbestraft, schon zu Vorwende Zeiten Naziskinhead und z.B. 1992 zusammen mit Berliner Kadern der lange verbotenen „Nationalen Alternative" an der Durchführung von Wehrsportlagern auf der Insel Rügen beteiligt.

Heute ist er NPD-Kreisvorsitzender und Integrationsfigur der dortigen Szene, sprich die NPD besitzt dort einen Status, es läuft wenig an ihr vorbei. Sie entfaltet dort vielerlei Aktivitäten, wie z.B. die Durchführung der Demo am 14.01.01, ursprünglich gegen ein Wohnheim ausländischer Studenten oder das Abhalten von Infoständen. Diese veranstaltet er in Koopereation mit Axel Möller aus Stralsund. Möller wirkte maßgeblich am Aufbau eines starken NPD-Kreisverbandes (KV) in Stralsund mit, bis die Zusammenarbeit seines Weggefährten und ehemaligen KV-Vorsitzenden und Landesvize Mathias Meier die beiden entzweite, wobei Eisenecker mit der Nebentätigkeit Meiers keine allzu großen Probleme zu haben schien.



Hans Günther Eisenecker (rechts): Landesvorsitzender NPD-M/V und stellv. Bundesvorsitzender



Infotisch der NPD im August 1998 in Wismar: Manuel Herten (mit Herz auf dem weissen T-Shirt)



Infotisch der NPD am 26.10.00 in Schwerin: Peter Stöckicht (2. von links, mit Flugblatt), daneben (abgewandt) Manuel Herten



Demonstration in Ludwigslust am 8.10.00: Rene Feige (Kreis)

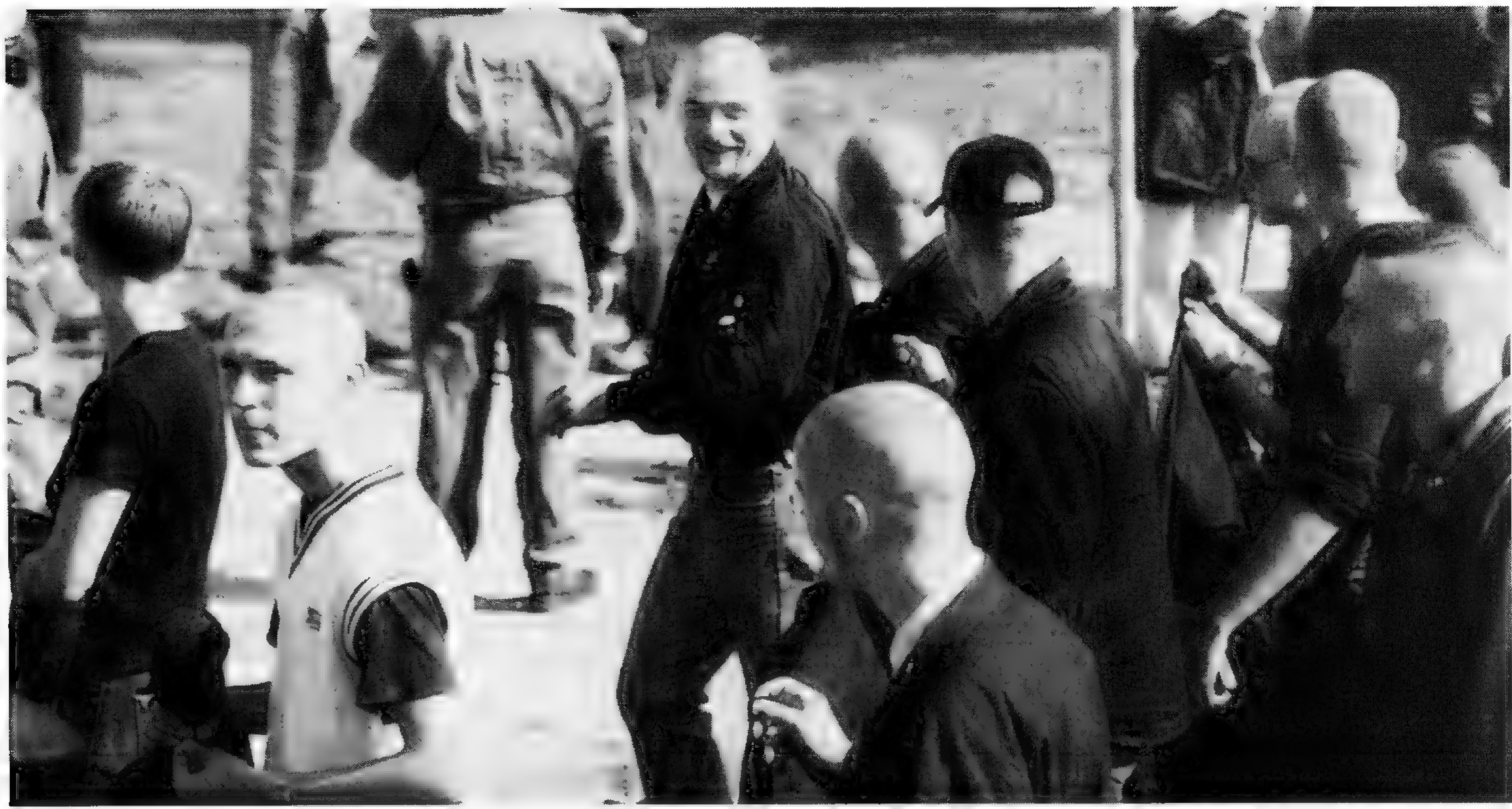
Die Stralsunder Szene war mit sich selbst beschäftigt, Möller verließ die NPD und sieht sich heute als "freier Nationalist", ist aber weiterhin der Kopf. Nicht die Überbleibsel des NPD-KV Stralsund (eher Leute die zu Meier hielten), sondern er arbeitet mit Spiegelmacher eng zusammen. Er war es auch, der schlußendlich als Demo Anmelder am 14.01.01 fungierte, da die erste Verbotsverfügung mit der Vorstrafenliste Spiegelmachers sowie diverser vorgesehener Ordner begründet wurde.

Weiterhin gilt er als Betreiber des "Störtebeker Net", einer sehr aufwendig gestalteten Internetseite, die immer recht aktuell Kommentare zu regionalen und überregionalen Ereignissen liefert. Er besitzt in der Region und ganz M/V Kontakte, über die Informationen und Artikel aus den jeweiligen Orten beigesteuert werden. Außerdem kann er ganz gut mit Christian Worch und fährt gerne auf Demos, z.B. nach Ludwigslust, wo dieser bei derlei Anlässen auch zugegen ist.

In Ludwigslust dominiert und strukturiert der zugezogene Klaus Bärthel die dortige Naziszene, auch er zählt sich zu den "freien Nationalisten" und fällt als Anmelder von Demos auf.

Auch er hat das Bedürfnis sich mit zu teilen, was er über die Mitherausgabe des Nazimagazins "Zentralorgan" zu stillen sucht. Überhaupt übt der Landkreis Ludwigslust eine starke Anziehung auf Angehörige der "freien Nationalisten", insbesondere des Hamburger Raumes aus. So erwarben Thomas Wulff und Michael Grewe (Lüneburg) mit dem Ziel, ein neues Nazizentrum a lá Hetendorf zu errichten ein Gutshaus in Teldau. Die Zusammenarbeit läuft hier Landesgrenzen übergreifend.

In Hagenow trat unlängst einVerein mit dem Namen "Freie Deutsche e.V." in Erscheinung, der auch gleich in Parchim für den 24.02.01 eine Demo unter dem Motto "Gegen linke Gewalt und Faschismus - für mehr Toleranz" anmeldete. Solche, die Tatsachen verdrehenden Mottos, haben Methode und in M/V derzeit Hochkonjunktur, auch im Westen M/V`s wollen Neona-



Sven Krüger aus Wismar (Bildmitte, dunkle Jacke, Glatze)

zis nach der Sommer-Antifa-Debatte für Toleranz der Totschläger aus den eigenen Reihen werben.

Und daß Worch gegen Faschismus agitieren möchte (er ist als Redner vorgesehen), erscheint sehr unglaubwürdig, da seine Anhänger sich sehr offen zum Faschismus bekennen (Bsp. Christian Hehl aus Ludwigshafen, der gerne ein T-Shirt mit der Aufschrift „Faschist" trägt).

Funktionierende NPD Strukturen existieren im Landkreis Ludwigslust u.a. in der Gegend Boizenburg um den auf Landesebene langjährig wirkenden Kader Sven Uterhardt.

In Schwerin, ob "freier Deutscher", JN´ler oder Hammerskin, trifft man sich im eigenen Nazizentrum Goethestraße 25, versucht sich am Erstellen einer eigenen Homepage, steht der NPD zwar kritisch, aber einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit positiv gegenüber.

In Neustrelitz sind die Nazis schon einen Schritt weiter. Nach dem Lübecker Modell besteht dort ein Bündnis Rechts, das bereits zu Kommunalwahlen antrat, und Unterstützung aus den Reihen der langjährig gewachsenen und unter verschiedenen Namen agierenden "Kameradschaft Neuteutonia" (KNT, auch "Unabhäniger Freundeskreis" oder "Wanderfreunde Neustrelitz" e.V.) findet.

Manuel Herten ist im Bereich Nordwestmecklenburg für die NPD/JN aktiv. So führte er die Verhandlungen mit der Stadt Gadebusch anläßlich der Demo am 23.09.00 (war ursprünglich für den 16.09.00 geplant, dann aber aus aktuellem Anlaß mit Rücksicht auf die Nazidemo für den Club 88 in Neumünster verschoben), meldete 1999 und 2000 jeweils Heß-Gedenkmärsche in Wismar an, die zwar verboten wurden, beide Male dann jedoch in Rostock-Warnemünde stattfanden, beteiligt sich an Infoständen u.a. mit Peter Stöckicht (26.10.00 in Schwerin). Peter Stöckicht, geboren in Greifswald, dann in die damalige BRD übergesiedelt, saß schon in den 60-ern für die NPD in Baden-Württemberg im Parlament und kehrte vor den Wahlen ´98 nach M/V zurück. Heute lebt er als Rechtsanwalt bei Rostock, und ist vielbeschäftigt mit der Verteidigung rechter Angeklagter.

Sven Krüger ist Führungsfigur der Naziskinheads in und um Wismar. Häufig im Gefängnis gesessen u.a. als Hauptangeklagter im "Leisten Prozeß" (1996 Zeltplatzüberfall auf eine Kindergruppe aus Nordrhein-Westfalen), schon damals mit guten Kontakten zum mittlerweile verbotenen Bramfelder/Hamburger Sturm sowie den Herausgebern des Naziskinfanzines "Wehrpass" aus Krakow a. See.

Die Aufzählung ließe sich noch einige Zeit fortsetzen.

Was bleibt, ist die Tendenz, sich regional in Kameradschaften zu organisieren, wo sich zum einen die frisch über die „Subkultur"schiene hinzu gewonnenen Naziskins besser integrieren und schulen lassen, als z.B. in NPD Parteistrukturen, die aber gerade auch im Hinblick auf ein mögliches NPD Verbot resistenter erscheinen. Die Weiterführung als „Bündnis Rechts" soll, abseits von Grabenkämpfen und Spaltungen, als übergeordnetes Label dienen, auf das sich alle einigen können und unter dem die Fraktionen/Regionen ohne Parteineugründungen ein neues, gemeinsames Dach finden sollen.

So gibt es beispielsweise bereits neben Neustrelitz auch in Stavenhagen und Sternberg Kameradschaften, die als Namen ebenfalls "Unabhängiger Freundeskreis (UFK)" verwenden, oder neben Ribnitz-Damgarten auch in Bützow und Güstrow Kameradschaften, die sich ebenfalls "Nordischer Kameradschafts Bund (NKB)" nennen.

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel ist ein antifaschistisches Bündnis, das gegenüber ähnlich benannten Einrichtungen in anderen Städten einige Besonderheiten aufweist. Es geht zurück auf eine Initiative des Vertrauensleuteausschusses der Kieler IG Metall und ist bis heute stark gewerkschaftlich geprägt. Diese Tatsache bestimmte die Kundgebung nach der Demonstration am 9.11.2000 in Kiel (hier sprachen keine Politiker, sondern ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder bzw. -vertreterInnen) ebenso wie die gegenwärtige Debatte um eine politische Plattform des Bündnisses (Arbeitstitel: Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus). Dabei ist der Runde Tisch ein offenes Bündnis, in dem KommunistInnen ebenso mitarbeiten wie VertreterInnen von Kirchengemeinden. Dieses Bündnis steht unter sowohl offenem als auch eher verstecktem politischen Druck von Seiten der CDU bzw. Teilen der SPD und der Grünen. Es spricht aber viel für seine (Über)Lebens- und Handlungsfähigkeit: Ihr dürft noch einiges von uns erwarten.

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel

Ein Erfahrungsbericht nach fünf Monaten Bündnisarbeit

Für eine Beurteilung der bisherigen Arbeit ist es nützlich, sich einige Daten und Geschehnisse vor Augen zu führen:

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Stoppt die Nazis!" So lautete das Motto, unter dem die IGM-Vertrauensleute für den 6.9.2000 zu einer Podiumsdiskussion ins Kieler Gewerkschaftshaus einluden. Ursprünglich war für diesen Termin eine interne Veranstaltung geplant gewesen. Die Bedrohung des IGM-Sekretärs Uwe Zabel in Elmshorn durch faschistische Terroristen war wohl das wichtigste der Ereignisse, die die Vertrauensleute und darüberhinaus viele Gewerkschaftsmitglieder zu der Erkenntnis brachten, daß jetzt mehr geschehen und öffentlicher Widerstand organisiert werden müsse. Zur Vorbereitung der Veranstaltung wurden bereits Kieler Antifaschisten eingeladen, die nicht der IG Metall angehören. Und bereits vor dem 6.9. stand fest, daß hier der Anstoß für eine kontinuierliche Arbeit unter dem genannten Motto gegeben werden sollte.

Dementsprechend wurde bereits an diesem Tag zum ersten Treffen eines „Runden Tisches gegen Rechts" eingeladen. Dort wurde mit der Vorbereitung einer Aktion am 9. November begonnen; mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die TeilnehmerInnen im Laufe der Diskussionen auf diesem und dem nächsten Treffen für die Durchführung einer Demonstration aus.

Wer nach der Veranstaltung vom 6.9., an der auf dem Podium VertreterInnen von CDU, FDP, Grünen und SPD teilnahmen, erwartet hatte, die genannten Parteien würden nun auch ihrem dort abgegebenen Bekenntnis zum gemeinsamen Kampf gegen den „Rechtsextremismus" entsprechend jemanden an den Runden Tisch entsenden, sah sich zunächst zu 100 Prozent enttäuscht. Um es vorweg zu nehmen: Auch bei den letzten Treffen waren diese Parteien nicht offiziell vertreten. Die FDP ließ sich überhaupt nie blicken. Für die CDU kam mal Arne Wulff, für die SPD ihr neuer Chef in Kiel, Andy Mitterer. Genau einmal. Vor der Demonstration, weil er dort gern gesprochen hätte. Wir wollten aber gar keinen Parteienvertreter sprechen lassen. Die Grünen arbei(te)ten sporadisch mit, vertreten durch Angelika Oschmann. - Daß unabhängig vom Fehlen eines SPD-Delegierten zahlreiche SozialdemokratInnen die Arbeit tragen, versteht sich bei den eingangs genannten Voraussetzungen von selbst.

Demo am 9.11.: „Leisten wir Widerstand..."

„Leisten wir Widerstand gegen die NPD und alle anderen faschistischen Organisationen! Für Toleranz und Zivilcourage! Stoppen wir die Nazis!" hieß es unter anderem in dem am 18.10. verabschiedeten Demonstrationsaufruf. Über die Sitzung schrieb ich damals in der „linX":

„(...) In dem wiederum erweiterten Teilnehmerkreis ließ sich eine Einigung auf die Forderung nach dem Verbot aller anderen faschistischen Organisationen nicht erzielen. Die Kirchenkreise etwa, so hieß es, seien mit der Diskussion darüber noch nicht durch.

Das mußte man, wie eine Abstimmung über dieses Thema ergab, für den gemeinsamen Aufruf gelten lassen. Fatal wäre es allerdings, wenn der Runde Tisch, der nach den Aktionen des 9. November eine kontinuierliche Arbeit aufnehmen will, auf Dauer oder auch nur für längere Zeit auf diese elementare Forderung der antifaschistischen Bewegung der letzten 55 Jahre verzichten würde. Das würde der zentralen Losung des Bündnisses Hohn sprechen. Es hieße, ausgerechnet jetzt den Druck auf die Durchsetzung des Verbots einer der wichtigsten faschistischen Organisationen, der NPD, zurückzunehmen – ein fata-

ler Fehler. Damit müßte schon eine wichtige – im übrigen der gewerkschaftlichen Beschlußlage entsprechende – Arbeit in einem Bündnis abseits des Runden Tisches organisiert werden. Es wird sich zeigen, welche Kräfte nach der Demonstration die kontinuierliche Arbeit tragen und wie weit sie den gegebenen Anforderungen gewachsen sind. Völlig verfehlt war es im übrigen, daß im Laufe der (kurzen) Aussprache gefordert wurde, auf alle möglichen Kreise Rücksicht zu nehmen, die bisher keinerlei Interesse für eine Arbeit am Runden Tisch gezeigt haben und zum überwiegenden Teil dort auch nicht hinpassen (etwa FDP und CDU).

Bedauerlich ist auch, daß der Aufruf sich weder in der Situationsbeschreibung noch gar hinsichtlich politischer Forderungen mit der Stadt Kiel befaßt. – Es bleibt viel zu tun. Zunächst allerdings gilt es, Demonstration und Kundgebung am 9.11. zu einem Erfolg, nämlich zu einem deutlich sichtbaren Zeichen gegen Rassismus und Faschismus zu machen und unsere Bereitschaft zum Widerstand unmißverständlich darzustellen."

Die Demonstration übertraf dann mit der Teilnahme von mehr als 5000 Menschen alle Erwartungen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen die KollegInnen Kirsten Weimar, Ali Uzun und Frank Teichmüller (alle IG Metall) und ich. Ich war am Runden Tisch vorgeschlagen und nominiert worden als jemand, der für Menschen sprechen könne, die sich schon seit Jahren unabhängig von politischen Konjunkturen im antifaschistischen Kampf engagieren. Daß niemand das gesamte Spektrum der angesprochenen Bewegung als Einzelperson repräsentieren kann, ist klar. Dazu gibt es in der Bewegung selbst allzuviele Widersprüche. Unter anderem habe ich am 9.11. die folgenden Ausführungen gemacht, deren Inhalte weiterhin ein Rolle in den Debatten am Runden Tisch spielen.

„Den Widerstand organisieren!"

>(...) Am 5. Juni 1993 ... standen wir mit vielen Tausend Menschen auf dem Rathausplatz. Nach den Morden von Solingen. (Diesen Verbrechen vorangegangen war die Mordtat von Mölln, der ebenfalls eine Großdemonstration in Kiel gefolgt war.) An diesem 5. Juni 1993 sagte unser Freund Hüseyin Ayvaz vom Deutsch-Türkischen Volkshaus: „Es ist schlimm, es ist schrecklich, daß wir uns binnen sechs Monaten zum zweiten Mal hier treffen, um gegen einen Mordanschlag zu protestieren, bei dem Frauen und Kinder verbrannten." Er fuhr fort, und ich habe den Klang seiner Worte noch im Ohr: „Und die Befürchtung, daß wir uns wahrscheinlich nicht zum letzten Mal hier treffen, ist noch unerträglicher."

Das Morden ist weitergegangen, und wir stehen wieder hier, nach siebeneinhalb Jahren. Im Schnitt jeden Monat ein Todesopfer faschistischer Gewalt, viele Hundert Verletzte in den letzten Jahren, Tausende leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Antisemitismus gehört zur deutschen Alltagskultur. Der Zustand politischer Apartheid dauert an. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind Bestandteile von Regierungs- und Unternehmenspolitik geblieben, denn sie äußern sich nicht erst in Mordtaten, sondern schon dort, wo ZuwanderInnen in nützliche und unnütze Menschen eingeteilt werden. Und schon gar in der nach wie vor oft unmenschlichen Asylpraxis. Schon vor siebeneinhalb Jahren fanden PolitikerInnen allerlei Worte, die sie heute noch aufsagen können. Zum Beispiel: „Anständiges Deutschland". Oder: „Zivilcourage". Und dann haben sie das Thema vergessen. Viele von ihnen hatten es auch nicht so gemeint. Denn sie hatten gerade einem wesentlichen Anliegen der Faschisten parlamentarische Geltung verschafft und ein als Lehre aus der Zeit des Faschismus verfassungsmäßig verankertes Grundrecht in seiner Substanz beschädigt: Das Asylrecht wurde eingeschränkt. Manche, die sich heute als NPD-GegnerInnen darstellen, wollen es im gleichen Atemzug nun endgültig beseitigen. Sie sind unsere Feinde wie die Nazis selbst. (...)

Es gilt ... Widerstand zu organisieren auch gegen die vorherrschende Politik in diesem Land und die noch grausigeren Zukunftspläne reaktionärer Kreise gleich welcher Parteizugehörigkeit. Hier verzahnt sich der antifaschistische Kampf mit dem wirtschaftlichen. Vor unseren Augen vollzieht sich die Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, die Umverteilung von unten nach oben, ein mörderischer Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene, in den wir uns auch noch freiwillig per Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit, Standortsicherung usw. einbinden lassen sollen. Tun wir das, zerstören wir selbst die Arbeitersolidarität, fördern nationalistische Tendenzen und geben den Nazis gleichzeitig Ansatzpunkte für ihre soziale Demagogie, wie sie besonders die NPD nach dem Vorbild der NSDAP betreibt. (...)

Zivilcourage zeigen, und begreifen: das muß zivilen Ungehorsam einschließen. Mit den vielfältigen Aufrufen zu Zivilcourage ist das ja so eine Sache. Nach der ersten großen Demonstration in Neumünster gegen einen Naziaufmarsch und für die Schließung des „Club 88„ wurden die mutigen Menschen, die sich dem Zug der Faschisten in den Weg setzten, noch allseits gelobt. Aber die Lehre, die Landesregierung und Polizei offenbar daraus gezogen haben, verträgt sich nicht mit den genannten Appellen. Sie scheint zu heißen: Eine solche Chance, Zivilcourage zu zeigen, sollen AntifaschistInnen nie wieder bekommen! Daß die Polizei von nun an für Demonstrationen der Nazi-Verbrecher ganze Stadtteile abriegelt und von couragierten AntifaschistInnen freiräumt, daß antifaschistische Gegendemonstrationen nur noch weit weg davon stattfinden sollen und daß alle, die noch einmal der auf Kundgebungen gern geäußerten Aufforderung, den Nazis nicht die Straße zu überlassen, tatkräftig umsetzen wollen, verprügelt und festgenommen werden, ist ein Skandal, mit dem wir uns niemals abfinden dürfen. Wer wegen des Versuchs, sich den Nazis in den Weg zu stellen, verfolgt wird, verdient und braucht unsere Solidarität. (...)

Eine abschließende Bemerkung aus aktuellem Anlaß und mit Blick auf die Kundgebung in Berlin:

Allen Versuchen von staatlicher Seite, im Zuge von Maßnahmen oder auch nur Erklärungen gegen „Rechtsextremismus„ allgemeine demokratische Freiheiten wie das Versammlungs- und Koalitionsrecht weiter einzuschränken, ist eine Absage zu erteilen. Wir brauchen nicht den BGS als Bundespolizei und „Nationalgarde". Wir brauchen auch keinen Ausbau, sondern einen Abbau des Überwachungsstaats. Der so genannte Verfassungsschutz ist mehr durch die Verstrickung seiner Agenten in faschistische Verbrechen aufgefallen als durch deren Abwehr. Wer Informationen über Nazi-Umtriebe haben will, kann auf den Geheimdienst verzichten. Solche Informationen liefern antifaschistische Initiativen seit Jahrzehnten erheblich zuverlässiger. Dafür werden sie in Verfassungsschutzberichten heute noch, auch in unserem Bundesland, als Verfassungsfeinde wie die Nazis bezeichnet und wegen ihrer Aktionen der Aufklärung und des Widerstands gar für das Erstarken faschistischer Organisationen verantwortlich gemacht. Damit muß Schluß sein. Die Förderung der Arbeit solcher Initiativen auch mit öffentlichen Mitteln ist dagegen dringend geboten.<

Zur weiteren Entwicklung zunächst ein Artikel aus der „linX" (Sozialistische Zeitung für Kiel):

>(...) Auf dem ersten Treffen nach der Demonstration wurden am Runden Tisch zwei Arbeitsgruppen gebildet: eine zur Vorbereitung einer Veranstaltung über rechte Musik – White Noise – sowie einer Rock-gegen-Rechts-Veranstaltung im nächsten Jahr, und die andere zur Weiterarbeit an einem dem Plenum am 19. Dezember vorzulegenden Entwurfs für die „Kieler Erklärung", in der Selbstverständnis und politische Forderungen des Bündnisses festgeschrieben und nach außen getragen werden sollen. Die Rede von Dietrich Lohse stieß bei einigen wenigen – z.B. bei der Vertreterin der Grünen – offenbar auf inhaltliche Kritik, die allerdings bisher nicht offen geäußert wurde. Man darf vermuten, daß die Rede manchem nicht verschwommen genug war... Wie in dieser Zeitung bereits betont wurde, ist das eine notwendige inhaltliche Auseinandersetzung, die auch darüber entscheiden kann, ob das Bündnis wirklich handlungsfähig wird bzw. bleiben kann gegen die Faschisten und die Bedingungen ihres mörderischen Treibens. Spätestens auf der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe zur „Kieler Erklärung" muß eh Klartext geredet werde, die Ziererei auf der Plenumssitzung war reichlich überflüssig.

Die TeilnehmerInnen des Runden Tisches wiesen im übrigen mit deutlicher Mehrheit (und einiger Empörung) das Ansinnen zurück, das gerade von unten wachsende Bündnis in einen Verein umzuwandeln oder sich gar einem landesweiten Verein mit Heide Simonis an der Spitze als Ortsgruppe anzuschließen. (Argumente dafür: Bessere Möglichkeiten, Spenden zu sammeln; möglicherweise eine ABM-Kraft einstellen. – Also auf jeden Fall eine Institutionalisierung des Bündnisses.) Man wird sich darauf einstellen müssen, daß solches Ansinnen nicht zu letzten Mal vorgebracht wurde. An einem der nächsten Treffen ... wird ein Vertreter des Landesbündnisses zwecks Vorstellung dieses von der Regierung gestarteten Projekts teilnehmen.<

Um hier gleich anzuknüpfen: Der inzwischen zweimal angekündigte Besuch des Staatssekretärs Lothar Hay (SPD) am Runden Tisch wurde jeweils abgesagt: Es gibt (bisher) über Tätigkeiten seines Projekts einfach nichts zu berichten...

Die Demonstration am 9.11. scheint den verantwortlichen Politikerinnen in Stadt und Land nicht viel Freude gemacht zu haben. In der Landtagsdebatte vom 16. November 2000 über „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein" jedenfalls war öfter von der Demonstration in Berlin die Rede; auf das für Kiel und Schleswig-Holstein doch herausragende Ereignis der Kieler Demonstration bezog sich aber einzig Irene Fröhlich von den Grünen. (Die von ihr ausgesprochene Wertschätzung des Runden Tisches sehe ich in der Praxis der Kieler Grünen allerdings auch nicht bestätigt.)

Wenn im Folgenden auf die anhaltenden Auseinandersetzungen um die projektierte „Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus" eingegangen wird, muß klar sein, daß niemand den Runden Tisch zu einem Debattierklub machen will. Das Bündnis lebt nicht von einer Erklärung. Es lebt von dem, was wir gemeinsam tun. Dieses Handeln soll durch die Erklärung erleichtert werden, auch dadurch, daß so bestimmte grundsätzliche Fragen nicht andauernd (und mit jedem/jeder neuen Teilnehmer/in) von vorn besprochen werden müssen. Einige Vorhaben des Runden Tisches wurden bereits angesprochen - die „White-Noise"-Veranstaltung hat im Januar stattgefunden - ; wir haben des weiteren zum Beispiel nach Neumünster und Elmshorn mobilisiert; die SchülerInnen-Demonstration am 27.1. wurde unterstützt (eine Konferenz von DGB, ÖTV und DAG zum Thema wurde vorzeitig beendet, um die Teilnahme zu ermöglichen).

Erwähnt werden sollte auch, daß der Runde Tisch nach der Innenministerkonferenz am 24. 11. eine Presseerklärung verabschiedete, in der er seine Ablehnung der dort (im Zuge von angeblich gegen Rechtsextremisten gerichteten Maßnahmen) gefaßten Beschlüsse zur Einschränkung des Versammlungsrechts und der Einrichtung einer bundesweiten Datei „linksorientierter politisch motivierter Straftäter" zum Ausdruck bringt. Die Erklärung wurde in den „Kieler Nachrichten" nicht berücksichtigt.

Wir werden den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März mitgestalten, die Kampagne „Noteingang" aufgreifen und nicht zuletzt versuchen, öfter in der Öffentlichkeit , auf den Straßen mit eigenen Anliegen aufzutreten (bei solchen Gelegenheiten läßt sich dann das Unterbinden von Nazi-Verteilaktionen gleich mit erledigen).

Die „Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus" - Was für ein Bündnis wollen wir?

Nachdem lange darüber geredet wurde, daß wir die inhaltlichen

Grundlagen unserer Arbeit klären, für uns festhalten und öffentlich darlegen wollen, hat nun die intensive inhaltliche Diskussion endlich begonnen. Angeregt durch eine Vorlage von Fabian Virchow und mir erarbeitete eine am Runden Tisch bestimmte Gruppe einen ersten Vorschlag. Die Vertreterin der Grünen verabschiedete sich aus der Arbeitsgruppendiskussion, nachdem ihr bereits in verschiedenen Punkten entgegengekommen worden war, und legte der Versammlung einen eigenen Entwurf vor. Die Frage, wie nun verfahren werden solle, war schnell geklärt. Der Grünen-Entwurf wurde als Diskussionsgrundlage nicht akzeptiert - Angelika hatte sich darin nicht einmal für die Gleichberechtigung der dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen aussprechen mögen (um nur einen besonders wichtigen Kritikpunkt zu erwähnen). Grundlage der weiteren Diskussion sollte der AG-Entwurf sein. Und diese Diskussion sollte ohne Vorschaltung einer erneuten AG-Sitzung im Plenum geführt werden.

In diesem Zusammenhang kam von einem Kollegen der IG Metall zum ersten Mal der Einwand, man solle lieber ganz auf die Erklärung verzichten und sich wie bisher von Treffen zu Treffen auf bestimmte Projekte verständigen. Niemand dürfe durch inhaltliche Festlegungen - hier ging es darum, daß einige leicht feststellbare gesellschaftliche Ursachen für die Zunahme der Nazi-Umtriebe und ihres Einflusses benannt werden sollten - von der Mitarbeit abgeschreckt werden. Es dürfe damit auch niemandem, der danach suche, ein Vorwand für den Ausstieg aus dem Projekt gegeben werden. - Wer auch immer damit gemeint war: Am Runden Tisch war er oder sie jedenfalls gar nicht zu finden... Dieser Vorschlag wurde verworfen.

Dann legte die IG- Metall-Ortsverwaltung einen eigenen Vorschlag vor, den sie dem Arbeitsgruppenentwurf entgegenstellte und nicht ganz berechtigt „Konsensvorschlag" nannte.

Am Runden Tisch wurde bemängelt, daß die IGM ihre Überlegungen nicht dem genannten Beschluß entsprechend als Änderungsvorschläge zu dem AG-Entwurf eingebracht hat. Auch die Begründungen für die inhaltlichen Differenzen vermochten die meisten nicht zu überzeugen. Auch nicht die Delegierten der Gewerkschaften ÖTV, IG Medien und DAG. Die DAG hatte bereits den Beschluß gefaßt, den AG-Entwurf zu unterzeichnen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, nun doch nochmals eine Arbeitsgruppe tagen zu lassen, um die trotz der Differenzen deutlich als möglich erscheinende Einigung herbeizuführen bzw. dem Runden Tisch endlich den einen Entwurf vorzulegen, der dann dort diskutiert und beschlossen werden könnte, weil gravierende Einwände nicht mehr zu erwarten wären. (Wer sich über diese Phase der Diskussion ausführlich informieren möchte, sei auf die „linX" verwiesen, die u.a. beide erwähnten Entwürfe dokumentiert hat.)



„Leisten wir Widerstand": antifaschistische Arbeit in der alltäglichen Praxis

Von Seiten der IG Metall wurde und wird betont, daß es darum ginge, nicht nur Einzelpersonen aus den Gewerkschaften zur Unterzeichnung eines Aufrufes zu bewegen, sondern die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen als solche für die Unterstützung zu gewinnen. Dabei müsse „die Masse der Kollegen" angesprochen und „mitgenommen" werden.

Dieses Bemühen gilt es positiv aufzugreifen. Dabei scheinen mit zumindest zwei Überlegungen wichtig: Zum einen wird man die real vorhandenen Widersprüche innerhalb der Gewerkschaften selbst mit keiner Erklärung überwinden können, die nicht Belanglosigkeiten formulieren, sondern Grundlage zu offensivem Handeln gegen Rassismus und Faschismus sein soll. Die Gewerkschaften beginnen endlich, die rechte Orientierung nicht weniger ihrer Mitglieder zu thematisieren: Man kann nicht alle „mitnehmen", man muß den Streit aushalten und klare Vorgaben machen, wo die Grenzen auch innergewerkschaftlicher Toleranz sind. Zum anderen geht es nicht einfach darum, daß KollegInnen der Basis eventuell nicht mitziehen. Wo es Gewerkschaftsfunktionären um ihre eigenen Bedenken geht, sollten sie das besser auch so darstellen. Es ist doch klar, daß Menschen, die immer noch nicht begriffen haben, welchen Schaden für unsere Organisationen und unsere Interessen ihre Bündnisse für Wettbewerb und Standort angerichtet haben und anrichten, dazu neigen, auch in Fragen des antifaschistischen Widerstands nicht nur Bündnisse mit den Unternehmern einzugehen, sondern darüber hinaus auf bestehende Bündnisse mit

Bericht über die Arbeitsgruppe des Runden Tisches zur „Kieler Erklärung", 20/2/01

Als Gewerkschafts-Organisationen vertreten waren die IG Metall, die ÖTV und die IG Medien. Außerdem die DIDF, die DKP und Avanti.
Zur Erleichterung der Diskussion hatten D. und F. einen neuen Entwurf vorgelegt, der unter Berücksichtigung der Diskussionen auf der letzten Sitzung des Runden Tisches eine Einigung ermöglichen sollte. Dieser Entwurf basierte auf dem Vorschlag der IG Metall, der etwas gestrafft und in einigen Punkten ergänzt wurde. Bei der Erläuterung dieser Ergänzungen wurde unter anderem auf den im letzten Jahr vorgelegten Bericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus verwiesen, in dem es heißt: „Warum haben es Gewerkschaften versäumt, die Standortdebatte und das darin absolut gesetzte Konkurrenz- und Leistungsprinzip als mitverantwortlich für die rechtsextremen Orientierungen ihrer Klientel ins öffentliche Bewußtsein zu rücken? Warum haben sie deren Ausgrenzungsbereitschaft nicht in Verbindung gebracht mit einer Gesellschaft, die einen wachsenden Teil ihrer Mitglieder von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe ausschließt?"

Gewerkschaftsbeteiligung einzuwirken, sich nicht in einer Weise festzulegen, die Unternehmerverbände und Regierungsparteien verprellen könnte. Das würde allerdings auch bedeuten, daß Gewerkschaften sich in Bündnisse nicht deswegen begeben, weil sie mit Unterstützung von und in Zusammenarbeit mit anderen im Sinne ihrer eigenen Erkenntnisse und der (immer noch gültigen und zum Teil gerade erneuerten) entsprechenden Beschlüsse durchsetzungsfähiger werden, sondern daß sie Bündnisse geradezu deshalb eingehen, um ihren eigenen Beschlüssen keine Taten folgen zu lassen...(Daß damit aktive AntifaschistInnen in und außerhalb der Gewerkschaften verprellt werden, scheint nicht so wichtig.)

Mit diesen Bemerkungen ist kein Urteil über irgendeinen konkreten Gewerkschaftsvertreter in Kiel gesprochen. Ich wünsche mir allerdings dringend, daß sich alle KollegInnen am Runden Tisch überlegen, wie ihr Auftreten und ihre Äußerungen auf die anderen TeilnehmerInnen des Bündnisses wirken, und daß sie jede/n Einzelne/n von ihnen ernst nehmen, auch wenn sie nicht einer so „großen und starken" Organisation angehören bzw. sie vertreten.

Unbedingt positiv ist zu bewerten, daß es in der IG Metall tatsächlich eine andauernde breite Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen der Organisation mit dem Anliegen des Runden Tisches, an dessen Zustandekommen die IGM-Vertrauensleute den entscheidenden Anteil hatten, gibt. Solche intensiven Diskussionen können den zukünftigen Arbeiten des Runden Tisches wesentlichen Rückhalt geben. Ich habe wie viele andere die Erfahrung machen müssen, wie schwer es ist, eine solch intensive Beschäftigung mit einem der „normalen" gewerkschaftlichen (Tarif-)Arbeit scheinbar (natürlich nur scheinbar!) eher fernliegenden Thema zu erreichen. Wo das möglich ist, muß es versucht werden. Das ist viel mehr wert, als wenn die antifaschistische Tätigkeit einzelner auch im Namen der Gewerkschaft bloß hingenommen wird, weil die Beschlußlage das halt zuläßt und sie nun mal diese „Marotte" haben. Im Interesse aller TeilnehmerInnen des Runden Tisches liegt es allerdings, daß die in Frage kommenden Gewerkschaftsverbände nun zügig beschließen, so daß die Kieler Erklärung innerhalb kurzer Zeit abschließend auf den Tisch kommen kann, damit sie dann vom Tisch und in die Öffentlichkeit kommt. - Dies ist der Stand der Dinge am 23.2.01. Der Entwurf der Arbeitsgruppe beschließt diesen Bericht.

Was mit diesem Bericht deutlich geworden sein dürfte: Die in Kiel in Randbereichen der Antifa-Szene geäußerten Vorwürfe, die Mitarbeit am Runden Tisch bedeute, sich in die Fänge des regierungsoffiziellen Antifaschismus zu begeben, sind haltlos. Die Ablehnung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsorganisationen und das Feiern der eigenen Isolation als Beweis für die eigene Prinzipienfestigkeit ist politisch dumm; wer diese Haltung als „linksradikal" bezeichnet, beweist nur Stolz auf die eigene Dummheit. Aus dieser Einschätzung habe ich nie ein Hehl gemacht. Gleichzeitig habe auch ich am Runden Tisch nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es etliche AntifaschistInnen gibt, die nicht an dem Bündnis teilnehmen mögen und dennoch - viele seit langem - wertvolle antifaschistische Arbeit leisten, von der Recherche über die Aufklärung der Öffentlichkeit bis hin zum Unterbinden von Nazi-Auftritten; eine Arbeit, von der wir alle profitieren. Antifaschistische Bündnisarbeit in Kiel ist nicht beschränkt und darf nicht beschränkt werden auf den Runden Tisch. Andererseits ist er in meinen Augen die wertvollste Einrichtung auf diesem Gebiet, die wir hier seit langer Zeit haben, und die Mitarbeit und das ständige Ringen um Klarheit im Fordern und Handeln speziell für antifaschistisch engagierte GewerkschafterInnen, die das neben ihren anderen Verpflichtungen ermöglichen können, eine absolute Notwendigkeit. Ob wir damit Erfolg haben, ist nicht sicher. Aber so viele Chancen eröffnen sich uns nicht, daß wir auch nur eine ungenutzt lassen dürften.

Dietrich Lohse

Die Arbeitsgruppe des Runden Tisches unterbreitet dem Runden Tisch nun folgenden Vorschlag:

Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus

Am Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextremistische und rassistische Äußerungen und Gewalttaten, antisemitische Anschläge und menschenverachtende Hetze, Terror und Mordtaten der Faschisten nicht länger dulden wollen.

Wir laden alle demokratisch gesinnten Menschen - gleich welcher Herkunft, Religion, Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit - ein, mit uns am Runden Tisch Platz zu nehmen.

Der Runde Tisch soll eine dauerhafte Einrichtung werden.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus ist eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft. Um ihr gerecht zu werden, ist eine ständige Aufklärung über die Umtriebe und die Ideologie der Nazis sowie ihre gesellschaftlichen Wurzeln erforderlich. Daran wollen wir arbeiten.

Offener und organisierter Neofaschismus ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Rassistische Erklärungsmuster und Orientierungen entstehen in der Mitte der Gesellschaft. Sie sind kein Randproblem, nicht jugendspezifisch und nicht regional einzugrenzen. Sie werden gefördert durch gesellschaftliche Verhältnisse, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittsmotor rechtfertigen und damit Entsolidarisierung und Ausgrenzungsbereitschaft notwendig hervorbringen.

Wir stellen uns gegen eine Ausländer- und Asylpolitik, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält. Wir brauchen eine humane Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik. Die Beschneidungen des verfassungsmäßig verankerten Asylrechts müssen zurückgenommen werden. Das Asylrecht muß weiter gestärkt werden. Menschenrechte müssen ungeteilt sein. Ein notwendiger Schritt dahin: Menschen ausländischer Herkunft, die längere Zeit in Deutschland leben, und allen, die hier geboren werden, muß die doppelte Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht zuerkannt werden.

Solidarisches Verhalten und Zivilcourage bis hin zu zivilem Ungehorsam tun not. Nicht zuletzt, wo Mitmenschen von Nazis angegriffen werden, wo wir selbst Faschisten gegenüberstehen, wo wir etwa im Beruf gezwungen werden sollen, an Herstellung und Verbreitung rassistischer und faschistischer Machwerke mitzuwirken. In diesem Sinne sind alle Bürgerinnen und Bürger, auch die politischen VerantwortungsträgerInnen, aufgefordert, „Gesicht zu zeigen". Nur so kann sich eine demokratische Gesellschaft behaupten und weiterentwickeln, die Demokratisierung von Staat und Wirtschaft vorangetrieben und damit gleichzeitig auf allen Ebenen den Faschisten der Nährboden entzogen werden.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Leisten wir Widerstand gegen Neonazis, rechte Skinheads und alle neofaschistischen Organisationen und Parteien!

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."
Aus dem Schwur der Häftlinge und Freiheitskämpfer des Konzentrationslagers Buchenwald, 19. April 1945)

Wir setzen uns ein für:

- Das Verbot und die vollständige Auflösung der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen gemäß Artikel 139 Grundgesetz.
- Die Unterbindung jeglicher Nazi-Aktivitäten auf Straßen und in öffentlichen Einrichtungen.
- Die Beendigung des Polizeischutzes für Nazi-Aufmärsche.
- Die Beendigung der Verfolgung von AntifaschistInnen, die sich den Nazis entgegenstellen.
- Die Verweigerung von Plakatflächen für Nazi-Werbung.
- Die Unterstützung aller Menschen, die eine Mitwirkung an Herstellung und Verbreitung rassistischen und faschistischen Gedankenguts verweigern.
- Eine Auseinandersetzung in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Jugendclubs usw., die auf der Grundlage kompromißloser Ablehnung rassistischer und faschistischer Ansichten und entsprechenden Verhaltens alle Möglichkeiten zu Aufklärung und Überzeugung nutzt. Dabei ist vorrangig der Zusammenschluß von bedrohten Menschen und AntifaschistInnen zu gemeinsamem Handeln zu fördern. In diese Arbeit sollen überlebende GegnerInnen des Hitlerfaschismus und Mitglieder antifaschistischer Organisationen einbezogen werden.
- Die Förderung antifaschistischer Basis-Initiativen auch mit öffentlichen Mitteln.
- Die Zurückweisung aller Versuche, im Namen des „Kampfes gegen den Rechtsextremismus" allgemeine demokratische Rechte einzuschränken.
- Die Diskussion über alternative Gesellschaftsmodelle, in denen Faschismus keine Chance hat.

Die Deutsche Kommunsistische Partei (DKP) Schleswig-Holstein führte am 24.2.01 eine Tagung durch, zu der auch andere Organisationen als Gäste geladen waren. Wir dokumentieren das Eröffnungsreferat

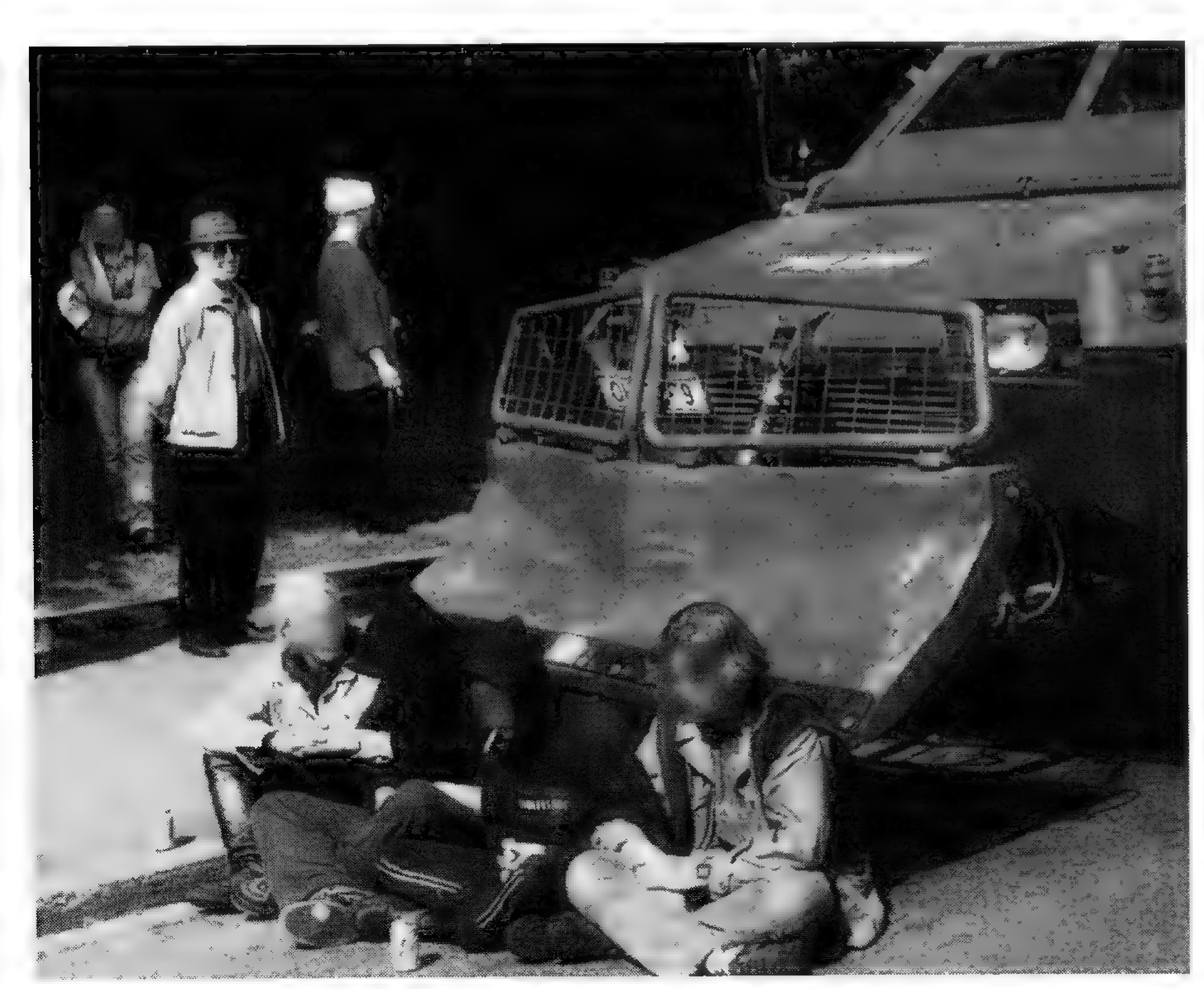
Der Faschismus in Deutschland hat Geschichte

Der Faschismus in Deutschland hat Geschichte. Und nicht erst seit in unserem Land erneut vor aller Augen, dass es selbst den Regierenden nicht mehr verborgen bleibt, wieder Menschen anderer Hautfarbe, Menschen anderen Glaubens, Obdachlose, Andersdenkende verfolgt, geschlagen und verbrannt werden sind es immer wieder auch die Kommunistinnen und Kommunisten dieses Landes, die vor den Faschisten warnen.

Und: wir warnen nicht nur, wir machen auch aufmerksam auf die Ursachen, die diese braune Brut immer wieder hervorbringt.

Wenn wir feststellen: Wer über den Faschismus redet, darf über den Kapitalismus nicht schweigen sind eben diese Ursachen einer faschistischen Entwicklung mit wenigsten Worten dargestellt. Die Marktgesetze des Kapitalismus setzen sich in allen gesellschaftlichen Bereichen durch. Selbst die ehemals bürgerlichen Tabuzonen werden immer offener diesen Gesetzen untergeordnet: Bildung und Kultur, Sport, die gesamte „Freizeitindustrie", Gesundheit, alles - wirklich alles - wird nur noch im Sinne der Profitmaximierung verwertet.

Die Umverteilung von unten nach oben nimmt zu. Die Reichen werden reicher - ihre Gewinne steigen stetig.



Antifaschistische Aktion in Neumünster

Die Armen werden immer mehr ins Abseits der Gesellschaft gedrängt - selbst wer Arbeit hat spürt den zunehmenden Druck durch Arbeitshetze, sogenannte Arbeitsverdichtung und die ständige Faust im Nacken als nächster vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu stehen, weil der Profit weiter gesteigert werden soll, weil man älter wird und nicht mehr so leistungsfähig fürs Kapital ist oder weil man schlicht und ergreifend seine noch bestehenden aber sich ständig im Abbau befindenden Rechte kennt und nutzen will.

Hinzu kommen diejenigen, die gar nicht erst die Möglichkeit erhalten, sich in den Prozeß um die gesellschaftliche Entwicklung einbringen zu können.

Die Widersprüche unserer Gesellschaft werden immer deutlicher.

Dies gibt den Menschen die Fragen auf. Fragen, die allerdings unbeantwortet bleiben von der herrschenden Politik und den Managern in den Chefetagen der Konzerne.

Würden sie eine Antwort geben wollen, müßten sie das System ihrer freien Marktwirtschaft in Frage stellen. Und auch ihre eigenen Politikkonzepte würden von den Herrschenden selber ad absurdum geführt werden. Angefangen bei ihrer Asylpolitik, ihrem chauvinistischen Großmachtstreben, dem Wunsch nach Unterordnung der Weltbevölkerung und dem damit verbundenen Rassismus oder die Kerneuropapolitik. Die spätestens

mit dem Krieg gegen Jugoslawien wieder durch eine deutsche Regierung betriebene Kriegspolitik, der Umbau der Bundeswehr zur hochmodernen Angriffsarmee, die Militarisierung der Gesellschaft auch durch die Einbeziehung der Frauen in diesen Bundeswehr - alles dies gehört zum Erhalt des Kapitals dazu.

Doch die Antworten die gegeben werden müssen, würden an ihrem eigenen gebauten und ausgefeiltem System der Macht und des Machterhalts rütteln.

Ein Grund, das Problem des Faschismus zu verharmlosen und ihm andere Namen zu geben. Es wird von Rechtsextremismus und nicht von Faschismus gesprochen.

Jahrelang wurden die Augen verschlossen vor dem, was sich nicht nur in den Hinterzimmern deutschtümelnder Vereins- und Traditionslokalen tat. Menschen wurden auch schon vor der Annexion der DDR in der BRD bedroht, geschlagen, verfolgt. Von rechten Schlägertrupps, mit spitzer Feder in Glossen und vermeintlichen Witzen der Medien, in Fußballstadien und auf den Pausenhöfen der Schulen.

Doch in den letzten Jahren wurde die Bedrohung von Rechts so groß, dass die Regierenden, ob nun von SPD und Bündnisgrün oder CDU/CSU und FDP, sich selbst und ihre Macht immer mehr in Gefahr kommen sahen. Die Angst durch Untätigkeit in Mißkredit zu kommen bei einem großen Teil der Bevölkerung, die immer noch auf eine humane Wertegesellschaft setzen, war ihnen dann doch zu groß.

Außerdem erfolgte der Druck von außen. Denn auch im Ausland ist die Geschichte der Deutschen und die Zeit des Hitlerfaschismus noch in Erinnerung.

Einen Beitrag mag hier auch die international beachtete Debatte um die Entschädigung der Zangsarbeiter gespielt haben. Sie hat noch einmal auf großem internationalem Parkett auf die deutsche Geschichte und auch Nachkriegsgeschichte aufmerksam gemacht, bis hin zu den Diskussionen der deutschen Wirtschaft über ihre Zahlungen in den Fonds.

Der Anlaß für die Herrschenden der BRD aktiv zu werden kam aber auch aus dem eigenen Land.

Brennende Synagogen waren der letzte Auslöser, der nun endlich auch im politisch herrschenden Lager dazu führte, sich an die Spitze der Bewegung gegen Rechtsextremismus stellen zu wollen. Wir denken an die Vorbereitung und Durchführung des „Aufstands der Anständigen" am 9. November 2000 in Berlin. Dies gab auch für viele Sozialdemokraten und Mitglieder anderer bürgerlicher Parteien den Anstoß sich offen gegen die rechte Gewalt zu äußern.



Pseudoantikapitalistische Propaganda der NPD: die Reichen werden reicher

Überall gab und gibt es seitdem Aktionen, Demonstrationen, Runde Tische die Veranstaltungen organisieren Eines eint die Menschen in diesen Initiativen: der Wille sich gegen ein weiteres ausbreiten rechter Politik, rechter faschistischer Aktionen, rechter Meinungsmache zur Wehr zu setzen.

Aber: es sind Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Erfahrungen, Forderungen und auch Beweggründen.

Da gibt es die „alten" antifaschistischen WiderstandskämpferInnen, die Kameradinnen und Kameraden der VVN - Bund der Antifaschisten, die sich immer und überall schon gegen Rechte eingesetzt haben, die aus ihrer persönlichen Erfahrung und ihrem Leid immer wieder die Kraft zum weiteren Kampf ziehen. Und aus ihrer Erkenntnis um die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Dann sind da die „alten Antischi-stInnen der neuen Zeit", Menschen organisiert oder nicht organisiert, die sich auch in den Jahren zuvor immer gegen die Nazis und deren Akteure gestellt haben, die sich nicht gescheut haben für ihren antifaschistischen Kampf auch persönliche Verluste, staatliche Verfolgung und Repression auf sich genommen haben.

Neuerdings gibt es immer mehr Gewerkschaften und Gewerkschafter, die unter dem besonderen Eindruck der Bedrohung von aktiven KollegInnen wie dem IGM-Sekretär Uwe Zabel aus Elmshorn, die Notwendigkeit eines stärkeren persönlichen Engagements gegen Rechts einsehen und sich aktiv an den Bündnissen beteiligen.

Oft sind die Gewerkschaften die Initiatoren von größeren Bündniszusammenhängen.

Außerdem machen die Kirchen nicht nur in ihren Gemeinden, sondern ebenfalls in der Bündnisarbeit eine Arbeit für das Leben der Völker miteinander, wenden sich z.B. mit Kirchenasyl beispielhaft gegen die Asyl- und Abschiebepolitik des Staates.

Mitglieder und Vertreter verschiedenster Parteien, von SPD. Grünen über die FDP bis zur CDU fühlen sich alle berufen ihre Wahrheit gegen den Rechtsextremismus zu verkünden.

Außerdem nehmen Sportvereine, viel zu wenig ausländische Kolleginnen und Kollegen, Geschäftsleute größerer oder kleinerer Betriebe vor allen Dingen dann teil, wenn die Bedrohung durch rechte Gewalttäter sie direkt berührt oder berühren könnte.

Und auch die KommunistInnen sind aktive Mitstreiter in den Bündnissen.

Die Zusammensetzung der be-



Repressalien gegenüber der Antifa sind keine Seltenheit: Festnahme eines Antifaschisten am 14.3.1998 in Lübeck; insgesamt wurden mehrere hundert AntifaschistInnen festgenommen

sonders in dem letzten Jahr entstandenen Initiativen und Bündnisse ist in den wesentlichen Zügen überall ähnlich. Sicher gibt es örtliche Unterschiede, die sich durch die Bedingungen vor Ort entwickeln: in Neumünster, wo es den Club 88 gibt, die Faschisten sich ständig hier treffen und einen Dreh- und Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten haben, haben sich u.a. durch die direkte Nachbarschaft zur Schule, die Aktionen in den letzten Monaten gegen den Club 88 in der Stadt andere Schwerpunkte zur Antifaarbeit entwickelt, als z.B. in Elmshorn, wo der Gewerkschaftssekretär und die Bürgermeisterin der Stadt persönlich von Faschisten bedroht worden sind.

Doch auch in Kiel, in Flensburg und Lübeck, sowie in allen anderen Orten gibt es die Notwendigkeit sich den Faschisten in den Weg zu stellen.

Es gibt so gut wie keine Stadt unseres Landes mehr, in denen nicht in irgendeiner Form nazistische Aktionen stattfinden, in denen nicht Ausländer in unterschiedlichsten Formen diskriminiert oder beschimpft oder verfolgt werden. Und mit unserem Land meine ich Schleswig-Holstein.

Fast überall - mehr oder weniger offen - treffen sich die Nazis, sammeln sich um loszuziehen und ihre braune Propaganda herauszubrüllen, sich selber gegenseitig anzuheizen, oder mit Flugblättern und Zeitungen an die Menschen heranzutragen.

Oft werden wir viel zu spät darauf aufmerksam und setzen uns selbst dann nicht konsequent genug für ein gemeinsames Auftreten der Initiativen gegen Rechts ein.

Auch wir nehmen anscheinend den alltäglichen Rassismus, die alltägliche rechte Anmache, aber auch die kleinen Treffen von Nazis oft kaum wahr. Auch wir werden oft erst aktiv, wenn es darum geht Naziaufmärsche zu verhindern und große Demonstrationen mit möglichst vielen Menschen zu organisieren.

Stimmt nicht, werden jetzt einige entgegenhalten

Stimmt doch! sage ich: wie anders kann es sein, das in Kiel fast wöchentlich seit einiger Zeit Flugblätter von den Faschisten in der Innenstadt verteilt werden und die Genossinnen und Genossen der Partei hier bisher erst einmal organisiert mit anderen parallel dazu an einer Antifa-Verteilung teilnahmen? Oder das in der Nähe von Preetz eine Versammlung der NPD stattfindet und die Mitglieder der DKP



Vielfältige Aktionsformen: Abriss eines Zaunes um einen Abschiebeknast in Dänemark durch AntifaschistInnen

dies nicht wissen, nicht wahrnehmen, oder das Hakenkreuzschmierereien an öffentlichen Gebäuden stattfinden, ohne das Genossen zu Pinsel und Farbe greifen und diese einfach übermalen, das sich Nazis in Pinneberg treffen, ohne daß wir mit anderen dagegen vorgehen - euch fallen bestimmt selber noch Beispiele ein.

Doch ich will nicht verschweigen, das es auf der anderen Seite auch die Genossinnen und Genossen der DKP sind, die, wenn es denn Bündnisse am Ort gibt, mit zu den kontinuierlichen Kräften gehören, die regelmäßig und konstruktiv an den Sitzungen teilnehmen. Die aktionsorientiert nach vorne diskutieren.

Trotz allem stellt sich mittlerweile nicht nur manchmal der Frust, sondern auch viele Fragen ein.

Nun sind wir ein so großes Bündnis gegen Rechts und die Nazis sind aktiv wie eh und jeh. Sie lassen sich nicht durch die größten und machtvollsten Demonstrationen davon abhalten, es immer wieder an gleicher Stelle zu versuchen ihren Kampf um die Straße fortzuführen.



Blockade eines NPD-Busses: „Unterstützen wir alle Formen des Widerstandes!"

Ein Beispiel ist Elmshorn.

Hier gibt es eine Initiativenarbeit, die von ihrer Breite her vorbildlich ist. Die Bürgermeisterin persönlich nimmt an den Sitzungen des Bündnisses teil. Sie ruft auf zur Demonstration gegen die Nazikundgebung, sie begrüßt die tausende TeilnehmerInnen, die Demonstration ist von der Beteiligung, den Rednerinnen und Rednern her repräsentativ für die Bündnisbreite und doch: ein schales Gefühl bleibt.

Kann das alles gewesen sein?

Wann müssen wir hier wieder her und erneut versuchen den Faschos klar zu machen: sie sind unerwünscht! Nicht nur in Elmshorn, sondern überall.

Was ist dran an den Aussagen, besonders auch aus autonomen Kreisen, daß es nicht genügt, sich mit Massen auf der Straße zu zeigen und den Willen der Bürger gegen Rechts zu demonstrieren?

Auch in unserer Partei gibt es mittlerweile die Diskussion um die Frage der Aktionstätigkeit gegen die Nazis. Was ist zweckmäßig? Wie gehen wir vor? Wie erreichen wir die Menschen und holen sie im Kampf gegen Rechts ab wo sie stehen und entscheiden uns dann für eine evtl. halbherzige Aktion - eine Gegendemonstration, eine große Kundgebung gegen Rechts. Und was machen in der Zwischenzeit die Nazis? Sie demonstrieren oft nur einige hundert Meter entfernt, unter Polizeischutz, wer sich näher als die Polizei erlaubt an sie rantraut wird nicht etwa belobigt, sondern wird mit staatlichen Mitteln oft unter Anwendung von Gewalt davon abgehalten.

Repressalien gegenüber Antifaschisten sind keine Seltenheit.

Die Teilnahme einiger GenossInnen an solchen Aktionen hat zur Diskussion über diese Frage in der Partei geführt. Ich erinnere an die Auswertung und die Darstellung unterschiedlicher Standpunkte hierzu in der UZ, ausgehend von der Demonstration in Dortmund im Oktober 2000.

Es geht um die Frage der Aktionsformen gegen Rechts.

Nehmen wir KommunistInnen u.U. aus Rücksicht auf die mobilisierten Massen nicht an weitergehenden Aktionen teil.

Oder sehen wir eine Einheit zwischen der Möglichkeit mit den Bündnisaktivitäten viele Menschen zu erreichen und auf die Straße zur Demonstration zu bringen und selber die uns notwendig erscheinenden Mittel und Aktionen durchzuführen, bzw. dazu beizutragen das diese durchgeführt werden können?

Stellt sich hier nicht letzten Endes die Frage nach dem Sinn und der weiteren Fortführung eines antifaschistischen Kampfes?

Wenn wir immer häufiger feststellen, daß nicht nur von militanten antifaschistischen Kräften, sondern sehr wohl auch von Menschen aus dem bürgerlichen und kirchlichen Spektrum die Frage nach dem Erfolg unserer Aktionen gestellt werden, wenn wir selber schon darüber nachgrübeln, wie wir es denn diesmal anstellen sollen, um die Menschen zur Demonstration zu bewegen, obwohl sie beim letzten Mal auch dabei waren, dann müssen wir diese Fragen auch zu Ende denken. Und auch ruhig laut sagen.

- Wollen wir faschistisches Treiben beenden? Ja!
- Wollen wir die Naziaufmärsche verhindern? Ja!

- Wollen wir die faschistischen Gewalttaten beenden? Ja!
- Wollen wir nicht mehr länger zusehen, wie ausländischen Kolleginnen und Kollegen bedroht und verleumdet werden? Ja!

Dann müssen wir so langsam anfangen aus der Defensive unseres antifaschistischen Kampfes herauszukommen!

Gehen wir endlich in die Offensive, überlassen wir es nicht mehr den Nazis, auf sich aufmerksam zu machen, sondern bedrängen wir die Faschisten, machen wir auf sie aufmerksam.

Und tun wir dabei das, was wir bewiesen haben zu können: nehmen wir die bereits aktiven Menschen mit in den offensiven antifaschistischen Kampf.

Denn es geht uns nicht darum, die Bündnisse, in denen wir mitarbeiten, zu spalten oder gar zu verlassen. Uns kann und muß es darum gehen, neue Kräfte hinzuzugewinnen und die bereits vorhandenen mit Aktionsformen zu überzeugen, die hoffentlich deutlicher als bisher unsere Entschlossenheit zeigen bei der Durchsetzung der Losung: Keinen Fußbreit den Nazis!

Wir müssen uns selber und auch anderen klar machen, daß es einen Übergang geben muß von der auch staatlicherseits geforderten Zivilcourage zum zivilen Ungehorsam.

Und diesen zivilen Ungehorsam wird jeder Gewerkschafter, der sich schon einmal im Streik befand, bereits erprobt haben, oder die Christen, die Asylbewerber im Kirchenasyl verpflegt und betreut haben. Und mit diesem zivilen Ungehorsam, z.B. durch die Blockade einer Straße, durch die die Nazis marschieren wollen, kann ein Meilenstein für weitere Aktionen gemeinsam mit anderen gelegt werden.

Lassen wir es zu, unterstützen wir diese Formen des Widerstands gegen die Faschisten - und sei es zunächst nur indem wir uns solidarisieren, wenn AntifaschistInnen aufgrund ihrer Aktionen verhaftet und verfolgt werden.

Bleiben wir aber dabei nicht stehen. Nehmen wir den Leitartikel der U Z vom 16. Februar diesen Jahres „Mit rein in die Kessel!" als Beispiel – es wird über eine Bochumer Initiative von Einzelgewerkschaften, Friedensgruppen und VVN-BdA berichtet, die ältere BürgerInnen auffordert bei Aufmärschen und Aktionen der Neonazis präsent zu sein. Sollte die Polizei nicht davon ablassen, weiterhin antifaschistische Demonstranten einzukesseln, ruft die Initiative vor allem politisch, gewerkschaftlich und kirchlich Organisierte dazu auf, sich bewusst in diese Kessel zu begeben. Die Polizei soll so gezwungen werden auch Erwachsene und Funktionsträger von politischen und gesellschaftlichen Organisationen in die polizeilichen Maßnahmen einzubeziehen.



Naziparolen: ein zentraler Punkt ist die physische Vernichtung der aktiven AntifaschistInnen

Dies ist eine Möglichkeit des Widerstands, denken wir mit anderen über weitergehende Forderungen und Aktionen nach. Setzen wir diese dann gemeinsam in die Tat um.

Wenn wir von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis als wichtigste Antwort auf Neofaschismus heute sprechen, bezieht dies alle Kräfte ein, die aktiv gegen Nazis sind.

Wir bekräftigen: Wir lassen uns in dieser Frage nicht auseinanderdividieren.

Das haben wir früher nicht getan und werden es erst recht nicht unter dem Eindruck der heute bestehenden breiten Antifaschistischen Initiativen tun.

Dabei ist uns klar, daß nicht jede Aktion von jedem/jeder in diesen Bündnissen mitgetragen wird. Doch genau dies macht evtl. auch die Stärke eines Bündnisses aus: bestimmte Wege gemeinsam zu gehen, sich bei anderen kurzfristig zu trennen, ohne sich dabei aus den Augen zu verlieren, und evtl. sogar Verständnis für eine Aktion zu erhalten, weil der Bündnispartner die Triebfeder für unser Tun kennt.

Dann kann man auch wieder den weiteren Weg gemeinsam gehen. Legen wir die Scheu ab, dadurch evtl. Bündnispartner zu verlieren. Wer mit uns ein Stück gemeinsam geht, ist oft toleranter als wir es vermuten.

Genossinnen und Genossen,

Max Reimann hat bei der Verabschiedung des Grundgesetzes seinerzeit - sinngemäß - gesagt: „Die Kommunisten werden dieses Grundgesetz eines Tages gegen die verteidigen, die es heute beschließen." Gerade am Beispiel des Paragraphen 139 der ein Ver-

bot aller Nachfolgeorganisationen der NSDAP bestimmt, bewahrheitet sich dieser Satz unseres Genossen Reimann.

Es werden neue Gesetze zum Demokratieabbau erlassen, Geheimdienste, Polizei, Schnellgerichte, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, des Demonstrationsrechts, verschärfte Videoüberwachung öffentlicher Plätze - alles soll angeblich zur Einschränkung rechter Gewalt dienen.

Auch wenn wir feststellen, das die Gesetze - wie auch offen benannt - nicht nur gegen Faschisten angewandt, verändert werden, begrüßen wir das nun endlich ein Verbot der NPD geprüft wird. Das ist längst überfällig und nicht zuletzt auch ein Erfolg eines jahrzehntelangen Kampfes, vor allem auch der VVN-BdA . Ob das Verbot wirklich ausgesprochen wird, ist die eine offene Frage.

Wichtig aber ist die Erkenntnis: Nur ein Verbot allein bewirkt noch nichts. Die faschistischen Organisationen müssen auch aufgelöst werden!

Es muß der Boden entzogen werden für faschistische Propaganda. Daß dies in einer kapitalistischen Gesellschaft letzten Endes nicht durchzusetzen sein wird ist deutlich, doch es geht darum geeignete Schritte zu finden, den Weg in die Richtung für eine Gesellschaft ohne Nazis, ohne Faschismus zu ebnen.

Genossinnen und Genossen,

laßt uns heute darüber beraten, wie unsere Mitarbeit in den Antifabündnissen sich entwickelt. Welche Probleme es für uns dort gibt, wie wir gemeinsam Lösungen finden können.

Laßt uns über neue und andere Aktionsformen diskutieren, über die Möglichkeit mehr Menschen noch konkreter in Aktionen einzubeziehen, unseren eigenen Standpunkt erarbeiten, wie wir die Bedingungen dieser Arbeit verbessern können.

Laßt uns eine Stellung erarbeiten zu der Frage der Vereinsbildung aus antifaschistischen Bündnissen heraus. Dies wird zunehmend eine Rolle bei bürgerlichen Politikern spielen, geht es doch in der Tat um viel Geld. Wenn die antifaschistischen Organisationen seit jahrzehnten die Arbeit selbst organisiert und finanziert haben, gibt es mittlerweile staatliche Förderung für diese Art der politischen Betätigung. Die Landesregierung stellt sage und schreibe 400.000.- DM zur Förderung einer antifaschistischen, antirassistischen Arbeit zur Verfügung. Die Bedingungen, solche „Projektmittel" zu erhalten, sind allerdings für Initiativen im Grunde nicht zu erfüllen, da damit die eigentliche basisdemokratische Ebene verlassen werden muß. So wird eine bewußte Spaltung in die Bewegung getrieben in staatlich geförderte und somit akzeptierte Initiativen und den Bündnissen, die sich nicht parteipolitisch instrumentalisieren lassen.

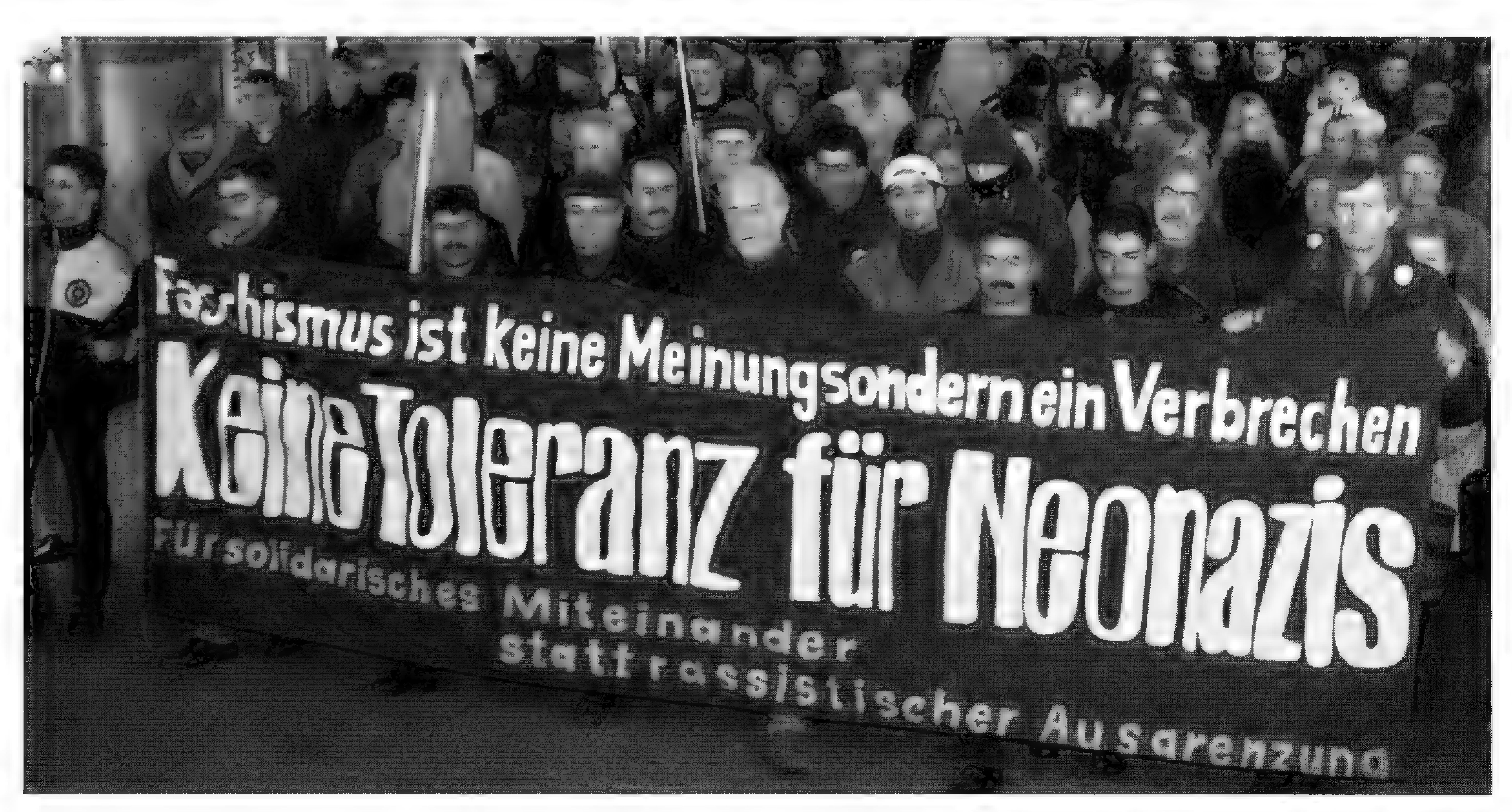
Wir freuen uns über die Teilnahme von Gästen an unserer Diskussion, Menschen aus anderen Organisationen, Mitstreiter in Initiativen, mit denen wir in vielen Fragen übereinstimmen, die dennoch oft einen anderen Blick haben, der uns in unserer Diskussion hilfreich sein kann.

Wir möchten unseren Standpunkt der DKP erarbeiten, aber auch gemeinsame Ansätze zur weiteren Entwicklung der antifaschistischen Arbeit in Schleswig-Holstein weiterentwickeln.

Wir hoffen so gestärkt aus unserer heutigen Beratung zu gehen, mit dem gemeinsamen Willen sich den Faschisten in den Weg zu stellen und ihnen im Kampf um die Straße Stück für Stück immer neue Niederlagen zu bereiten.

Ich zitiere zum Schluß den Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"



Innenbehörde kapituliert, Worch marschiert

Am 17. Februar marschierten erneut Nazis in Hamburg auf. Aufhänger für ihre Demonstration war das polizeiliche Vorgehen gegen ein Nazi-Konzert wenige Tage zuvor.

Die berechtigte Empörung von etwa 500 bis 800 Menschen endete an der weiträumigen Polizeiabsperrung. Die Wenigen, die sich noch vor zehn Uhr auf den Weg gemacht hatten, um vor den Absperrungen in Sicht- und Rufnähe zu den marschierenden Nazis zu gelangen, wurden von der Polizei nach den ersten Rufen in Sicherheitsverwahrung verfrachtet.

Die Nazis ihrerseits hatten ihren Aufmarsch unter das zynische Motto: „Für die Freiheit der Kunst" gestellt. Sie protestierten gegen die polizeiliche Auflösung eines „konspirativ" als „Geburtstagsfeier" deklarierten Konzertes mit 600 „geladenen Gästen" und Bands aus dem Umfeld des verbotenen Blood & Honour-Netzwerkes am ersten Februarwochenende in Hamburg-Wilhelmsburg.

Nach einer gemeinsamen Auftaktkundgebung und noch bevor die Nazis an jenem 17. Februar auf ihrem Sammelplatz Aufstellung beziehen konnten, war das Gros der Antifaschistinnen und Antifaschisten ohne „Anmeldung" aus der menschenleeren Bürogegend der genehmigten Protestkundgebung an eine der Absperrungen in der belebten Innenstadt gezogen. Nach Aussage eines Polizeisprechers waren die Beamten dort eingesetzt, um den samstäglichen Publikumsverkehr in der Mönckebergstraße - die „Schlossallee" in der Hamburger City - vor „möglichen Übergriffen" (sic!) der extremen Rechten schützten. Tatsächlich aber sicherte die martialisch anmutende Streitmacht lediglich den Naziaufzug gegen antifaschistische Proteste. Wieso die Innenbehörde nun ausgerechnet bei einem Naziaufmarsch inmitten der Hamburger City auf „räumliche Auflagen" verzichtet (verboten war lediglich das Tragen von Stiefeln, Bomberjacken, „militärischen Kopfbedeckungen" sowie der Einsatz von Trommeln, Reichskriegsflagge und, das ist neu: „die Wortfolge: Nationaler Widerstand") und einen solchen Aufzug gegen Proteste sogar mit Gewalt durchzusetzen sucht, ist für mich unbegreiflich.

Die reichlich angerückte Polizei - das Lagezentrum sprach von 2100 eingesetzten Beamten - reagierte mit gezielten Festnahmen von „organisierenden" und „organisierten" Antifaschisten.

„Dort, wo du stehst, kann kein Nazi stehen" lautete die eingängige Handlungsanweisung, welche die Initiative „Weg mit der NPD" zur Nachahmung vorschlug. Das war den befehlsmächtigen Beamten offensichtlich schon zu viel der Widerständigkeit: Ein Demonstrant, der entsprechende Handzettel und Megafonansagen an Passanten wie Demonstranten verbreitete und dazu aufrief, „stehenzubleiben und lautstark vor Ort gegen den Aufmarsch der Nazis zu protestieren", wanderte unter dem Vorwurf des Landesfriedensbruches sowie des „Aufrufes zu einer verbotenen Versammlung" kurzerhand in Gewahrsam.

Dabei ist es gerade einmal zwei Wochen her, dass in Berlin Bundespräsident Thierse erzählte, er habe auf einer Gegendemo zu einem Naziaufmarsch die Zuhörer und Zuhörerrinnen aufgefordert, den öffentlichen Raum für sich zu beanspruchen. Die daraufhin veranstalteten Sitzblockaden führten zum Abbruch des Aufmarsches. In Hamburg wurden Protestierer „für weniger" festgesetzt. Nach eigenen Angaben setzte die Polizei vier Linke und zwei Nazis vorläufig fest.

Wie bei vergleichbaren Anlässen zuvor war auch diesmal eine Kundgebung von Mitgliedern der Bürgerschaftsgruppe Regenbogen angemeldet worden. Zusätzlich bemühten man sich dort, die Bürgerschaftsfraktionen sowie den DGB Hamburg zu einer „eigenen Initiative" zu bewegen. Und wie so oft, überlegten, berieten, verzögerten und verwarfen die Angesprochenen auch diesmal jegliche Eigeninitiative.

Abgesehen von dem auf fünfzehn Minuten befristeten und schon fast als missbräuchlich zu bezeichnenden Pressetermin der Grünen Bundestagsabgeordneten Angelika Beer am Rande der Kundgebung, entsprach das politische Spektrum der Teilnehmer in etwa dem der linken Organisationen, die im „Bündnis gegen Rassismus und Faschismus" zusammenarbeiten.

Eine kleine, aber ausdrückliche zu erwähnende Ausnahme stellte die Unterstützung der Kundgebung durch Kollegen und Kolleginnen durch drei Hamburger Einzelgewerkschaften: Astrid Mattis sprach für den Bezirksverein der IG Medien. Anna Ammon, Landesvorsitzende der Hamburger GEW, sowie Bernd Janßen, bevollmächtigter Leiter der IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg, hatten bereits im Vorfeld ihre Teilnahme erklärt und redeten auf der Kundgebung.

Anna Ammon sprach in ihrem Beitrag die „äußerst missverständliche und unglückliche Äußerung" des DGB-Kollegen Peter Deutschland vom Vortag an. Dieser hatte in einer Presseerklärung „Ausländern" abgeraten, sich während des Nazi-Aufmarsches in der



Innenstadt zu bewegen. Dabei ist ohne Zweifel festzuhalten, dass das überspannte Szenario zum Ziel hatte ,die Innenbehörde unter Druck zu setzen. Zugleich spricht das Horrorgemälde für ein die Selbsttätigkeit geringschätzendes, taktisches, ordnungspolitisch und staatsfixiertes Politikverständnis. Dazu kommt die fehlende Bereitschaft, selber zu handeln, weshalb auch der „Ausländer" nur als zufälliger Besucher, Passant und potentielles Opfer, nicht aber als aktiver, zu gewinnender und handelnder Mensch erscheint.

Schlimmer noch: Es nimmt den von den Nazis propagierten „Kampf um die Strafle" im Ergebnis voraus. Das Szenario wähnt, 2000 Polizisten seien nicht mehr Herr der Lage, um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einer ganzen Bevölkerungsgruppe zu garantieren. Nach Rostock-Lichtenhagen wissen wir, dass die Wiederholung solcher Pogrome nicht auszuschließen ist, nämlich dann, wenn die Polizei zum Komplizen der brandschatzenden Rassisten wird. Wenn dem so ist, ist mit solchen Szenarien nicht zu „spaßen", zumal die Nazis auf Bruchlinien und Gesten der Hilflosigkeit äuflerst aufmerksam reagieren. In ihrer Pressemitteilung schreiben sie: „Besonders tollpatschig reagierten die Genossen des DGB-Nord auf unsere Demonstration, die mit einem dreisprachigen Flugblatt ausländische Bürger dazu aufforderten, wegen der ,Nazidemo' die Innenstadt unbedingt zu meiden! Damit fordert der DGB faktisch dazu auf, die Hamburger Innenstadt am 17.2. zu einer ausländerfreien, also national befreiten Zone zu machen."

Bewertet man den Naziaufmarsch Nummer elf und zwölf (seit dem Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 10. Juli 1999), so geht die Genehmigungspraxis in eine Richtung, die einen um die nähere Zukunft bange werden lässt. Die Nazis haben erklärt, dass sie auf das Gesetz der Serie bauen. Der Ruf als „liberale", ja „linke" Hochburg, die unentschlossene und zögerliche Linie der Innenbehörde, die rot-grüne Landesregierung als Wunschgegner, Hamburg als Medienstadt sowie gefestigte Nazistrukturen veranlassen den NS-Kader Christian Worch dazu, die juristische und politische Auseinandersetzung um Verbote und Auflagen gegenüber faschistischen Aufzügen vor der eigenen Haustür zu suchen.

Zudem dreht die Hamburger Innenbehörde im Hamburger Vorwahlkampf nun völlig am Rad und setzt Teufel komm raus auf taktisch fragliche „Vereinbarungen" (z.B. über die Kleiderordnung) anstelle politisch klarer Signale. Den bisherigen Höhepunkt erreichte die Behörde am 14. Februar bei dem Aufmarsch Nummer elf: Knapp einhundert Worch-Anhänger liefen schwarz uniformiert, mit Fackeln und wehenden Fahnen vor den Kriegsklotz „gegen die Alliierten Kriegsververbrechen" auf. Besonders pikant: Behördlicherseits wurde die kurzfristig eingegangene Anmeldung abgenickt und nicht wie sonst üblich an die Presse weitergegeben. Die Nazis hielten sich an ihren Teil der Absprache und verzichteten auf eine Ankündigung der Kundgebung auf ihren Internetseiten und mobilisierten nur innerhalb ihrer aktiven Strukturen. Die „Kumpanei" erklärte man in der Innenbehörde anschlieflend damit, dass man „Proteste befürchtet" habe.

Messen wir die Hamburger Ereignisse beispielsweise an den 8000 Menschen, die in Hagen eine Woche zuvor gegen den Einfall von Worch und Konsorten auf der Straße waren, zeigt sich, in welche Richtung die Überlegungen entwickelt werden müssen. Möglicherweise lässt sich ja doch noch ein Kräfteverhältnis herstellen, in dem der DGB und der Runde Tisch aus dem vom Vorsitzenden verordneten Dornröschenschlaf herausgerissen werden kann. Notwendig ist das, denn bei dieser Frequenz faschistischer Provokationen und polizeilicher Großeinsätze geht der politischen Linken langsam, aber sicher der Atem aus. Und wenn eines Tages die Schlagzeile der Innenbehörde lautet: „Keine Proteste zu befürchten", wäre das schließlich für (fast) alle eine Katastrophe. **Kun**

(Lokalberichte Hamburg 4/2001)

Neonazi verurteilt

Das Amtsgericht Ludwigslust hat Mitte Januar den Neonazi Thomas Wulff (37) wegen Beleidigung eines Berliner Polizisten zu einer Geldstrafe von 1.600 Mark verurteilt. Wulff hatte im Oktober 1999 am Rande eines neonazistischen Aufmarsches in der mecklenburgischen Stadt den Polizisten als „politisch motivierten Spitzel" bezeichnet. Der Beamte zählt zur Berliner Spezialeinheit „Politisch Motivierte Straßengewalt (PMS)".

Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe in Höhe von 2.700 Mark gefordert. Ob Wulff nun eine sechsmonatige Haftstrafe antreten muß, bei der die Bewährung erst im Juli 2001 abläuft, bleibt abzuwarten. 1995 war Wulff wegen Volksverhetzung, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt worden.

Neonazis wegen Volksverhetzung verurteilt

Wegen gemeinsam begangener Volksverhetzung verurteilte am 11. Januar 2001 der Hamburger Amtsrichter Tempke die drei Neonazis Klaus Bärthel, Dirk Sukoll und Tobias Thiesen. Sie hätten das Titelblatt des Zentralorgan Nr. 8 vom November 1999 zu verantworten, bei dem das Neonazi-Blatt mit dem Spruch „Juden raus" getitelt hatte. Nachdem die Presse über dieses Titelblatt berichtet hatten, wurden erst im Januar 2000 die Ermittlungen aufgenommen.

Im Prozeß bestritten die Angeklagten, irgendetwas mit der Erstellung der Ausgabe zu tun zu haben. Zwar ist Bärthel Besitzer des Wolf-Verlages, über den das Zentralorgan bundesweit vertrieben wird, und Sukoll betätigt sich als Aboverwalter, aber wie „Nr. 8 zustanden gekommen ist", daran wollte sich niemand erinnern können. Die Angeklagten wiesen zudem darauf hin, dass der bekannte Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger dem Titelblatt eine Unbedenklichkeitserklärung ausgestellt hatte. Dies bestätigte er auch als Zeuge im Prozeß. Der Verteidiger der Zentralorgan-Macher, Hans-Jürgen Eisenecker (NPD), meinte



Thomas Wulff: Geldstrafe wegen Beleidigung

hierzu: „Herr Rieger ist ein Kenner und gehört zu den nationalen Kräften, denen mein Mandant vertrauen kann. Ein Muslim geht auch nicht zum katholischen Priester, um sich Rat zu holen. Und ein Jude geht nicht zum evangelischen Pastor."

Der Richter folgte inhaltlich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft, die mit dem Titel „wohlwollende Assoziationen zu der Verfolgung und Vernichtung der Juden" geweckt sah, und sprach Geldstrafen zwischen 4.500 und 8.800 Mark aus.

Blood and Honour-Konzert in Hamburg

Trotz des Verbotes von „Blood & Honour" setzen deren Aktivisten ihre Arbeit beinahe ungehindert fort.

Vor über einem halben Jahr verbot das Bundesinnenministerium das Neonazimusik-Netzwerk „Blood & Honour". Auf die Aktivisten von „Blood & Honour" machte dies hingegen wenig Eindruck, denn trotz des Verbotes konnte in den Folgemonaten eine Reihe von Konzerten, teilweise unbehelligt von der Polizei, durchgeführt werden. So zuletzt am 3.02.2001 in Hamburg Rothenburgsort, wo sich gegen 20 Uhr über 600 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer „privaten Geburtstagsfeier mit Live-Musik" versammelt hatten. Organisiert wurde die „Geburtstagsfeier" von Personen aus dem „Blood & Honour" Umfeld in Hamburg und Neumünster. Auf dem Programm stand „Nordmacht", eine der führenden „Blood & Honour" Bands, sowie Noie Werte" und „Deutsche Patrioten". Das Konzert fand pikanterweise in den Räumlichkeiten des alevitischen Kulturvereins statt. Kurz vor 23:00 Uhr, das Konzert war mittlerweile beendet, räumte die Polizei mit mehreren Hundertschaften den Veranstaltungsort. Die Skinheads griffen die Polizei mit Flaschen und Stühlen an, diese antworteten mit Schlagstöcken. Bei der Auseinandersetzung wurden zwei Polizisten und vier Skinheads verletzt, drei Konzertbesucher wurden wegen Verdacht auf Landfriedensbruch festgenommen. Es entstand ein Sachschaden von fast 35.000 Mark. Unverständlich ist, warum die Polizei erst das Ende des Konzertes abwartete, und den Saal nicht gleich nach ihrem Eintreffen abriegelte, als sich dort nur etwa 25 Neonazis aufhielten.

Dies wird wohl nicht das letzte Konzert gewesen sein, denn die Aktivitäten der „Blood & Honour" Aktivisten gehen ungehindert weiter. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn die Strukturen von „Blood & Honour" arbeiteten auch vor dem Verbot schon überwiegend im Bereich der Illegalität. Zwar ist die Anzahl der Konzerte ein wenig gesunken, finden sie jedoch statt, kommen immer noch mehrere hundert Besucher. Zur Tarnung wird mehr und mehr auf private Räume, ländliche Regionen und ins benachbarte Ausland ausgewichen. Auch das Vertriebssystem arbeitet ungestört weiter, so läuft, wie das „Antifaschistische Infoblatt" Ende des letzen Jahres berichtete, der Vertrieb des Blood & Honour Magazins uneingeschränkt weiter.

Meinungsfreiheit?

Seit Jahren steigt nun zunehmend die Präsenz deutscher Naziseiten im Internet und hat längst die braune Schallmauer der eintausendsten deutschen Nazi Webpage durchbrochen.

Die Strukturen des braunen Netzes!

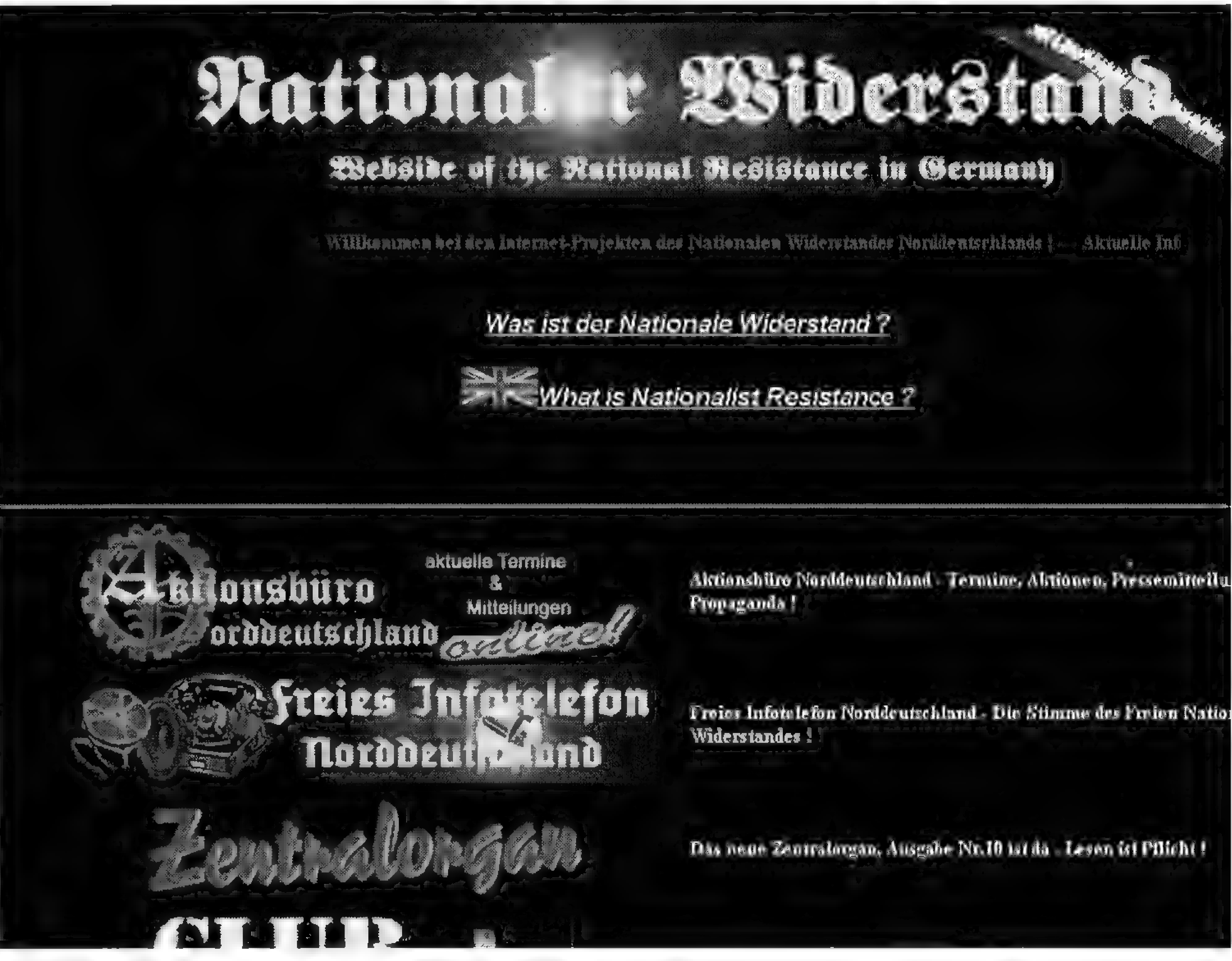
Das Internet wird seit 1993 verstärkt von unterschiedlichen Naziorganisationen zur Selbstdarstellung und Propaganda genutzt. Es sind sowohl faschistische Parteien, wie die NPD und ihre Jugendorganisation JN, die vom Bundes- bis zum Ortsverband vertreten sind, als auch Einzelpersonen oder Zusammenschlüsse von mehreren Personen mit faschistischer Gesinnung, die das Internet als Propagandaebene nutzen. Ein Beispiel von vielen ist die seit anfand November ins Netz gestellte Internetseite des NPD-Kreisverbandes Kiel, der mit Wochenendschulungen, Kontakttelefon und einem regelmäßigen Stammtisch versucht neue Mitglieder zu werben.

Seit drei Jahren zeigt es sich, daß die Naziszene das Internet nicht nur als reine Propagandaplattform nutzt, sondern vermehrt auch in ihre internen Informations- und Mobilisierungsstränge einbindet. Eine Schlüsselposition nehmen die Seiten der Freien Nationalisten (Freie Kameradschaften) ein. Wer direkt auf diese Seiten kommen möchte, muss schon etwas erfinderisch oder entsprechend Informiert sein.

Doch wer eine der Schlüsseladressen kennt, befindet sich schnell mittendrin, und wird feststellen das die Seiten untereinander optimal verlinkt sind, was den Verdacht auf ausgedehnte Netzwerke bestätigt. Als eine wichtige Schlüsseladresse fungiert zur Zeit eine Seite mit dem Namen „Nationaler Widerstand" im Netz. Auf dieser Seite steht im Artikel „Was ist der nationale Widerstand" unter anderen „Sie wundern sich vielleicht, wieso auf den Hauptseiten des Nationalen Widerstands selbst kaum Informationen zu finden sind, sondern die Informationen nur auf den untergeordneten Seiten wie Freies Infotelefon und Aktionsbüro Norddeutschland sehen? Die Internetseiten *www.widerstand.com* sind dafür da, allen Zeitschriften, Organisationen, Personen und Gruppierungen, die die oben genannten Grundsätze und Ziele ihr eigen nennen, eine Plattform zur Selbstdarstellung zu bieten." Und weiter heißt es: „Die hauptsächlichen Nutznießer dieser Internetseiten sind Projekte und Gruppierungen, die unabhängig in freien Strukturen arbeiten. Nationalistische Parteien haben selbst die Mittel ihre eigenen Internetseiten im Netz zu betreiben." Im abschließenden Text heißt es „Sozialistische Nationalisten standen schon immer neuen Techniken aufgeschlossen gegenüber. Unser Weg war es schon immer Erhaltenswertes aus der Vergangenheit mit Innovationen der Gegenwart für eine bessere Zukunft zu verbinden"

Den für die Naziszene mobilisierenden Teil dieses Netzwerkes der Freien Nationalisten übernimmt die Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland", das mit seinen Inhalten wie Termine und Aufrufe zu Nazidemonstrationen bis hin zur online-bestellbaren Propaganda alles bietet, was der braune Aktivist so braucht.

Als einer der Hauptverantwortlichen des Aktionsbüro Norddeutschland gilt der langjährige Nazikader und „Führer" der freien Kameradschaften Christian Worch aus Hamburg.



Zentrale Seite der „Freien Kameradschaften": „Die hauptsächlichen Nutznießer dieser Internetseiten sind Projekte und Gruppierungen, die unabhängig in freien Strukturen arbeiten. Nationalistische Parteien haben selbst die Mittel ihre eigenen Internetseiten im Netz zu betreiben."

Bedrohung aus dem Netz?

Auch Naziusern bietet das Internet den Schutz der Anonymität. Diesen unschätzbaren Vorteil hat die Nazi-Szene früh erkannt, und nutzt diesen Vorteil aus, um gegen politische GegnerInnen gezielt vorzugehen. In der letzten Zeit häufen sich die Pressemeldungen über sogenannte Anti-Antifa Seiten, in denen schwarze Listen mit



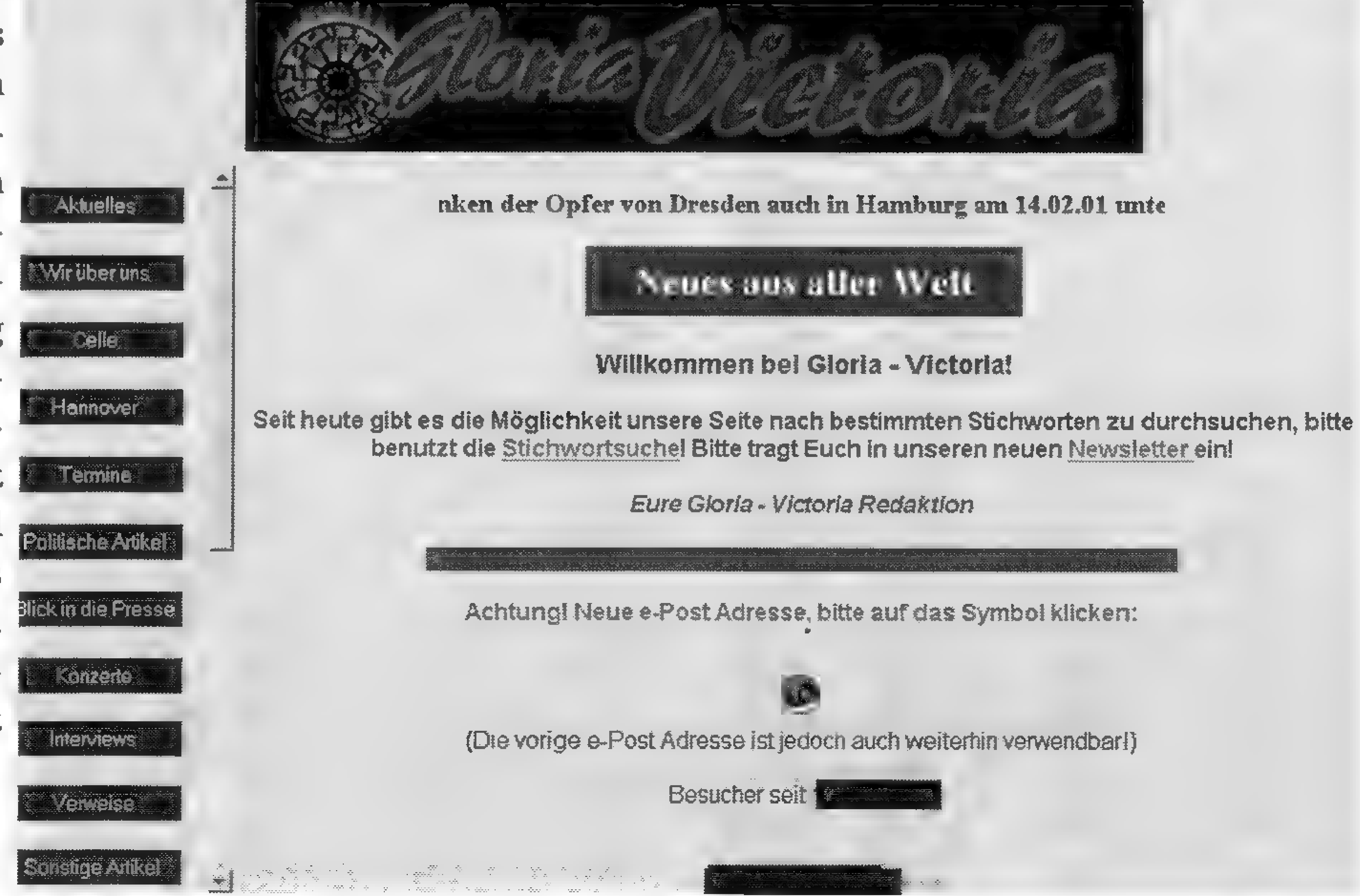
Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland" aus dem Umfeld von Christian Worch

Fotos und Daten von Menschen, die sich gegen Faschismus einsetzen, veröffentlicht werden. Diese Anti-Antifa Veröffentlichungen sollen in erster Linie den Zweck der Einschüchterung dienen. Aber es besteht auch die von den Nazis mit voller Absicht einkalkulierte Gefahr daß ihre „Kameraden" diese Informationen nutzen, um mit Gewalttaten gegen die in den Listen stehenden Personen vorzugehen. Erst kürzlich verbreitete die „Kameradschaft Gera" einen Steckbrief mit zahlreichen Fotos von einem DGB-Jugendbildungsreferenten, der sich gegen Rechtsradikalismus engagierte. Das Thüringer Oberlandesgericht hat in diesen Fall in einem späteren Verfahren entschieden, das die Daten von dem Gewerkschafter von der Webseite zu entfernen seien, da das „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht die Anprangerung eines politischen Gegners decke" und „die Veröffentlichung seiner Daten im Internet stigmatisiere den Betroffenen und gebe ihn der Verfolgung preis." Dieses Urteil zeigt, daß sich die Menschen, deren Namen und Fotos auf Anti-Antifa Seiten auftauchen, gezielt dagegen wehren können.

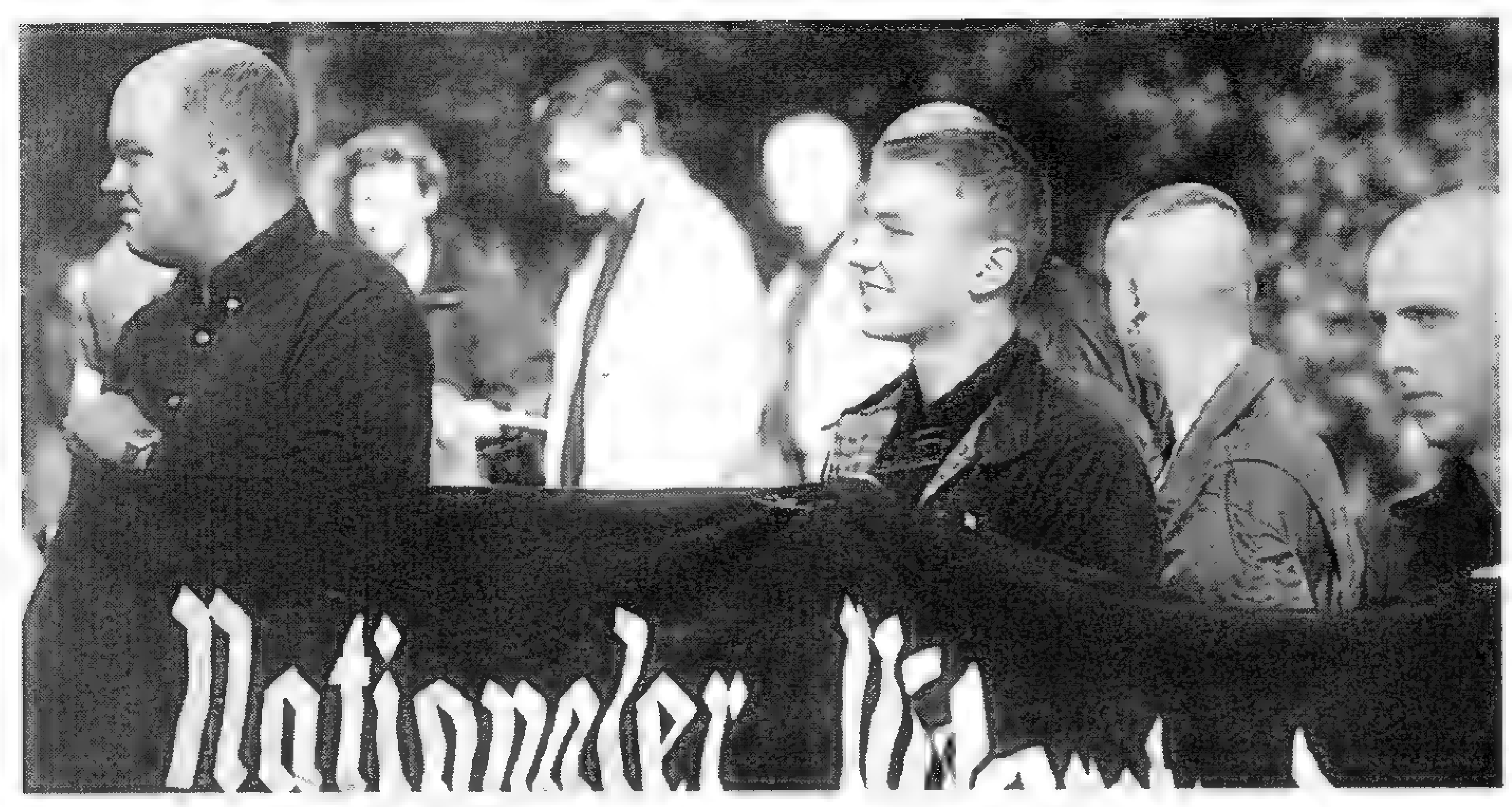
Das BKA, die Nazis, und Meinungsfreiheit in Amerika.

Die von deutschen Nazis über deutsche Provider ins Internet eingespeisten Inhalte werden in der Regel so formuliert, dass die extrem rechte Grundhaltung zwar klar erkennbar bleibt, jedoch möglichst keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung geboten wird.

Gegenwärtig verlagern deutsche Nazis ihre Internetseiten in die USA, um somit einen Zugriff durch deutsche Behörden zu verhindern. Da eine fast unbeschränkte Rede- und Meinungsfreiheit in den USA herrscht, gibt es so gut wie keine rechtliche Handhabe, wenn Nazis ihre strafbaren Inhalte über amerikanische Provider in das Internet stellen. Dieses musste auch im Oktober letzten Jahres das Bundeskriminalamt feststellen, als es vollmundig eine „verstärkte" Zusammenarbeit in der Bekämpfung von neonazistischer Propaganda mit dem amerikanischen FBI ankündigte. Denn Anfang diesen Jahres wurde den BKA`lern vom US-Justizministerium erklärt, daß aus Gründen der Meinungsfreiheit eine Zusammenarbeit beider Organisationen zu dieser Thematik abzulehnen sei. Anders dagegen sah es bei dem amerikanischen Provider <50megs > aus, der auf Druck seiner Werbekunden die Naziseiten der „Kameradschaft 73 Celle" aus seinem Angebot nahm. Für die Seiten der „Kameradschaft 73" ist der Nazi Kader Klaus Hellmund aus Celle verantwortlich. Leider ist die Naziseite unter dem Namen „Gloria Victoria" weiterhin unter einen anderen amerikanischen Provider aktiv. Mit Erfolg zeigte sich auch die Intervention der Betreiberinnen der schweizerischen Web- Site „Kinder des Holocaust" bei dem US – Provider Yahoo-Geocities, die eine sofortige Löschung von 144 Internetseiten mit nazistischen Inhalten erwirkt hatte. Auch eine Klage von französischen Menschenrechtlern gegen den Internetdienstleister Yahoo



Seite aus dem Umfeld der „Kameradschaft 73" Celle



Klaus Hellmundt aus Celle (links)

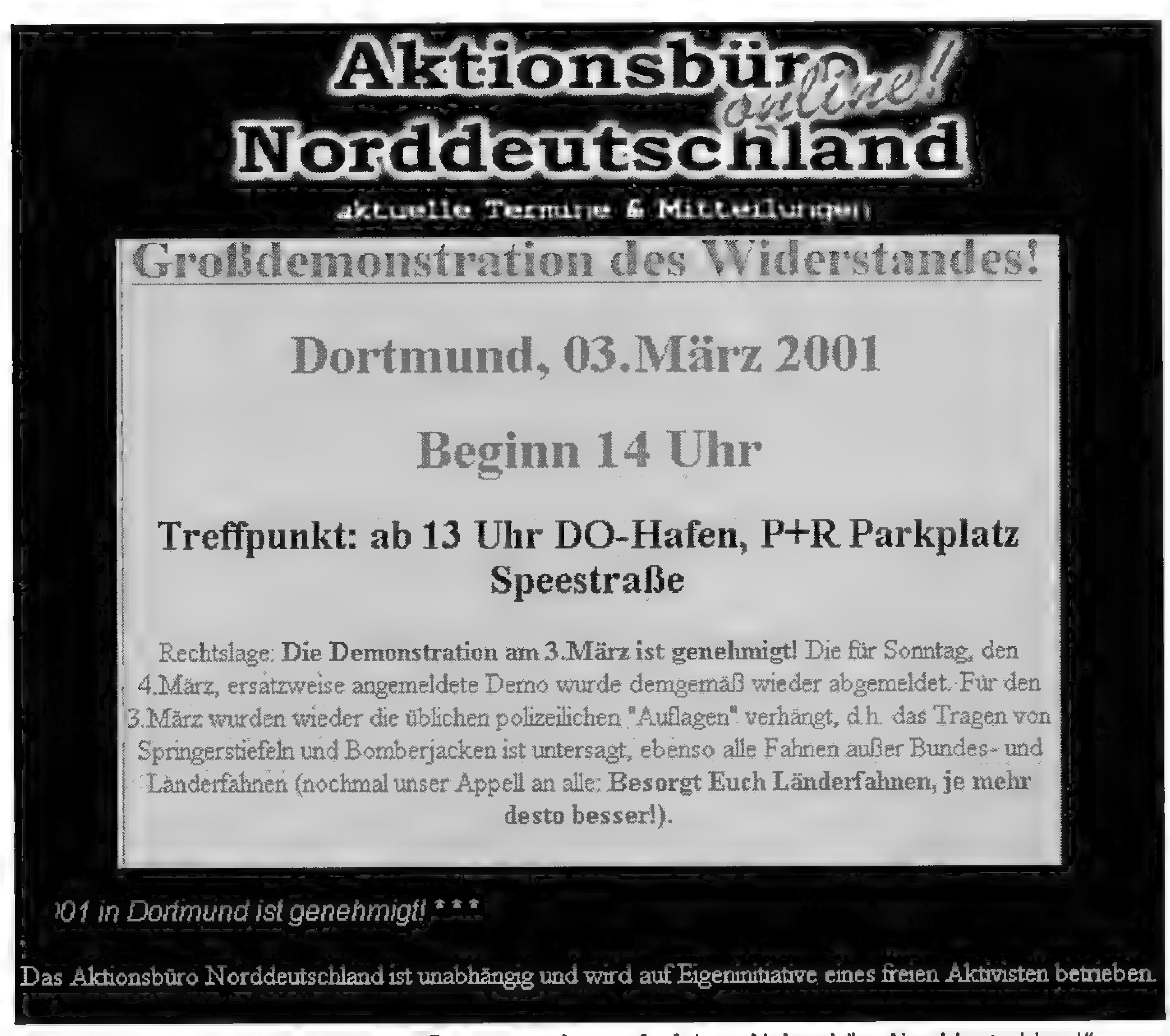
der auf Online war erfolgreich. Der Rechtsstreit endete mit der kompletten Einstellung der kritisierten Versteigerungen von Nazi-Devotionalien.

Aber was kann gegen Nazis im Netz getan werden?

Was auf vielen Demos der letzten Monate bundesweit auf Plakaten und Flugblättern zu lesen war „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen", gilt auch im Internet. Es sollte nicht nur versucht werden die Nazi – Propaganda im Internet zu beseitigen, sondern auch die sich aufbauenden Komunikations- und Mobilisierungsstrukturen der Nazis zu zerstören. Dieses soll auf keinen Fall heißen, das Problem der Naziaktivitäten ins digitale Netz zu verlagern, und die Aktivitäten der Nazis in der analogen Welt nicht ausreichend zu beachten.

Die antifaschistischen Aktivitäten zeigen sich jetzt schon mit zahlreichen und seit längeren bestehenden Projekten im Internet als erfolgreich, und müssen noch verstärkt unterstützt und ausgebaut werden. Es wäre für Gruppen und Einzelpersonen, die sich gegen Nazis im Internet wehren wollen, schon ein Anfang, sich an bestehenden Antifa Projekten im Netz zu beteiligen oder diese finanziell zu unterstützen. Zusätzlich ist es sehr wichtig die Netzanbieter davon zu unterrichten, das sie Faschisten ermöglichen, sich im Internet zu präsentieren, und ihnen klar zu machen dass eine eventuelle Boykott- Kampagne gegen ihren Dienst wirtschaftlich einen sehr großen Schaden verursachen könnte. Denn die meisten Online- Dienste haben Nutzungsbedingungen, die rassistische sowie strafbare Inhalte verbieten. Meistens werden dann die Internetseiten der Nazis gelöscht.

Ein in den Anfängen bestehendes Internetprojekt, das sich gegen Nazis im Netz richtet, und sehr auf Unterstützung angewiesen ist, hat den Namen Netz-Antifa und ist unter der Adresse *www.netz-antifa.com* zu erreichen. Als Abschluss dieses Artikels ist noch zu sagen, dass es darum geht die Nazis im Netz zu bekämpfen und nicht das Internet selbst.



Mobilisierungsmedium Internet: Demonstrationsaufruf des „Aktionsbüro Norddeutschland"

Der Staat und seine Anti-Nazi Bestrebungen im Internet!

Unter dem Deckmantel, gegen die Nazi-Seiten im Netz vorzugehen, versuchen bundesdeutsche Geheimdienste Gesetze für die Kontrolle per Filtersoftware innerhalb des deutschen Netzes durchzudrücken. Diese Filtersoftware kann den Inhalt von Datenübertragungen so filtern, dass der oder die BenutzerIn von Internetdiensten nur das zu sehen bekommt, was dem Staat auch genehm ist. Zur Zeit ergeben sich durch die Filtersysteme datenschutzrechtliche Probleme, da es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN- Vollversammlung vom 10.12.1948 so schön heißt: „Jedermann hat das Recht auf freie Meinung und freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben".

Für den Staat und seine Geheimdienstbüttel übersetzt : „Finger weg vom Internet"

Dirk Zorn

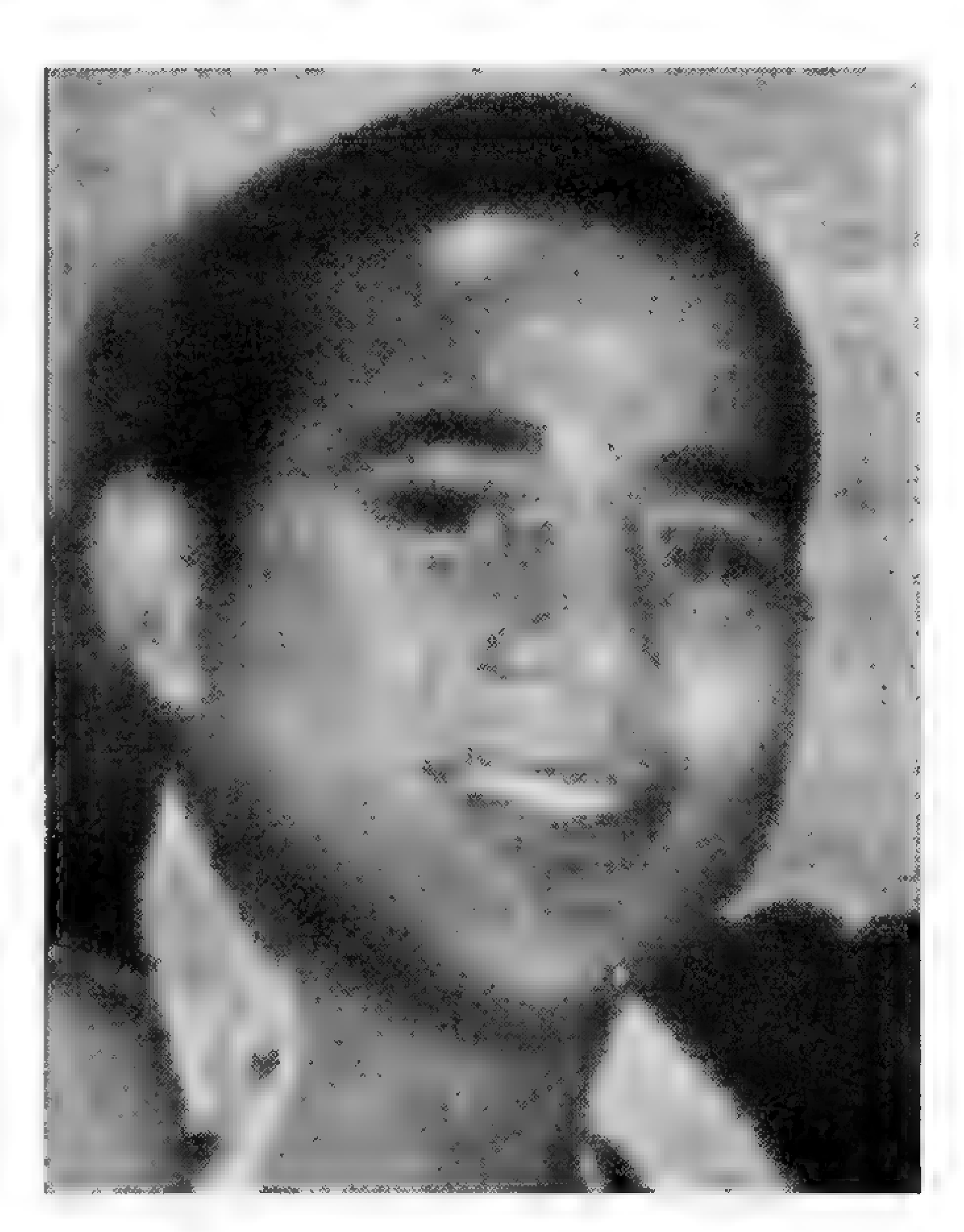
Rassistischer Mord in Norwegen Neonazistische "Boot Boys" als Beschuldigte in U-Haft

Freitagabend, den 26. Januar, im Osloer Stadtteil Holmlia: Der norwegisch-afrikanische Schüler Benjamin Hermansen (15) geht aus, um einen Freund zu treffen, der mit ihm Handy-Frontblenden austauschen möchte. Kurz nach 23.30 Uhr befinden sich die beiden Jungen auf dem Parkplatz eines Lebensmittel-Einkaufzentrums, als ein PKW mit drei Personen in ihrer Nähe anhält. Zwei Neonazis steigen aus dem Wagen und bedrohen die beiden Schüler, die daraufhin zu fliehen versuchen. Je ein Neonazi verfolgt einen der beiden Jungen. Während der Freund entkommen kann, wird Benjamin selbst gestellt. Er wird mit mehreren Stichen eines Küchenmessers in seinen Körper so schwer verletzt, dass er kurz darauf verstirbt. Gegen Mitternacht wird er offiziell für tot

Noch in derselben Nacht werden im Zusammenhang mit der Tat fünf AktivistInnen aus dem Umfeld der neonazistischen Gruppe "Boot Boys" von der Polizei in Untersuchungshaft genommen: Ole Nicolai Kvisler (21), Erik Lauritzen (20), Petter Gundersen (21), Veronica Andreassen (17) und ein weiteres 17-jähriges Mädchen. Alle fünf Beschuldigten bestreiten zunächst eine Beteiligung an der Tat.

Zwei Tage später, am Montag, den 29. Januar, kommt es jedoch in dem Fall zu einer Wende. Der oben erwähnte Beschuldigte Ole Nicolai Kvisler belastet aus der U-Haft heraus eine weitere Person aus dem Boot Boys-Milieu, den 19-jährigen Joe Erling Jahr. U.a. dieser Zeugenaussage zufolge sollen Kvisler, Jahr und Andreassen gemeinsam im fraglichen PKW umhergefahren sein, als sie die beiden dunkelhäutigen Jungen entdeckten. Kvisler soll den Wagen gestoppt und ihn zusammen mit Jahr verlassen haben. Jahr soll demnach derjenige gewesen sein, der mit einem Küchenmesser mehrmals auf das Opfer Benjamin Hermansen eingestochen hat.

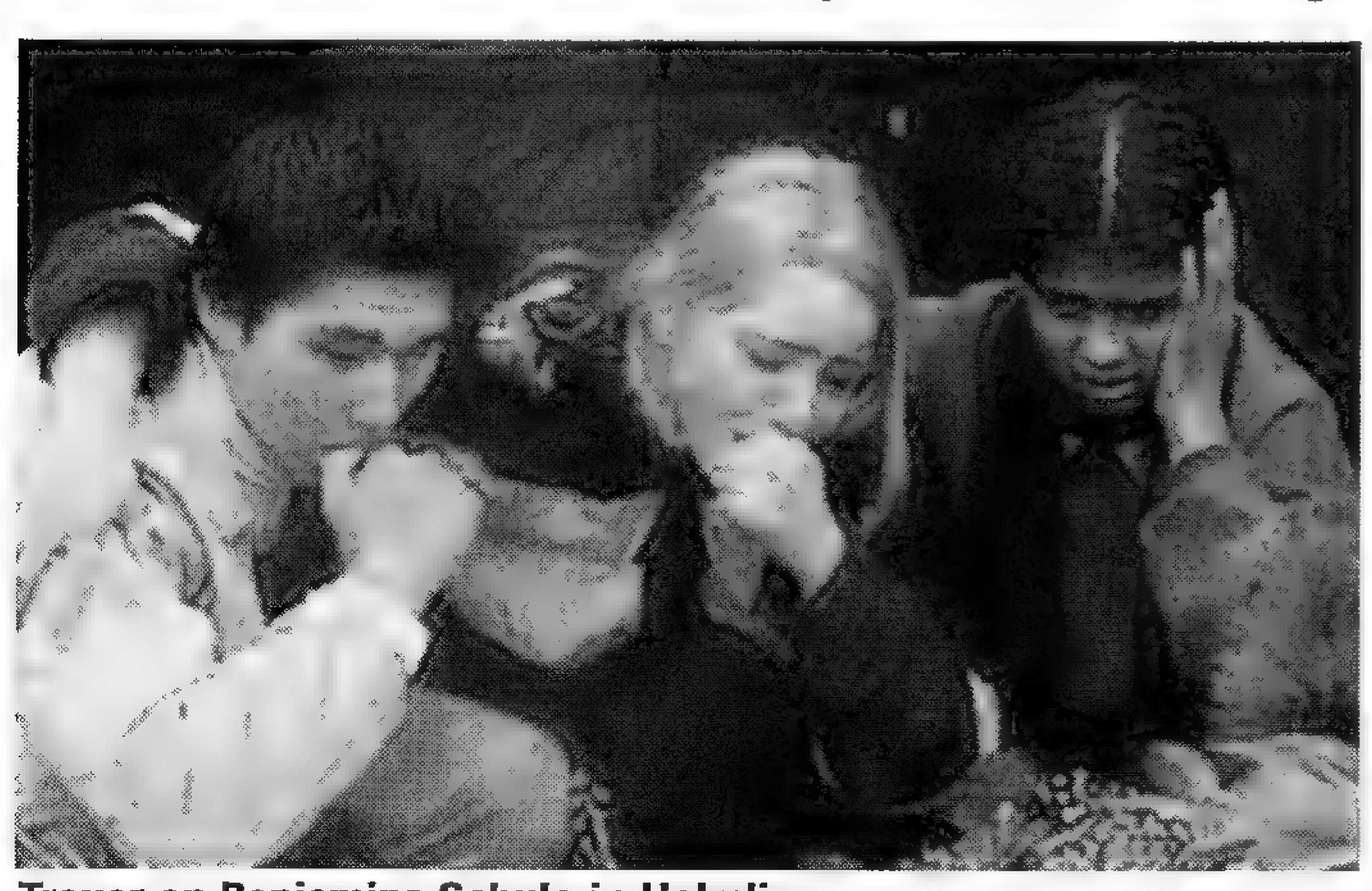
Diese Aussagen führten dazu, dass der polizeiliche Schuldvorwurf wegen Totschlag nunmehr auf Mord verschärft wurde. Joe Erling Jahr war allerdings bereits seit der Tatnacht verschwunden, und wurde nun ab diesem 29. Januar europaweit steckbrieflich gesucht. Am 1. Februar wurde er in Kopenhagen gefasst. Bei seiner Überführung in die U-Haft am darauffolgenden Tag bestritt er die Tat.



Benjamin Hermansen

Die Boot Boys und Vigrid

bilden zusammen das gewalttätigste Nazi-Milieu Norwegens. Die Hälfte der rund 30 Aktiven in der Organisation Boot Boys sind vorbestraft, sitzen in Haft oder sind wegen einer Reihe von Gewalttätigkeiten angeklagt. Die Organisation wurde früher von Ole Krogstad angeführt, der auch Listenführer der „Weißen Wahlallianz" für den Verwaltungsbezirk Buskerud gewesen ist. Die nach dem Mord an Benjamin Hermansen Beschuldigten gehören sowohl zu den Boot Boys als auch zu Vigrid. Zu den zentralen Personen bei den Boot Boys gehören Werner Holm, Terje Sjøle und die drei in U-Haft genommenen Petter Gundersen, Ole Nicolai Kvisler und Erik Lauritzen.



Trauer an Benjamins Schule in Holmlia

Die Organisation Vigrid wurde 1998 von Tore Tvedt (57) gegründet, und hat ihre Hauptbasis in Kristiansand, es gibt sie aber auch an anderen Orten. Sie wird als norwegische Version der amerikanischen National Alliance angesehen. Mehrere ihrer Mitglieder sind gleichzeitig bei den Boot Boys organisiert. Kim Hugo Hansen und Mikkel Vetvik, zentrale Personen im Vigrid-Milieu in Kristiansand, sind Beispiele dafür. Beide sind wegen schwerer Messerstecherei-Delikte angeklagt. Die beiden 17-jährigen

Mädchen, die im Zusammenhang mit dem Mord an Benjamin Hermansen beschuldigt werden, gehören ebenfalls zum Kristiansander Vigrid-Milieu.

Die Boot Boys haben seit längerem einen engen Kontakt mit gleichnamigen Neonazis in Kopenhagen unterhalten, wo ja auch Erling Jahr gefasst wurde. Beide Gruppen haben auch Mitglieder innerhalb der nationalen Abteilungen der berüchtigten Organisation Blood & Honour (B&H). Man könnte fast sagen, dass die dänischen und die norwegischen Neonazis die letzten Jahre über als Fußvolk für



Tatverdächtiger Joe Erling Jahr: bei Neonaztis in Dänemark festgenommen

B&H unter Führung des Norwegers Erik Blücher fungiert haben. 1999 erhielt die dänische Sektion von B&H ein eigenes Haus in der Kommune Langeland auf Fünen. Die "Festung Langeland" wurde schnell ein Treffpunkt, an dem skandinavische, deutsche und englische Neonazis Aktionen planten und Konzerte abhielten. Blücher und der jüngst verstorbene Marcel Schilf haben die letzten Jahre über B&H von Schweden aus kontrolliert, mit nationalen Abteilungen in Dänemark, Norwegen und Finnland.

Reaktionen auf den Mord von Holmlia

Norwegen hat am 26. Januar seinen ersten rassistisch motivierten Mord seit dem Ende des zweiten Weltkrieges erlebt. Obgleich viele ahnten oder wussten, dass so etwas nicht nur in Deutschland oder im Nachbarland Schweden passieren kann, war dies doch ein Einschnitt, der zu vielfältigen Diskussionen und unzähligen Aktionen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung führte. Die Holmlia-Schule, die Benjamin besucht hatte, und die von SchülerInnen 32 verschiedener Nationalitäten besucht wird, war ab Samstag für drei Tage für viele trauernde und diskutierende SchülerInnen, die nach Antworten suchten, zum offenen Treffpunkt geworden. Am Sonntag nach dem Mord versammelten sich in Holmlia kurzfristig 500 AnwohnerInnen sowie Repräsentanten antifaschistischer Organisationen um ihre Abscheu gegenüber dem Nazismus zu bekunden. Am Donnerstag dann gab es einen großen Fackelzug in Oslo mit 40.000 TeilnehmerInnen, eine der größten Demonstrationen, die Oslo je erlebt hat. Wenig später ein Soli-Konzert mit 3400 BesucherInnen, eine Unterschriftensammlung im Internet mit weit über 70.000 Unterzeichnenden usw. Zusammenfassend läßt sich sagen, dass dieser Mord viele Menschen wachgerüttelt hat, und dass nicht nur die Neonazis, sondern auch die im norwegischen Parlament vertretene rechtspopulistische "Fortschrittspartei" unter Druck geraten sind.

Erstellt nach Angaben von: KLASSEKAMPEN, Tageszeitung - Norwegen, ANTIRASSISTISCHES ZENTRUM Oslo - Norwegen, MONITOR, Antifaschistische Zeitschrift - Norwegen, Antifaschistischer Nachrichtenbrief DEMOS - Dänemark

Kommentar

Es scheint, als würde der Stein, den die norwegischen Neonazis erhoben haben, ihnen nun auf die eigenen Füsse fallen. Es ist im Moment schwer vorstellbar, dass der Mord von Holmlia der Auftakt zu einem Alltag schwerer rassistischer Übergriffe inklusive Mord sein könnte, wie wir dies aus Deutschland gewohnt sind oder auch aus Schweden kennen. Dazu besitzt Norwegen - zumindest im Vergleich zu Deutschland - eine zu demokratische und antifaschistische Tradition. Allerdings sollten die grenzübergreifenden Kontakte der Neonazis untereinander, die auch den Bereich militärischer Schulung beinhalten, nicht unterschätzt werden. Die Ausnutzung der Möglichkeit des leichteren Zugangs zu Waffen in den skandinavischen Ländern könnte auf der Basis des bei uns vorhandenen großen Gewaltpotentials der Neonazi-Szene und vor dem Hintergrund der rechtlichen Ungleichbehandlung von hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass eine gefährliche Verbindung eingehen. Besonders an diesem Punkt wird deutlich, wie wichtig die politische Isolation, die Unterbindung der Nachwuchsrekrutierung und ein couragierter Widerstand gegenüber den öffentlichen Auftritten der hiesigen rechten Szene und ihren Versuchen grenzüberschreitender Vernetzung ist. **pf**



Antirassistische Demonstration in Oslo

Ein „Märtyrer des weißen Krieges"



Marcel Schilf: Initiator von NS88 und Blood and Honour Scandinavia, hier: Hessmarsch 1996 Roskilde

Marcel Schilf, Schlüsselfigur in der internationalen Blood-&-Honour-Szene und Kontaktmann auch der Berliner Neonazis, ist an einer Lungenkrankheit gestorben. Die Szene feiert ihn dennoch als Märtyrer, als Opfer des Krieges.

Die internationale Neonaziszene feiert einen neuen Märtyrer. Zwar starb der 29-jährige Marcel Schilf an den Folgen einer angeborenen Lungenkrankheit in einem dänischen Krankenhausbett. Doch auf den neonazistischen Webseiten wird der langjährige Neonazikader trotzdem in szenetypischem Hang zur Mythenbildung als „weißer Held" und „Opfer des Krieges" bezeichnet.

Nachrufe für Neonazis sind in der tat eher unüblich. Angesichts von Schilfs Stellung im internationalen Geflecht von rechtsextremer Musik und Terror, seiner Mittelsrolle zwischen der deutschen, Berliner und internationalen Neonaziszene, ist ein kurzer Rückblick auf die „Karriere" des gebürtigen Deutschen, der in Brandenburg an der Havel aufwuchs und 1980 mit seiner Mutter nach Dänemark emigrierte, indes durchaus interessant.

Wie Schilf in Kontakt mit der rechtsextremen Szene in Dänemark kam, ist unbekannt. Aktenkundig ist hingegen, dass der eher schmächtige junge Mann bis zu seinem Tod - zuletzt gemeinsam mit dem norwegischen Neonazikader Erik Blücher - eines der bedeutendsten braunen Versandimperien für neonazistische Musik und Videos aufbaute; zunächst ab 1995 in Dänemark unter der eindeutigen Bezeichnung „NS88". Drei Jahre später entzog sich Schilf dem zunehmenden öffentlichen Druck dänischer AntifaschistInnen und Sicherheitsbehörden durch einen Umzug nach Schweden. NS88 wurde in „Blood & Honour Scandinavia" umbenannt - dessen Führung sich Schilf mit Erik Blücher teilte. Dahinter verbarg sich unter anderem eine nicht registrierte Produktionsfirma namens NS Records. Deren Versandkataloge versprechen das Härteste, was der White-Power-Markt zu bieten hat: „die musikalische Endlösung" für „Nigger" und „Judenschweine" sowie Videos der Reihe „Kriegsberichter" mit Hinrichtungen von Afroamerikanern und politischen Gegnern. Die meisten Produkte von NS Records sind in Deutschland indiziert: Trotzdem kommen nach Angaben schwedischer und deutscher Antifa-Zeitungen zwei Drittel der Kunden aus Deutschland. Sie erhalten die heiße Ware über ein anonymes Postfach im dänischen Hillerød oder durch Mittelsmänner.

Auch persönlich agierte Schilf immer wieder als Mittelsmann zwischen skandinavischen, britischen und deutschen Neonazis: Bei regelmäßigen Besuchen in Brandenburg nach 1990, wo sich schnell eine starke rechtsextremistische Szene entwickelte; bei Rudolf-Heß-Aufmärschen in Dänemark, an denen regelmäßig deutsche Neonazidelegationen teilnahmen. Und immer wieder bei Konzerten, die dem internationalen Netzwerk „Blood & Honour" neben der Rekrutierung von jungen Sympathisanten auch als Treffpunkte zur Planung internationaler Aktivitäten dienen. Nachdem Schilf Anfang vergangenen Jahres vom südschwedischen Helsingborg in die Kleinstadt Klippan gezogen war, hatten Konzerte auf seinem festungsähnlichen Anwesen bald den Charakter internationaler Neonazi-Koordinierungstreffen.

Gegen Strafverfolgung schien Schilf nahezu immun zu sein. Ein Verfahren wegen Volksverhetzung, das die schwedische Staatsanwaltschaft gegen seinen Kompagnon Erik Blücher anstrengte, wurde gegen eine Bewährungsstrafe eingestellt. Das Recht auf Meinungs- und Publikationsfreiheit ist im schwedischen Grundgesetz großzügig verankert. Der Privatbesitz von volksverhetzenden Schriften und Musikträgern ist legal. Nur der Vertrieb dieser Produkte ist strafbar - aber auch nur dann, wenn sich der Handel in Schweden abspielt.

Zuvor waren schon die dänischen Strafverfolger an Schilf gescheitert. Sie hatten ihn lange Zeit verdächtigt, Drahtzieher einer reihe von Briefbombenattentaten auf bekannte Antifaschisten in den frühen 90er Jahren gewesen zu sein, bei denen ein 29-jähriger Aktivist der Internationalen Sozialisten in Kopenhagen getötet wurde. Bei einer Hausdurchsuchung in Schilfs Wohnung fand die dänische Polizei damals Material zum Bombenbau und mehrere fertig gestellte Sprengsätze.

Nun ist der umtriebige Produzent von „White Noise" tot. Doch eine lang anhaltende Lücke im internationalen Geflecht von Blood & Honour ist kaum zu erwarten. Längst haben einige deutsche Neonazis damit begonnen, Schwedisch zu lernen, um Schilfs Partner und langjährigen Neonazi Erik Blücher bei der Fortführung des braunen Versandimperiums und der Koordinierung von Blood & Honour-Aktivitäten zur Seite zu stehen.

(Heike Kleffner/taz 31.01.01)

Rückgrat läßt sich nicht brechen

Weg mit der Beugehaftandrohung gegen Uelzener Antifa

Am 30. Juni 2000 trafen sich etwa 15 Antifas in Rosche, einem Ort im Landkreis Uelzen, der zu dieser Zeit wegen vermehrter rassistischer Übergriffe von sich Reden machte. So versuchten etwa 20 Neonazis und rechtsorientierte Jugendliche am 17.Juni 2000 das örtliche Flüchtlingsheim zu überfallen. Die beteiligten AkteurInnen der lokalen rechten Szene zogen vor das Haus, riefen rassistische Parolen und bedrohten die AnwohnerInnen. Als sie den Versuch unternahmen, in das Haus einzudringen, stellten sich ihnen einige Menschen entgegen. Durch den, für sie unerwarteten Widerstand ließen die Nazis von ihrem Angriff ab und zogen sich zurück. Aufgrund dieser Vorfälle versuchte die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen mittels täglicher Präsenz, den Faschisten den öffentlichen Raum streitig zu machen- ein Unterfangen, das mit einem versuchten Mord beantwortet wurde! An oben genanntem Tag gegen 22 Uhr lauerten einige Neonazis den AntifaschistInnen mit zwei PKWs auf. Nachdem eines der Autos zweimal teilweise sehr dicht und mit hoher Geschwindigkeit die GenossInnen passierte, schien das unterbelichtete Nazi- Ego von dessen Fahrer beachtlich zu wachsen. Er fühlte sich offenbar dazu berufen Olaf zu überfahren, der zu diesem Zeitpunkt die Straße überquerte. Der Antifaschist konnte sich nur durch einen Sprung zur Seite vor dem herannahenden Fahrzeug retten.

Der Staat- dein Freund und Helfer

Diese Vorfälle wurden von der lokalen Antifa öffentlich gemacht, worauf die Uelzener Polizei den telefonischen Kontakt mit dem Betroffenen suchte, um ihn zu einer Anzeige gegen den Fahrer des PKW zu bewegen. Olaf kam der „Bitte" der Verfolgungsbehörden nach, was sich aus heutiger Sicht als verhängnisvoller Fehler darstellt. Nach Aufnahme der Anzeige und Weiterleitung der Unterlagen an die zuständige Staatsanwaltschaft wurde Olaf am 23. Oktober 2000 zur ersten Vernehmung geladen. Die in diesem Fall vorsitzende Jugendrichterin Neßelhut forderte ihn in selbiger auf neben einer Darstellung der Geschehnisse auch die Namen von ZeugInnen, sprich die Identität der anderen am Tattag in Rosche befindlichen Antifas zu Protokoll zu geben. Das lehnte Olaf ab, da er befürchtete, daß die Offenlegung ihrer Personalien faschistische Übergriffe nach sich ziehen würden. Zudem wollte er verhindern, daß den Staatsschutzbehörden die Strukturen freiwillig serviert werden, die in antifaschistische Aktionen in der Region Lüneburg/ Uelzen involviert sind. Diese partielle Aussageverweigerung quittierte Richterin Nesselhut mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 200 DM, deren Verhängung sie mit einer erneuten Forderung nach Preisgabe der Namen koppelte. Sie unterstrich ihre Entschlossenheit mit der Androhung von Beugehaft. Olaf konnte jedoch auch das nicht beeindrucken- er blieb bei seiner Weigerung! Nach einem dritten vergeblichen Versuch entließ das Gerichts den Zeugen unter der Ankündigung, daß eine weitere Befragung folgen werde. Sollte Olaf auch bei dieser Vernehmung (sie ist Ende Februar zu erwarten) keine Namen nennen wird Beugehaft verhängt, das hat sowohl das Gericht als auch die Staatsanwaltschaft bereits angekündigt! Als Extra- Bonbon soll die Erzwingungshaft noch durch ein Ordnungsgeld von täglich 50 DM aufgestockt werden. Olaf wird dennoch sein Maul halten!

Es gibt keine Folter - nur Beugehaft

Der Begriff „Beugehaft" umschreibt eine staatliche Zwangsmaßnahme, die mittels Gefängnis Angaben von ZeugInnen erpressen will, die juristisch kein Recht zur Verweigerung der Aussage besitzen. Lediglich ein verwandtschaftliches Verhältnis, der Verheirateten-, Verlobtensatus zu einem Beschuldigten bzw. eine mögliche Selbstbelastung (§ 55 Strafprozeßordnung (StPO)) können ein solches Recht begründen. In allen übrigen Fällen ist mensch zu Aussagen verpflichtet! Wer dazu dennoch nicht bereit ist, soll durch Knast eines besseren belehrt werden. Die in § 72 StPO festgeschriebenen Maßnahmen dürfen in ihrer Anwendung die Dauer von sechs Monaten allerdings nicht überschreiten. In der Vergangenheit erwies sich die Beugehaft als ein gern genutztes Repressionsinstrument gegen politisch motivierte Aussageverweigerung, die in der linksradikalen Bewegung seit Jahrzehnten propagiert wird. Vor allem in Verfahren nach den §§ 129/129a (Bildung oder Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) wurde sie massenhaft verhängt. Trotz der politischen Intention, die das beschriebene Verfahren in Lüneburg/ Uelzen trägt, sowie die Schwere des Tatvorwurfs unterscheidet sich dieser Prozeß in einem ganz entscheidenden Punkt von den bisher gemachten Erfahrungen der radikalen Linken mit Beugehaft: Olaf ist nicht als Zeuge in einem Strafverfahren gegen GenossInnen, sondern als Geschädigter eines faschistischen Übergriffs durch den Angeklagten vor Gericht geladen! Es entspricht schon einer verrückten Logik, daß er anstatt des Täters als eigentlich Betroffener eine massive Kriminalisie-

rung über sich ergehen lassen muß.

Bulle- Buhhhh

Die in diesem Fall beschriebenen Ereignisse indizieren einmal mehr die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung um den Umgang mit dem staatlichen Repressionsapparat. Dabei zeichnet sich unseres Erachtens nach innerhalb der "Szene" ein ambivalentes Verhältnis zu den Verfolgungsbehörden ab. Während sie einerseits wegen der Verfolgung von MitstreiterInnen abgelehnt und verachtet werden, ist andererseits eine teilweise sehr unreflektierte Nutzbarmachung der Justiz zu verzeichnen, wenn es beispielsweise darum geht, eine Verurteilung von Neonazis zu erwirken. Diese „Instrumentalisierung des Systems" zeugt von einer zu engen Betrachtungsweise, die den Hintergrund völlig außer acht läßt, unter dem juristische Abläufe von statten gehen. Auch aus unserem Blickwinkel ist es verständlich „Gerechtigkeit" zu suchen. Bedient sich mensch zu diesem Zweck aber der Mühlen herrschender Gerichte, brechen unweigerlich Widersprüche zum eigenen linksradikalen Selbstverständnis auf, weil die Berufung auf geltende Gesetze die bestehenden Verhältnisse anerkennt, bestätigt und verfestigt- und das will ja wohl niemand von uns!

Die Suppe gehört ausgelöffelt

Den Angriff gegen Olaf werten wir als kläglichen Versuch der Ermittlungsbehörden antifaschistischem Engagement beizukommen, das sich nicht im zivilgesellschaftlichen Aufstands der „besseren Deutschen" erschöpft. Nachdem es gelang, die in der Vergangenheit mehrfach getätigten Repressionsbemühungen gegen die linke Szene in Lüneburg/Uelzen abzuwehren, sollten wir nun gemeinsam versuchen, der nahezu unumgänglich erscheinenden Verhängung der Beugehaft solidarisch und entschlossen zu begegnen!

Solikonto für Olaf:

Rote Hilfe e.V./ Harburg Land; Kreissparkasse Harburg- Buxtehude; Konto- Nr.: 6072169; BLZ: 20750000; Verwendungszweck: „Beugehaft"

Kontakt und Infos über:
Antifaschistische Aktion Lüneburg/ Uelzen, Postfach 1217, 29544 Bad Bevensen, Tel.: 0172/ 4152311
Rote Hilfe Leipzig, c/o VL, Postfach 54, 04277 Leipzig,
e-mail:leipzig@rote-hilfe.de
Tel. 0179-4115589

Gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands! Solidarität mit Olaf! Kein Knast für nichts!

Rote Hilfe Leipzig

Freispruch in Prozeß wegen Gegenaktionen in Kiel am 30.1.1999

Mit einem Freispruch endete ein mehrtägiger Prozeß beim Amtsgericht Kiel gegen einen Bremer Antifaschisten. Diesem war vorgeworfen worden, bei den antifaschistischen Aktionen gegen die NPD-Demo am 30.1.1999 in Kiel, Steine gegen Polizeifahrzeuge geworfen und sich später der Festnahme widersetzt zu haben.

Am 30.1.99 hatte die NPD zu einer Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" aufgerufen. Es kamen mehr als 700 Neonazis. Diesen gelang es aber nicht, ihren Marsch durchzuführen. Nach nur wenigen hundert Metern, die sie nur stockend hinter sich gebracht hatten, mußte der Aufmarsch kehrt machen.

Insbesondere das gute Zusammenspiel von vielfältigen Aktionsformen auf Seiten der AntifaschistInnen, hatte es Nazis und Polizei unmöglich gemacht, die Situation unter Kontrolle zu bekommen.

Dem Angeklagten war zunächst vorgeworfen worden, einen Bus, der Nazis nach Kiel transportiert hatte, sowie ein Polizeifahrzeug mit Steinen beworfen zu haben. Dabei sollte er und ein weiterer Antifaschist, gegen den das Verfahren allerdings bereits vor einigen Monaten eingestellt worden war, an einer roten Jacke bzw. den blondierten Haaren „sicher" wiedererkannt worden sein.

Im Rahmen der Festnahme, die ausschließlich durch ein ziviles Streifenkommando von etwa 12 Polizisten erfolgte, kam es zu einer erheblichen Auseinandersetzung. Die Zivilpolizisten waren mit mehreren Autos und quietschenden Reifen an eine Gruppe von etwa 20 AntifaschistInnen herangefahren und hatten sich auf diese gestürzt. Auf beiden Seiten kam es zu Verletzungen.

Die Amtsrichterin hielt die Identifizierung des Angeklagten letztlich nicht für ausreichend. Sie hielt auch den Tatbestand des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte nicht für gegeben: ein „unbescholtener" Bürger müsse bei einem solchen überfallartigen Angriff von Zivilisten nicht davon ausgehen, daß es sich um Polizisten handelt, auch wenn diese sich verbal als solche bezeichnen. Befürchte jemand - wie der Angeklagte - in solch einer Situation einen Angriff von Nazis und setze sich daher zur Wehr, so könne ihm dies nicht vorgeworfen werden.

Dieser Entscheidung der Richterin waren allerdings drei Prozeßtage mit umfangreichen Zeugenvernehmungen vorausgegangen.

Die Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Entschädigung für Sklavenarbeit Deutsche Industrie mauert weiter

Wiederholt ist in den letzten Monaten die Auszahlung von Entschädigungszahlungen an frühere Zwangs- und SklavenarbeiterInnen angekündigt worden – immer wieder jedoch hat die sogenannte Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" Anlässe gefunden, diese Auszahlungen zu verzögern, obwohl inzwischen praktisch fast alle Sammelklagen in den USA niedergeschlagen wurden, die ehemalige ZwangsarbeiterInnen gegen deutsche Unternehmen angestrengt hatten.

Am 24./25. Januar tagte erneut das Kuratorium der Stiftung in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen stand erneut das Hauptinteresse der beteiligten Unternehmen und der Bundesregierung, nämlich der Schutz deutscher Unternehmen vor Sammelklagen. Dieses und die damit verbundene negative Öffentlichkeit, insbesondere auf dem US-amerikanischen Markt, waren die wesentlichen Gründe für den Start der entsprechenden Initiative gewesen. Dieses Interesse kommt in § 17 des Stiftungsgesetzes zum Ausdruck, in dem „die Herstellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen" zur Voraussetzung für die Auszahlung der Stiftungsmittel gemacht wird. Diese gilt als gegeben, wenn alle 55 in den USA gegen die deutsche Wirtschaft anhängigen Sammelklagen abgewiesen sind. Hinsichtlich der Ansprüche von ZwangsarbeiterInnen gegen deutsche Industriekonzerne und die Forderungen von NS-Opfern bzw. deren Erben gegenüber deutschen Versicherungen ist dies bereits Ende 2000 erfolgt; für die sogenannten Banken-Fälle ist ein Verfahren entscheidend, das von der Richterin Shirley Kram entschieden wird.

Kram hatte im November 2000 die Frage aufgeworfen, ob der von deutschen Banken mitfinanzierte Entschädigungsfonds verglichen mit dem mit 2,25 Milliarden Mark ausgestatteten Fonds von Schweizer Banken nicht zu niedrig sei. In einem Gutachten des früheren Bundesstaatsanwalts Charles Stillman hatte dieser gemeint, die jetzige Regelung sei insbesondere in Hinblick auf das hohe Alter der Opfer vertretbar, und zugleich Anfang Januar eine Abweisung der Klagen befürwortet; zugleich empfahl er aber auch, dass die Klagen – unter anderem gegen die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank – wieder aufgenommen werden können, falls die „materiellen Bedingungen" der Klageabweisung nicht erfüllt werden. Dazu gehört insbesondere die volle Bereitstellung des Stiftungskapitals in Höhe von 10 Milliarden Mark, was – daran muss immer wieder erinnert werden – angesichts der Versklavung und Ausbeutung von 10 Millionen Sklaven- und Zwangsarbeitenden in Nazi-Deutschland nicht mehr als ein Almosen ist, welches die deutschen Profiteure über fünfzig Jahre lang nicht zu zahlen bereit waren. Derzeit hat die deutsche Industrie etwa 3,6 Millarden Mark gesammelt – seit Sommer 2000 waren es gerade einmal 200 Millionen Mark. Die großen Unternehmen wollen ihre Zahlungen – 1/1000 vom Umsatz – einfach nicht aufstocken. Das ist der reale Grund für das immer noch fehlende Geld.

Derweil werden auch in Deutschland anhängige Klagen von ZwangsarbeiterInnen unter Verweis auf die Stiftungsinitiative abgewiesen. So erhielten Mitte Januar vier frühere ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine vom Landgericht Nürnberg-Fürth den Bescheid, ihre Klage gegen den Nürnberger Rüstungskonzern Diehl sei abgewiesen, denn das Stiftungsgesetz schließe Entschädigungsansprüche gegenüber einzelnen Firmen nun aus. Auch hier zeigt sich erneut, dass die deutsche Wirtschaft auch im Stiftungsgesetz lediglich historische Verantwortung übernommen hat, jede rechtliche Verantwortung aber weit von sich weist. Der langjährige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl, hatte kurz vor dem Jahreswechsel in seinem Appell an weitere Unternehmen, ebenfalls in den Fonds einzuzahlen, betont: „Es geht nicht um Schuld oder Nichtschuld. Es geht um das Ansehen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Gesellschaft in der Welt" (Berliner Zeitung 27.12.00). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemüht als bedeutendes Sprachrohr der deutschen Wirtschaft das Schweizer Beispiel, wo die „Schweizer Großbanken seinerzeit sich und die Schweiz mit 1,8 Milliarden Dollar `freigekauft`" hätten, und empfiehlt weitere Geldmittel der Großkonzerne, weil es mehr als ums Geld „um Ansehen und Glaubwürdigkeit" (14.10.00) geht. Diesem Zweck dienen auch ganzseitige Anzeigen in den überregionalen deutschen Tageszeitungen, in denen die Unternehmen schon auf die `Erfolge` hingewiesen werden: „Die noch anhängigen Verfahren in den Vereinigten Staaten werden jetzt zügig abgewiesen."

Die „elende Taktierei der Wirtschaft" – so die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke – hat nun den letzten US-Prozess noch einmal blockiert. Die New Yorker Bundesrichterin Kram

Neue Literatur zum Thema

Zwei neue Bücher befassen sich mit der Ausbeutung der Sklaven- und ZwangsarbeiterInnen, der ausgebliebenen Entschädigung und den öffentlichen und juristischen Auseinandersetzungen um dieses Thema in der Bundesrepublik. In den Dachauer Heften findet sich vierzehn Beiträge, die von autobiographischen Skizzen über die Beschreibung der Situation in einzelnen KZ bis hin zur Darstellung der Erfahrungen in die Sowjetunion zurükkehrender ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen reichen. Wolfgang Benz verweist in seiner einführenden Darstellung noch einmal eindringlich darauf, wie die deutschen Besatzungsbehörden – nach anfänglicher Werbung um Freiwillige – vorgingen: „Ereignisse, die sich in Riga abspielten, beschreibt ein Bericht vom 4. Juni 1942: Ein Lastwagen war an einem Verkehrsknotenpunkt vorgefahren, darauf wurden wahllos Menschen verladen und in ein Auffanglager deportiert. `Vor der Zentralmolkerei wurden sämtliche nach Milch anstehenden Frauen umstellt, verladen und zum Auffanglager geschleppt. Dabei entband eine hochschwangere Frau auf dem Wege zum Auffanglager. Am Nachmittag waren die Straßen ziemlich ausgestorben, und unter der Bevölkerung herrschte Panik und Furcht.` Wenn sich die arbeitsfähige Bevölkerung durch Flucht in die Wälder und zu den Partisanen der Rekrutierung entzog, erfolgten drakonische Strafmaßnahmen wie die Beschlagnahmung von Getreide, die Brandlegung an Bauernhöfen, Mißhandlungen und der Abtransport gefangener Zivilisten in Fesseln zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich." (S. 7) Während Benz auf die wachsende Bedeutung der Sklaven- und Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungswirtschaft verweist, beschreibt der Beitrag von Annette Eberle die Situation sogenannter „asozialer" Frauen, wobei die „Zuweisung `asozial`, die bereits in der Weimarer Republik als restriktives Instrument Eingang in die deutsche Fürsorgepraxis gefunden hatten, im Nationalsozialismus zur zentralen Kategorie eines präventiven Zwangsfürsorgekonzepts" wurde (S. 87). Als Frauen wurde von ihnen erwartet, ihre Weiblichkeit innerhalb einer Ehe der NS-Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, vor allem als werdende und erziehende Mutter. Christa Schikorra zeigt am Beispiel des Frauen-KZ Ravensbrück, dass auch die Tätigkeit der zur Prostitution in Bordellen gezwungenen Frauen Zwangsarbeit gewesen ist. Bedrückend auch die Analyse von Ulrike Goeken-Haidl über die Rükkehr der sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich dort nicht selten des Verdachts der Kollaboration mit den Deutschen/den Nazis ausgesetzt sahen. Die zweite, hier anzuzeigende Publikation gibt in dreizehn Beiträgen einen Überblick über die Zwangsarbeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Kriegswirtschaft, Kommunen, Landwirtschaft und in deutschen Haushalten), ihre Einbindung in Strukturen der Arbeitsverwaltung und der SS sowie über gesellschaftliche Debatten, Rechtsprechung und die aktuelle Entschädigungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Dabei verdeutlicht die gruppe 3 aus Frankfurt die z.T. unbewußt reproduzierten, z.T. bewußt ausgespielten antisemitischen Stereotypen in der Entschädigungsdebatte, und Lothar Evers und andere liefern eine kritische Analyse des „Gesetzes zum Schutz der deutschen Wirtschaft". Besonders instruktiv auch der Beitrag von Ulrike Winkler, die in ihrem Aufsatz über `Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen´ der Zwangsarbeit in deutschen Haushalten nachgeht und damit zeigt, dass nicht nur Industrie und Kommunen, sondern „ein großer Teil der deutschen Bevölkerung Dulder, Nutznießer und Täter `dieser Geschichte`" (S. 148) waren. Beide Veröffentlichungen eignen sich aufgrund ihres Überblickscharakters auch als Einstiegslektüre.

Ulrike Winkler (Hg.) Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000
Dachauer Hefte Nr. 16 Zwangsarbeit (November 2000)]

hatte die für Ende Januar vorgesehene Entscheidung über die Zurückweisung einer Sammelklage noch einmal vertagt, weil sie von der Zahlungsbereitschaft der deutschen Wirtschaft nicht recht überzeugt war. Wer die Zurükkweisung wolle, so die Juristin, müsse zuvor die zugesagten Zahlungen bereitstellen. Mit einer unglaublichen Dreistigkeit versucht der Sprecher der Deutschen Industrie, die über 50 Jahre Zeit hatte, die Schuld anzuerkennen und Entschädigungszahlungen zu leisten, die fortgesetzte Verzögerung anderen in die Schuhe zu schieben. Die Opfer von einst, so Gibowski, hätten nicht so viel Zeit wie Kram... Möglicherweise entscheidet Shirley Kram nun am 28. Februar 2001; fällt diese positiv aus, so können sich die Banken freuen, denn in diesem Verfahren geht es um die Entschädigung aus der sogenannten „Arisierung". Diese muss auf Druck der Deutschen Bank auch aus dem Fonds bezahlt werden. Die Banken kommen dabei billig davon. Dabei könnten sie die noch fehlenden 1,5 Milliarden Mark bequem bezahlen – nicht aus ihrem Gewinn, sondern alleine aus der Zunahme des Gewinns, den die Deutsche Bank 1999 gegenüber dem Vorjahr erzielt hat.

Nun soll eine Anfang Februar beim New Yorker Bezirksgericht eingereichte Klage (Aktenzeichen 1-01-00794-S) als Grund für weitere Verzögerungen herhalten. Bisher galt, dass nur die zum Zeitpunkt der Entschädigungsregelung anhängigen Fälle abgewiesen werden müssen. Nun behauptet der Sprecher der Stiftungsinitiative der Wirtschaft, Wolfgang Gibowski,

jedoch dreist, die 5 Milliarden der Wirtschaft würden erst überwiesen, wenn alle Klagen abgewiesen worden seien – und dazu gehöre auch die gegen IBM gerichtete Klage, denn von dieser sei auch IBM Deutschland als Rechtsnachfolgerin der alten IBM-Tochter Dehomag betroffen.

Zurecht haben tschechische ZwangsarbeiterInnen Mitte Februar der deutschen Industrie angesichts solchen Verhaltens fehlenden Willen zur Zahlung der Entschädigungen vorgeworfen. Das Argument, dass eine neue Klage von NS-Opfern gegen die US-amerikanische Computerfirma IBM die Rechtssicherheit deutscher Unternehmen in Frage stelle, sei „eine Lüge", erklärte der Vorsitzende des Tschechischen Rates für die NS-Opfer, Oldrich Stransky, der einer der fünf Kläger gegen IBM ist. Auch Karel Ruzicka vom Tschechischen Zwangsarbeiterverband empfindet jede weitere Verzögerung der Zahlungen als „unmoralisch", denn angesichts des hohen Alters der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen sei „bald niemand mehr da, der die Entschädigung in Empfang nehmen kann". Alleine in den letzten beiden Jahren seien mehr als 13000 anspruchsberechtigte ehemalige ZwangsarbeiterInnen gestorben.



Zwangsarbeit für die deutsche Industrie: Verzögern bis möglichst viele tot sind?

Erinnert werden muss in diesem Zusammenhang auch daran, dass im April die Frist für Anträge auf Entschädigung abläuft. Viele ZwangsarbeiterInnen wissen noch immer nichts von der Möglichkeit dieser kleinen Entschädigung oder haben ernsthafte Schwierigkeiten, die notwendigen Unterlagen beizubringen. Berechtigte AntragstellerInnen sind oft mittellos oder ihre Unterlagen sind (zum Teil) vernichtet worden oder nicht kurzfristig beschaffbar.

Neben den Entschädigungszahlungen an die früheren ZwangsarbeiterInnen verfügt die Stiftung auch über einen „Zukunftsfonds". Dieser soll nach Angaben von Manfred Gentz „auf keinen Fall nur auf Projekte über den Holocaust beschränkt sein." Es gehe darum, so der Finanzvorstand von Daimler-Chrysler Mitte Januar gegenüber der Berliner Zeitung, „gegen die Verletzung von Menschenrechten ein Zeichen zu setzen, egal wo auf der Welt." Unter Verletzung der Menschenrechte wird hier wohl kaum die Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen der südlichen Erdhalbkugel durch die multinationalen Konzerne oder die Verfolgung von AktivistInnen aus Gewerkschaften, Landlosen- oder Kleinbauernbewegungen verstanden.

Für die Chefposition dieses „Zukunftsfonds" wurde Ende 2000 massiv der Soziologe Lothar Ulsamer ins Gespräch gebracht. Dieser ist langjähriger Finanzmanager bei Daimler-Benz und hatte als Soziologe in seiner Ende der 80er erschienenen Doktorarbeit und einer darauf beruhenden Schrift Intellektuellen und Schriftstellern wie Hans Magnus Enzensberger und Heinrich Böll vorgeworfen, sie seien „Wegbereiter für Anarchie und Gewalt". Für die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher war dies „reiner Rechtsradikalismus und die Vorstufe zur Bücherverbrennung". Nicht zufällig wurde der Veröffentlichung daher auch in der neofaschistischen Zeitschrift Nation und Europa applaudiert. Ulsamer empfahl sich wohl als Autor in entsprechenden Kreisen; jedenfalls erschienen auch Beiträge von ihm in der NPD-nahen Zeitschrift Europa. Nationaleuropäisches Forum und in der extrem rechten Jungen Freiheit. Die Wirtschaft beharrte noch Ende Januar auf Lothar Ulsamer, der rechten Hand von Daimler-Chrysler-Finanzvorstand Manfred Gentz, als dem zukünftigen Vorsitzenden des mit 700 Millionen Mark ausgestatteten Zukunftsfonds. Das Kuratorium hat jedoch zunächst beschlossen, die Stelle auszuschreiben.

VF (abgeschlossen am 25.02.2001)

Zum Schaukampf in die Arena:

Plenardebatten zu Rechtsextremismus im deutschen Bundestag

Profilierungen, Schuldzuweisungen, Diskreditierung des politischen Gegners im Kampf um Wählerstimmen stellt Heinz Lynen von Berg in seiner Untersuchung "Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Bundestag (1990-1994)" als handlungsleitende Strategien der PolitikerInnen im Plenarsaal heraus. Sie sind es auch, die laut Berg die Debatten über Rechtsextremismus bestimmen, auch wenn von PolitikerInnen selbst gefordert wird, gerade dieses Thema dürfe nicht im politischen Machtkampf funktionalisiert werden.

Ausgangspunkt für Bergs Untersuchung ist seine These, Plenardebatten seien eine zentrale Orientierungsgrundlage für die Vorstellung von Politik und Rechtsextremismus in der Bevölkerung. Was als rechtsextrem gelte und wie Politik und Gesellschaft damit umzugehen haben, sei Ergebnis von Deutungsprozessen insbesondere zwischen der führenden Regierungspartei und der Opposition. Da die VertreterInnen der Parteien dabei zugleich immer in einem ständigen Konkurrenzkampf stehen, um ihre Definitionen und Erklärungsangebote durchzusetzen und für die eigenen politischen und wahlstrategischen Ziele zu nutzen, fragt Berg nach den Effekten, die sich daraus für Umgang und Verständnis von Rechtsextremismus in Politik und Öffentlichkeit ergeben.

Mit seinen Analysen konzentriert sich Berg auf folgende zentrale Fragen: In fünf Kapiteln untersucht er, wie CDU/CSU/Bundesregierung auf der einen und SPD auf der anderen Seite rechtsextreme Täter und Sympathisanten einordnen, wie sie die Opfer rechtsextremer Gewalttaten beschreiben, wie sie auf Kritik aus dem Ausland reagieren, wie sie in Argumentationen auf die nationalsozialistische Vergangenheit zurückgreifen und schließlich, welche Ursachen als Erklärungen für Rechtsextremismus und Gewalttaten von Regierung und Opposition angeboten werden.

Zugleich versucht er, die Ergebnisse in ihren Entstehungsbedingungen zu betrachten: Die Debatten im Bundestag begreift er als Inszenierungen demokratischer Auseinandersetzung, als Bühne, auf der sich die weisungsgebundenen Parteibeauftragten treffen, um fraktionsintern bereits getroffene Entscheidungen registrieren zu lassen - demokratische Auseinandersetzung zum Schein, um an die Legitimation demokratischer Herrschaft glauben zu lassen.

Spielregeln dieser Schaukämpfe leitet Berg aus dem politischen System und den mehr oder weniger formellen Regeln des Redens im Bundestag ab: Parteienkonkurrenz, die Struktur der Gegenüberstellung Regierung - Opposition, traditionsgebundene Parteienprofile und das Konzept der streitbaren Demokratie, das durch fingierte Debatten aufrechterhalten wird – bis ins Kleinste organisiert durch feste Rederegeln im Plenarsaal.

Die Analyseergebnisse lesen sich zunächst nicht überraschend: Berg zeichnet nach, wie die CDU/CSU die Gewaltausschreitungen insbesondere nach Hoyerswerda in der ersten Hälfte der Legislaturperiode mit dem Asyldiskurs verknüpft, um die Änderung des Artikels 16.2 des Grundgesetzes (Anspruch auf Asyl) durchzusetzen: die "Eindämmung" der "Asylbewerberschwemme" als Lösung des Problems. Nach 1992, nach der Zustimmung der SPD zur Änderung des Asylrechts und insbesondere nach den Verbrechen in Mölln, verändert sich die Debatte. In der Auseinandersetzung - und das zeigt Bergs Untersuchung aufschlussreich - verschieben sich Täter- und Opferbeschreibungen. In der Empörung über die Gewalttaten wird Deutschland zum ökonomischen Opfer durch den Ansehensverlust im Ausland, Ziel der Gewaltbekämpfung ist nicht Schutz der Betroffenen, sondern Schutz des bedrohten Rechtsfriedens und der streitbaren Demokratie. Das Spezifische rechtsextremer Gewalt verschwindet in der allgemeinen Debatte über zunehmende Gewaltbereitschaft in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation des ökonomischen und sozialen Umbruchs. Die Regierungsparteien nutzen die Gewaltausschreitungen, um die Einführung verschärfter Strafgesetzgebung zur Kriminalitätsbekämpfung und "Stärkung der inneren Sicherheit" durchzusetzen. Ursachenbeschreibungen und der Umgang mit den Lehren aus der Vergangenheit werden argumentationsstrategisch in den Dienst dieser Ziele gestellt.

Indem Berg detailliert Ereignisse und politische Reaktionen nachzeichnet, legt er überzeugend Zusammenhänge offen, die sich als klare Instrumentalisierungen und Funktionalisierungen des Rechtsextremismus zur Durchsetzung parteipolitischer Ziele aufzeigen lassen: Eine positive Präsentation des eigenen parteipolitischen Image, eine Darstellung eines ausländerfreundlichen Deutschlands, Vermeidung negativer Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland, Demonstration der Regierungs- und Handlungsfähigkeit der eigenen Partei und Diskreditierung der Kompetenz des politischen Gegners sind für beide "Lager" die zentralen Motive der Auseinandersetzung. Um die "abtrünnigen" Wähler zurückzugewinnen, machen Regierung wie Opposition ihre Angebote: die CDU/CSU mit dem „verständlichen Unmut" der ansonsten ausländerfreundlichen Bevölkerung gegenüber der "Masse"

der Asylbewerber und einer Politik des starken Staates, der „seinem Volk" Wohlergehen und Sicherheit garantieren wird - die SPD mit dem Verständnis für die sozial Benachteiligten, die infolge der verantwortungslosen Vereinigungspolitik der Regierung durch die rechtsextremen "Rattenfänger" schuldlos schuldig werden. Schließlich zeigt Berg, wie auch die SPD-Opposition ihre Argumente den nationalen und wirtschaftlichen Interessen im Kampf um Wählerstimmen unterordnet.

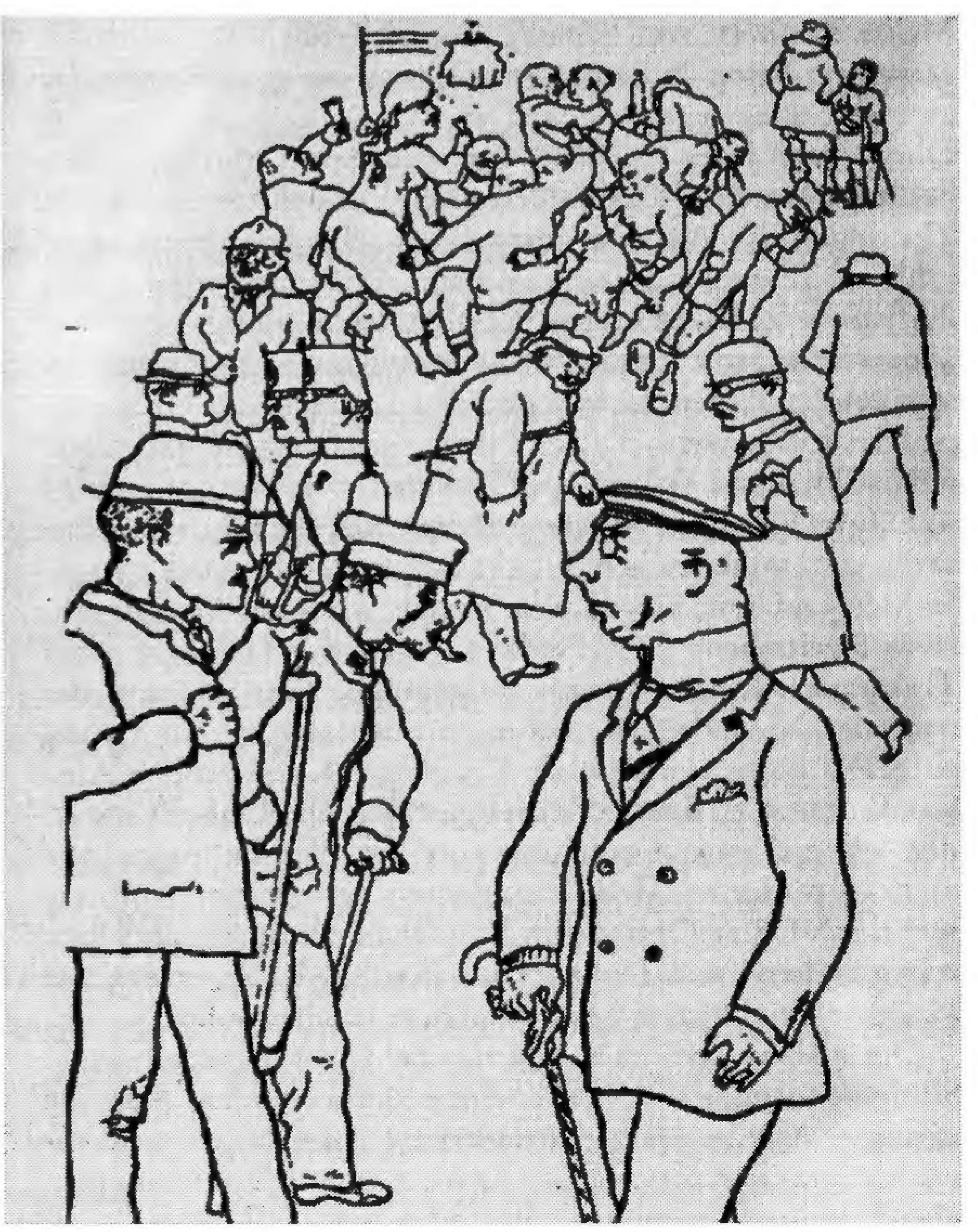
Bergs Fazit seiner Analysen ist so einleuchtend wie eindeutig: Das System verhindert Selbstreflexion, differenzierte Aufarbeitung des Rechtsextremismus. Im Konkurrenzkampf um die "Abtrünnigen" tragen die Vertreter der politischen Mitte rechtspopulistische Deutungsmuster in die politische Arena. Indem sich die politische Mitte zum Sprachrohr rechter Wirklichkeitsdeutung macht, werden rechtspopulistische Themen politikfähig. Bergs These der zentralen Orientierung über Politik und Rechtsextremismus in der Bevölkerung durch Plenardebatten lässt zwar einige Fragen offen: Vor allem die Rolle der Medien mit ihren eigenen spezifischen Auswahl- und Inszenierungsregeln, die wechselseitige Beeinflussung des wissenschaftlichen, medialen und politischen Diskurses, die Rolle der wirtschaftlichen Kräfte werden von Berg nur in geringem Maße reflektiert.

Dennoch macht Bergs Studie eines deutlich: Wenn sich zentrale Komponenten rechtsextremen Denkens an Ausländerfeindlichkeit, völkischem Nationalismus, Primat des Volkes gegenüber dem Einzelnen, ... festmachen lassen, lässt der Blick auf die Debatten und das politische Handeln klare Grenzziehungen längst nicht mehr zu. Die Schlussfolgerung des Autors unterstützt einmal mehr eine Feststellung, die politischen Protest herausfordert und erfordert: Die "Erosion der Demokratie geschieht aus der Mitte heraus". Und da das erklärte Ziel der Neuen Rechten nach dem französischen Vorbild der Nouvelle Droite um Alain de Benoist als erste Etappe zu politischem Einfluss die "kulturelle Hegemonie" ist - die Beherrschung der öffentlichen Meinung und das Setzen und Bestimmen der allgemein diskutierten Themen - dann müssen die Rechtsextremen dazu gar nichts weiter tun.

T.T.

„ ... und er muß deutsch sein..." - Studentisches Verbindungswesen in Hamburg

Nach eine Schätzung der konservativen FAZ waren 1989 ca. 40.000 Studierende in ungefähr 700 studentischen Verbindungen organisiert. Addiert man die Alten Herren dazu, ergibt sich eine Gesamtzahl von ca. 250.000 Korporierten. Obwohl diese in der Geschichte der BRD immer Schlüsselstellungen in Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft innehatten, spielten Burschenschaften und andere Korporationen unter dem Einfluß der 68-Bewegung in der politischen Hochschulöffentlichkeit lange Jahre eine geringe Rolle. Dies änderte sich mit der von der Kohl-Regierung propagierten „geistig-moralischen Wende" und der anhaltenden Entpolitisierung der Universitäten. Einen Durchbruch erzielten die Korporationen dann mit der sog. Wiedervereinigung. Die traditionellen Werte studentischer Verbindungen wie Vaterland, Ehre, Treue, Wehrhaftigkeit erfuhren im Zusammenhang mit dem Wiederauflebens eines aggressiven deutschen Nationalismus und der „neuen" Rolle Deutschlands als (kriegsführender) Großmacht eine ungeahnte Aufwertung. An den Universitäten wirkte sich dies nicht nur mit der Erhöhung der Anzahl der Verbindungen und der Korporierten, hauptsächlich bedingt durch die Neu-, bzw. Wiedergründung alter Bünde in der ehemaligen DDR aus, sondern spiegelt sich auch in den wachsenden politischen Einfluß konservativer und extrem rechter Politik wieder, deren Träger meistens studentischen Verbindungen entstammen. In dem Buch „... und er muss deutsch sein... „ setzen sich die AutorInnen aus antifaschistischer Perspektive in



O Hamburg, o Hamburg, du wunderschöne Stadt, Darinnen mancher Mörder gar gute Freunde hat (frei nach George Grosz)

elf Aufsätzen mit dem Korporationswesen an der Universität Hamburg auseinander. In mehreren Artikeln mit historischem Schwerpunkt wird die Geschichte des studentischen Verbindungswesen nachgezeichnet. Aufgeräumt wird (wieder einmal) mit der von Korporierten gerne verbreiteten Legende, daß die Verbindungen als Opfer der nationalsozialistischen Politik waren. Vielmehr sind diese als Wegbereiter der Nationalsozialisten an den Universitäten aufzufassen. Ein völkischer Nationalismus und Antisemitismus waren schon in der Weimarer Republik ein identitätsstiftendes Merkmal der überwiegenden Anzahl der Hamburger Korporationen. Die Affinitäten der studentischen Verbindungen zum Nationalsozialismus wurden dann in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch nicht nur von den Allierten angenommen, die die Korporationen wegen ihren völkisch-nationalen Ausrichtung verboten. Noch 1949 sprach sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz sprach sich 1949 gegen die Zulassung von studentischen Verbindungen aus: „Im Bilde der kommenden studentischen Gemeinschaften wird kein Platz mehr sein für die Veranstaltung von Mensuren, die Behauptung und Heraustellung eines besonderen studentischen Ehrbegriffs, die Abhaltung geistloser und lärmenden Massengelage, die Ausübung einer unfreiheitlichen Vereinsdisziplin und das öffentliche Tragen von Farben." Eine allmähliche Re-Etablierung des Verbindungswesens an den Universitäten konnte jedoch trotzdem nicht verhindert werden.

In weiteren Artikeln wird auf die Entwicklung der Hamburger Verbindungen nach dem Zweiten Weltkrieg und auf deren Einfluß auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in der Hansestadt eingegangen. In einem Beitrag zu dem bedeutendsten Dachverband der Burschenschaften, der Deutschen Burschenschaft, wird die politische Grundhaltung des Verbandes in den 90ern analysiert. Vorsichtig wird die Grundhaltung als „in wesentlichen Teilen rechts der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft" charakterisiert: „Eindeutig sind militaristisches Selbstverständnis („Waffenstudenten"), Opferideologie („dem Vaterland dienen"), chauvinistische außenpolitische Konzepte, Elitekonzeptionen und ein kulturalistisches, homogenisiertes Verständnis von „Deutschtum". Der Folgeartikel macht anschließend die Einbindung der Hamburger Burschenschaften in das Netzwerk der extremen Rechten in den 90ern deutlich. Korporierte treten bei den verschiedenen Ausprägungen der extremen Rechten, beispielsweise im Umfeld der sog. „Neuen Rechten, faschistischen Parteien wie den Republikanern und der DVU bis hin zu bekennenden Neonationalsozialisten, immer wieder öffentlich in Erscheinung. Warum in der Bewertung der Korporationen die Gefahr, die von diesen ausgeht, eher heruntergespielt, ist allerdings nicht verständlich und läßt sich aus dem Artikel nicht ableiten.

Der teilweise extrem rechte bis neonazistische Hintergrund wird anhand der politischen Biographien zweier Burschenschaftler illustriert. Paul Karl Schmidt, besser bekannt als Paul Carell, war Mitglied der Kieler Burschenschaft Arminia und nach dem Krieg Alter Herr der Burschenschaft Hansea in Hamburg. Während des Krieges antisemitischer Schreibtischtäter („Die Judenfrage ist keine Frage der Humanität und auch keine Frage Religion,; sie ist einzig und allein eine Frage der politischen Hygiene ... Das Judentum muss bekämpft werden, wo immer es auftritt"), verfaßte er nach dem Krieg zahlreiche Bücher zum Zweiten Weltkrieg, in denen er die „heldenhafte Wehrmacht" verteidigte. Seine antikommunistischen und revanchistischen Schriften waren bis in die 70er Standardwerke zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Als zweites Beispiel wird der Professor für Pädagogik Emil Schlee (Raisdorf) angeführt. Schlee, der seine politische Karriere in der CDU Rheinland-Pfalz begann, engagierte sich stark in den revanchistischen Vertriebenenverbänden und wurde 1979 in Kiel Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge. 1984 verließ er die CDU und wechselte später zu den Republikanern, auf deren Ticket er 1989 ins Europaparlament einzog. Noch heute ist er Autor für Zeitungen und Zeitschriften der extremen Rechten. Seine Verbindungen zu studentischen Verbindungen hat der Alte Herr der Landsmannschaft der Mecklenburgia-Rostock zu Hamburg nicht aufgegeben. 1993 referierte er, damals noch als REP-Europaabgeordneter, auf dem 5. Deutschlandseminar der extrem rechten Braunschweiger Burschenschaften Libertas und Thuringia mit dem Titel „Deutschland - Rückkehr in die Mitte."

Mit ihrem Buch liefern die AutorInnen einen wichtigen Beitrag zur Demaskierung des angeblich harmlosen und unpolitischen studentischen Verbindungswesens in Hamburg. Für alle, die sich im kritisch mit dem Verbindungswesen auseinandersetzen ist dieses Buch ein Muß. Es wird aber auch deutlich, daß trotz einer detaillierten Beschreibung und Auflistung von Namen und Aktivitäten eine eingehende Einschätzung der Funktions- und Wirkungsweise des gesamten Verbindungswesen noch aussteht. Kritisch anzumerken ist das unzureichende Register, gerade in einem Buch, in dem sehr viel mit Namen gearbeitet wird.



Anke Beyer / Johann Knigge / Lasse Koch / Robert Kocher / Felix Krebs / Ines Meyer u.a., „... und er muß deutsch sein ...". Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg, Hamburg 2000. (ISBN 3-87975-775-5)



Lausitzer Wochenschau
Antirassistisches Grenzcamp 2000
Wer wir sind und was wir wollen?
...auf den Spuren der letzten wagemutigen DemokratInnen"



STRAHLER 80



Neue Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
RAT – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.